

Marxismus und die Umweltfrage

XV. Weltkongresses (des Vereinigten Sekretariats) der IV. Internationale

ÖKOLOGIE UND SOZIALISMUS

Seite 2

Helen Ward

SHAKING OFF MARXISM'S "PRODUCTIVIST DROSS"

Seite 15

Janosch Janglo

DIE ÖKOLOGISCHE KRISE DES KAPITALISMUS

Seite 17

Johannes Wolf

GRÜNER KAPITALISMUS: UTOPIE ODER BALD REALITÄT?

Seite 23

XV. Weltkongresses (des Vereinigten Sekretariats) der IV. Internationale

Ökologie und Sozialismus

I. Vorwort

Die Menschheit ist auch in anderen Zeiten mit Umweltproblemen konfrontiert gewesen, aber heute haben sie aufgrund ihres Ausmaßes und Ernstes eine neue Dringlichkeit erhalten. Die Schädigung der Umwelt wirkt sich in vielen Fällen gewaltig und nicht mehr umkehrbar auf den Menschen und die Natur aus. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts gefährdet die sich abzeichnende Umweltkrise das Leben von Millionen Menschen.

Im Gegensatz zu den vorherrschenden Strömungen der ArbeiterInnenbewegung, die dazu neigten, Umweltangelegenheiten zu missachten oder herunterzuspielen, kann den Umweltbewegungen und den Grünen Parteien unbestreitbar zugebilligt werden, dass sie diese entscheidenden Fragen auf die Tagesordnung gesetzt haben. Jedoch sind die von ihnen vorgeschlagenen Lösungsmodelle oft völlig falsch, weil sie von den inneren Verbindungen zwischen Umweltzerstörung und kapitalistischer Profitlogik absehen. Um den ökologischen Gefahren ernsthaft begegnen zu können, müssen wir aus dem vom Gewinnstreben beherrschten Rahmen ausbrechen und die Perspektive einer demokratisch geplanten sozialistischen Gesellschaft verfolgen.

II. Elemente der Umweltkrise

Die Umweltkrise als Ergebnis des menschlichen Einwirkens auf die Natur hat ein Ausmaß angenommen, das mittlerweile das nackte Überleben der Menschheit in Gefahr geraten ist. Ausschließlich im wirtschaftlichen Interesse einer kleinen Minderheit werden immer schneller neue Produktionsmethoden eingeführt, ohne zuvor ihre ökologischen Folgen abzuschätzen. Und diese Interessen einer Minderheit haben auch zur Folge, dass als schädlich erkannte Produktionsverfahren aufrechterhalten werden. Das geschieht, obwohl der technische Fortschritt die Möglichkeiten der Naturbeherrschung ständig vergrößert und die Umwelt daher in Unordnung bringt oder zerstören kann.

Die industrielle Revolution, die mit dem Aufstieg des Kapitalismus im 19. Jahrhundert verbunden ist, hat die Menge der in die Atmosphäre ausgestoßenen Abgase drastisch vermehrt und die Gesundheit der Arbeiter und Stadtbewohner gravierend beeinträchtigt. Und ganz allgemein haben sich die vom Menschen verursachten Wellen ökologischer Erschütterungen um ein Mehrfaches erhöht.

Dennoch ist die ökologische Krise, wie wir sie kennen, nicht das lineare Ergebnis der industriellen Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert. Sie ist die Folge eines qualitativen Sprungs, wie er sich durch den kapi-

talistischen Wirtschaftsboom der fünfziger und sechziger Jahre ergab, bedingt durch die verallgemeinerte Nutzung des Erdöls, die unglaubliche Entwicklung des Autoverkehrs und der chemischen Industrie sowie deren Anwendung in allen wirtschaftlichen Bereichen, vor allem in der Landwirtschaft mittels Kunstdünger und Pflanzenschutzmittel. Seit den 1970ern wurde dieser qualitative Sprung noch spektakulärer: einerseits infolge der Krise der bürokratisch geplanten Gesellschaften, in erster Linie und auf besonders dramatische Weise jedoch durch das zeitliche Zusammentreffen einer Wirtschaftskrise mit einer massiven Welle der Industrialisierung in der so genannten Dritten Welt.

Klimaveränderung

Menschliche Tätigkeit, die in der Energieproduktion und im Verkehr auf der Nutzung fossiler Brennstoffe beruht, sowie in der Dritten Welt die Nutzung von Feuerholz für Haushaltszwecke und die dadurch vorangetriebene dramatische Entwaldung, wie auch die Landwirtschaft sind hauptverantwortlich für die vor sich gehende globale Erwärmung. Durch diese Aktivitäten werden pro Jahr um die 7 Milliarden Tonnen Treibhausgase (CO₂, CH₄, N₂O, FCKW) in die Atmosphäre ausgestoßen. Die Hälfte dieser Menge wird von den Wäldern und den Ozeanen nicht wieder aufgenommen. Infolge dieser Entwicklung ist der Treibhauseffekt – welcher für die Aufrechterhaltung von Temperaturen verantwortlich ist, die das Leben auf der Erdoberfläche ermöglichen – außer Kontrolle geraten. Das hat zum Beginn einer schwerwiegenden Zerrüttung der komplexen Systeme der Klimaregulation auf der Erde geführt, wovon die Erderwärmung nur ein Aspekt ist. 1989 wurde festgestellt, dass die achtziger Jahre so heiß waren wie kein Jahrzehnt zuvor. Im Jahr 2000 wurde klar, dass die 90er Jahre die bis dahin heißesten waren! Trotz dieser Daten gibt es noch bürgerliche Kräfte, die die entscheidende Bedeutung des Klimawandels und die Notwendigkeit abstreiten, unverzüglich zu handeln, um die Produktion von Treibhausgasen einzuschränken und die bereits heute unumkehrbaren Folgen zu begrenzen. In vielen Regionen werden die Folgen für die Wirtschaft großer menschlicher Gemeinschaften katastrophal sein. Die Störungen im Wasserkreislauf der Atmosphäre sind besonders Besorgnis erregend, da sie das Verhältnis zwischen Niederschlägen und Verdunstung verändern und die Anzahl und Gewalt der tropischen Wirbelstürme vermehren. Ein Anstieg des Meeresspiegels ist wahrscheinlich. Abhängig von seinem

Ausmaß wird dies bestimmte Inseln und Küstengebiete gefährden.

Vorausberechnungen zufolge werden sich diese klimatischen Störungen mit dem weiteren Rückgang des stratosphärischen Ozons und einem entsprechenden Anstieg krebserregender ultravioletter Strahlung in Bodennähe verbinden. Die Zerstörung der Ozonschicht wird verursacht durch halogenierte Kohlenwasserstoffverbindungen – die Fluorkohlenwasserstoffe (FCKW), die vor allem in Kühlhäusern, -schränken und Sprays Verwendung finden. Obwohl diese Verbindungen heute fast vollständig verboten sind, ist der zerstörerische Einfluss bereits freigesetzter FCKWs noch lange wirksam: Voraussagen zufolge wird er bis 2060 anhalten.

Weltweite Veränderungen der Steuerungsabläufe innerhalb und zwischen den Hauptkomponenten der irdischen Umwelt (Atmosphäre, Ozeane, Biosphäre...) werden das ganze 21. Jahrhundert hindurch anhalten. Der Zeitrahmen dieses Geschehens wird jeweils unterschiedlich sein, aber im Allgemeinen weit über den Zeitraum hinausgehen, den diese jeweilige menschliche Aktivität eingeplant hat. Diese Tatsache unterstreicht die Dringlichkeit, die ökologischen Abhängigkeiten und Bedürfnisse in die Gesamtorganisation der Gesellschaften einzubeziehen.

Luftverschmutzung

Industrie, Verkehr und der Zerfall unterschiedlich lang haltbarer Konsumgüter geben eine Vielfalt giftiger Substanzen in die Luft ab. Das ungezügelte und offenbar nicht steuerbare Wachstum des KFZ-Verkehrs macht diesen zur Hauptquelle von Schwefeldioxid und Kohlenmonoxid vor Industrie und Haushalt. Formaldehyd, Quecksilber, Asbest usw. sind Industriegifte. In einem beträchtlichen Ausmaß sind sie auch in Gütern des täglichen Gebrauchs enthalten, Formaldehyd und Asbest in Baustoffen, Quecksilber in Batterien.

Die Luft der Städte kann diese Gifte in der 1000-fachen Konzentration der Landluft enthalten. Die Luftverschmutzung ist zu einem richtigen Fluch für die großen städtischen Zentren geworden. Das gilt sowohl für die reichen Länder als auch für die wuchernden, anarchischen Mega-Städte der armen Länder. Im städtischen Umfeld hat diese Verschmutzung zu einer alarmierenden Zunahme von Atemwegserkrankungen wie Asthma, Bronchitis und Lungenkrebs geführt. Untersuchungen in Europa haben gezeigt, dass die Luftverschmutzung in den großen Metropolen Westeuropas für mehrere Zehntausend Todesfälle im Jahr verant-

wortlich ist.

Asbest verursacht mehrere tödliche Formen von Krebs bei Werft- und Bauarbeitern. Da diese Krebsformen erst nach einer Latenzzeit ausbrechen, steigt inzwischen die Sterberate pro Jahr sprunghaft an und entzündet so das Ausmaß des Problems. Allein in Frankreich werden im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts mehr als 100 000 durch Asbest verursachte Todesfälle erwartet. Proteste gegen die asbestbedingten Gesundheitsrisiken haben die Verwendung dieses Stoffes in den reichen Industrieländern weitgehend eingeschränkt und zu einer Suche nach Ersatzstoffen geführt. Die Verwendung in der „Dritten Welt“ nimmt jedoch weiterhin deutlich zu. Schwefeldioxid und Kohlenmonoxid sind die Ursachen des sauren Regens, der vor allem die Wälder der gemäßigten Zonen der nördlichen Halbkugel schädigt.

Wasserverschmutzung und Bodenvergiftung

Der Abfall von Haushalten, Landwirtschaft und Industrie wird in die Gewässer der Welt entsorgt und verwandelt diese in eine gewaltige Kloake. Die Gewässer der Kontinente, Flüsse und Seen, sind am schwersten betroffen. Aber über Flüsse und an der Küste gelegene Städte erreicht die Verschmutzung immer stärker die Meere. Zu den unmittelbaren Folgen zählt die Anreicherung von Schwermetallen (Quecksilber, Kadmium usw., sowie deren hochgiftige organische Verbindungen) in den Sedimenten des Ozeanbodens, den Fluss- und Seeböden. Darüber hinaus hat die Anreicherung mit Kunstdüngern, die Nitrate und Phosphate enthalten, zu einer ungehemmten Vermehrung von Algen und Wasserpflanzen geführt. Deren Zerfall verbraucht den Sauerstoff des Wassers und führt zu einem Massensterben allen Lebens im Wasser.

Der Zustand der Ozeane verschlechtert sich darüber hinaus rasch, da sie auch direkt verschmutzt werden: Eine Ursache ist die massive Zunahme des weltweiten Schiffsverkehrs. Der schlechte Zustand vieler Schiffe führt zum Verlust ungeheurer Mengen an Öl. Die systematischen Kostensenkungen durch die internationalen Ölmultis sind direkt für Umweltkatastrophen verantwortlich zu machen, wie sie sich beim Schiffbruch der Exxon Valdez, der Erika oder der Prestige ereignet haben. Zur sichtbaren Umweltverschmutzung der Ölteppiche (allein 1996 haben weltweit 70 Tanker Schiffbruch erlitten) kommen die riesigen Mengen von Öl hinzu, die aus unterseeischen Bohrlöchern und Schiffen austreten. Das Meer wird weiterhin zum Versenken von giftigem chemischem und radioaktivem Müll missbraucht.

Die Wasserverschmutzung ist eng mit der Bodenvergiftung verknüpft, die beide Ursache und Folge bestimmter Formen von Wasser- und Luftverschmutzung darstellen. Dies ist das Ergebnis landwirtschaftlicher

Methoden, die aufgrund des Drucks der Märkte eingeführt wurden: Intensivlandwirtschaft (Missbrauch von Düngern und Pflanzenschutzmitteln), Monokulturen, Anbau von Feldfrüchten, die nicht dem lokalen Ökosystem und Klima entsprechen usw. Die Kriegsindustrie mit ihren radioaktiven Waffen, ihren untergegangenen atomaren U-Booten und ihren Minen, die ganze Landstriche unbebaubar machen, trägt zu dieser Verschlechterung bei. Das bedeutet weltweite massive Bodenzerstörung. Hier verbinden sich Verschmutzung, Bodenerschöpfung, Wüstenbildung und massive Erosion mit den wirtschaftlichen und sozialen Ursachen des Hungers, der gut 800 Millionen Menschen in der Dritten Welt betrifft.

Waldzerstörung

Eines der dramatischsten Symptome der Umweltkrise, die Zerstörung der Wälder dieser Welt, ist aufgrund des Ausmaßes seiner Folgewirkungen besonders beunruhigend. In 50 Jahren ist ein Drittel des Waldes der Erde verschwunden. Am schlimmsten sind die tropischen Länder betroffen. In den Industrieländern blieb der Umfang der Wälder weitgehend stabil, aber sie sterben eines langsamen Todes durch die Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden. Hingegen stellt die Entwaldung in der „Dritten Welt“ den Kern der Umweltkrise dar. Die Entwaldung ist Folge eines Teufelskreises aus Armut und Erschöpfung des Ackerlands. Eine weitere Ursache ist die Übernutzung tropischer Edelhölzer ohne Rücksicht auf Nachhaltigkeit. Dieser Prozess zerstört die biologische Vielfalt (die tropischen Wälder beherbergen über 50% der Pflanzen- und Tierarten des Planeten) und die Ressourcen der Waldbevölkerung, um für die westlichen Bau- und Einrichtungsmärkte billigere Waren liefern zu können.

Darüber hinaus wurden seit 1997 Amazonien, Mittelamerika, Russland und Südostasien von vermehrten Ausbrüchen von Waldbränden heimgesucht. In Indonesien betrafen die Auswirkungen ausgedehnter Waldbrände, die in nur 3 Jahren 10 Millionen Hektar Wald vernichteten, an die 70 Millionen Menschen und verursachten Kosten in Höhe von 4,5 Milliarden US-Dollar. Weltweit verstärkt die Entwaldung den Treibhauseffekt.

Bedrohung der Artenvielfalt

Die Existenz zehntausender Arten wird durch die pausenlosen Angriffe auf die natürliche Umwelt bedroht. Ein Viertel der Artenvielfalt der Erde könnte daher innerhalb der nächsten 25 Jahre verschwinden. In bestimmten Fällen könnten diese Angriffe möglicherweise sogar das ökologische Gleichgewicht zerstören mit unvorhersehbaren Folgen für die Lebensbedingungen der menschlichen Gattung.

Die biologische Artenvielfalt muss verteidigt werden, nicht aus sentimental oder ästhetischen Gründen, sondern wegen un-

serer eigenen Gattung. Da die Menschheit die Auswirkungen der nicht umkehrbaren Veränderungen, die sie der Umwelt zufügt, nicht beherrschen kann, muss sie ihre Unternehmungen sorgsam und mit Respekt vor dem ökologischen Gleichgewicht der Natur in Angriff nehmen.

Der Kapitalismus kümmert sich nicht um Umweltverschmutzung und beutet die natürlichen Reichtümer ausschließlich unter dem Gesichtspunkt kurzfristigen Gewinns aus, sogar dann, wenn dies die nackte Existenz tropischer Regenwälder, einer Schatzkammer an Tier- und Pflanzenarten, oder des Meereslebens gefährdet. Er muss daher von allen, die die bestehenden ökologischen Gleichgewichte bewahren wollen, grundlegend in Frage gestellt werden. Gleichermaßen ist der Kapitalismus bestrebt, sich technologische Neuerungen – wie etwa genetisch veränderte Organismen – anzueignen (deren Ausbreitung in die Umwelt einen unumkehrbaren und gefährlichen Prozess einleiten kann) ohne sich um mögliche ökologische Folgen zu kümmern. Anstatt eine Labortechnik zu bleiben wurde die Herstellung genetisch veränderter Organismen zu einer Schlüsselbiotechnologie, die der Kapitalismus dazu benutzt, neue Märkte zu finden. Der Kapitalismus strebt auch die Kontrolle über die intimsten Ebenen an, die bislang noch außerhalb seiner Reichweite lagen: Fortpflanzung und genetische Kontrolle über Pflanzen- und Tierarten.

Industriekatastrophen und atomare Gefahren

Die verhängnisvollen ökologischen Folgen der kapitalistischen Produktion nehmen in Industrieanlagen wie Chemiefabriken oder Atomkraftwerken auch die Form gigantischer Unfälle oder eines potentiellen Risikos für solche Unfälle an. Die Katastrophe von Bhopal mit ihren 15 000 Toten und dem Leiden der vielen Methyloisozyanatopfer, die noch immer jedes Jahr zu Hunderten sterben, war zusammen mit Tschernobyl eines der tragischsten Beispiele.

Der besondere Charakter der Kernkraft, das unberechenbare Ausmaß ihrer widrigen Auswirkungen und besonders ihre extrem langfristigen Folgen stellen angesichts der Existenz von alternativen Lösungen ein besonders beängstigendes Beispiel für abwegige Entscheidungen dar, die hinsichtlich der Entwicklung der Produktivkräfte getroffen werden.

Das Risiko der Radioaktivität beschränkt sich nicht auf die Bedrohung durch große Unfälle. Obgleich die Atomindustrie seit gut 40 Jahren existiert, hat sie noch immer keine Lösung für das Problem der atomaren Abfälle gefunden. Vom Niedergang bedroht versucht sie nun, ihre ökologischen Tugenden hervorzukehren, um neue Atomstromprogramme aufzulegen, da es derzeit praktisch ein Moratorium gibt. Die Atomkraft wird als Weg zur Verminderung der CO₂-Emissionen

dargeboten. Diese Behauptung verharmlost die Risiken durch radioaktive Verseuchung (genehmigtes oder „wildes“ Müllabladen) und die Tatsache, dass die Hauptursache der CO₂ Emissionen der Transportsektor ist. Darüber hinaus würde ein derart unflexibles Energiesystem, das auf großen Produktionseinheiten beruht und Hunderte neuer Kraftwerke errichten würde, Investitionen zu Lasten anderer Systeme (Energiesparmaßnahmen, erneuerbare Energien) monopolisieren. Weiterhin begünstigten Überkapazitäten in der Energieproduktion und Verluste über die Verteilersysteme die Energieverschwendung. Dies würde auch ein Entwicklungsmodell, das sich längerfristig als schädlich erwiesen hat, verewigen.

Zu diesen dauerhaften Risiken treten noch die imperialistischen Angriffskriege hinzu, die wegen der Zerstörungskraft der eingesetzten Waffen schwerwiegende ökologische Folgen haben: Die Kriege in Vietnam, am Golf oder in Serbien-Kosovo legen davon Zeugnis ab.

Die ökologische Krise stellt nun keine neuartige Notlage dar, die alle „traditionellen“ wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme bedeutungslos werden ließe. Im Gegenteil – alle ihre Elemente sind eng mit diesen „traditionellen“ Angelegenheiten verknüpft.

Die Umweltkrise ist dramatisch, weitet sich aus und verursacht örtliche und Teilkatastrophen. Diese verursachen bisweilen nicht wieder gut zu machende Schäden, in anderen Fällen kann kurz -, mittel- oder auch langfristig über 2 bis 3 Jahrhunderte (dem Alter vieler Bäume) gegengesteuert werden, aber es entstehen auch globale Gefahren wie etwa die Erwärmung der Erdatmosphäre oder das Artenstreben. Alles hängt von den bewussten Entscheidungen der menschlichen Gemeinschaften ab.

III. Strukturelle Ursachen der Umweltkrise

Obwohl die kapitalistische Produktionsweise den Gesetzen der Natur nicht entrinnen kann, steht sie auf verschiedenen Ebenen in fundamentalem Gegensatz zur Natur und zum Prozess der natürlichen Evolution. Für das Kapital ist ausschließlich der quantitative Aspekt ausschlaggebend, der des Verhältnisses zwischen Arbeitszeit und Geld im Rahmen des Wertgesetzes. Qualitative und globale Bezüge können nicht berücksichtigt werden.

Die kapitalistische Produktion beruht auf der Durchführung eines zyklischen Prozesses, bei dem in der kürzest möglichen Zeit investiertes Kapital zum Investor zurückkehren soll. Folglich muss sie den natürlichen Prozessen einen Rhythmus und einen Rahmen aufzwingen, die ihnen fremd sind. Die Ausbeutung der natürlichen Reichtümer kann den Zeitraum, den diese benötigen, um zu entstehen oder sich zu erneuern, nicht berücksichtigen. Die Aus-

breitung der Warenproduktion kann keine Rücksicht nehmen auf vorher bestehende Formen der gesellschaftlichen Organisation. Indem sie sich den Raum nimmt, den sie für einen zügigen Produktionsprozess, die Energieversorgung und den Vertrieb benötigt, entwickelt sie sich ohne Rücksicht auf die natürliche Umwelt, die Pflanzen- und Tierwelt. Nicht der Mangel an Weisheit im Kapitalismus führt zur Umweltzerstörung, sondern eben die ihm zugrunde liegende Logik. Daher wird der Ruf der Sozialdemokratie nach „qualitativem Wachstum“ durch die Logik des Kapitals vereitelt: Qualitatives Wachstum und Wertgesetz schließen sich gegenseitig aus.

Die kapitalistische Vernunft bestimmt die Bewegung der einzelnen Kapitale. Doch die Konkurrenz zwischen den Kapitalien macht das System als Ganzes irrational. Die Intelligenz, die benutzt wird, um die Produktion zu verbessern oder Rohstoffe einzusparen, endet am Fabrikator. Die Umwelt bezahlt die Rechnung, wo immer sich niemand verantwortlich fühlt – z.B. im Fall der Wasser-, Luft- und Bodenverschmutzung. Ferner führt die Konkurrenz zu periodischen Überproduktionskrisen, die enthüllen, dass ein beträchtlicher Teil von Energie und Rohstoffen in Waren investiert wurde, die sich nicht verkaufen lassen. Außerdem begünstigt der Markt die Produktion von aus Gebrauchswertsicht überflüssigen Produkten (Werbung, verschiedene Drogen, Waffen, etc.), die aber einen Tauschwert haben, der hohe Gewinne ermöglicht. Wettbewerb und die Jagd nach Profit und Extraprofit sind letztendlich die Ursache von verbrecherischem Verhalten, wie es von der kapitalistischen Gesetzgebung selbst erkannt wird: Missachtung von Umweltschutzgesetzen, Einsatz giftiger Stoffe, nicht angemessene Qualitätskontrolle, Fälschung von Inhaltsangaben, nicht genehmigte Müllentsorgung usw.

Der Begriff „Produktivismus“, wie er von der Ökologiebewegung popularisiert wurde, bringt auf konfuse Weise einen Aspekt der Irrationalität des kapitalistischen Systems zur Sprache. Die Entwicklung der Produktivität wird – statt eine Quelle für gesellschaftlichen Fortschritt zu sein – zum Mittel einer immer intensiveren Ausbeutung der Arbeitskraft, für Produktionsentscheidungen, die mit gesellschaftlichen Bedürfnissen und ökologischen Erfordernissen nichts zu tun haben, und für chronische Überproduktionskrisen. In einem blinden Markt funktioniert die Produktion, als sei sie ihr eigenes Ziel.

Die ökologische Krise in den imperialistischen Metropolen

Die ausgeprägteste Form der wirtschaftlichen Ausbeutung, d.h. die wirtschaftliche Inwertsetzung vorbestehender natürlicher, gesellschaftlicher und geschichtlicher Grundlagen findet sich in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Heutzutage be-

herrscht die Warenproduktion alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, während der soziale Prozess der Produktion immer mehr zersplittert wurde. Die Besitzverhältnisse sind immer weiter zentralisiert worden – die Konkurrenz zwischen den Eigentümern der Produktionsmittel verhindert, dass sie völlig einfrieren.

Das hat in allen imperialistischen Ländern zu den gleichen ökologischen Hauptproblemen geführt. Das beweist einmal mehr, dass diese Probleme nicht als „Betriebspannen“ oder „Fehler“ angesehen werden können. Sie stehen in der ganzen Welt im Einklang mit der Logik des Systems. Die Privatisierung der Öffentlichen Dienste, die unkontrollierte Expansion der Städte und ihre „Zubetonierung“ führen zu einer üblen Verschlechterung der Umweltbedingungen in den Städten; dabei verschwinden Grüngürtel, Bäume und Wälder und werden durch Straßen und Autobahnen ersetzt. Die praktisch völlige Ausbeutung der letzten Quadratzentimeter Land für die Nutzung als Industriegebiete, Shoppingcenter, Schlafstädte, Themenparks und Verwaltungszonen hat ungeheuer zugenommen und Zeit und Verkehr verändert, während die Struktur der Bedürfnisse im Wesentlichen unverändert geblieben ist. Die Verkehrspolitik, die hauptsächlich auf der privaten Nutzung von benzinbetriebenen PKW beruht, hat zu chronischen Verkehrsstaus geführt, die alle großen Ballungsräume zu lähmen oder gar zu ersticken drohen.

Die Zentralisation der Eigentumsverhältnisse hat insbesondere im Energiesektor den Bau riesiger Kraftwerkskomplexe vorangetrieben, die mit fossilen Brennstoffen oder Atomenergie betrieben werden. Diese Entscheidung ist der Luftqualität abträglich und vom Gesichtspunkt einer wirtschaftlichen Energienutzung aus gesehen gänzlich unvernünftig.

Die Irrationalität des Marktes und das Profitstreben spielen eine entscheidende Rolle beim Abfallproblem. Für jede Firma wird es immer „vorteilhafter“, das in der Produktion Nutzlose wegzuworfen, hinauszuspülen oder zu verbrennen. Daher sind die Berge von Müll, besonders von Giftmüll, zum Symbol der kapitalistischen Überflusgesellschaft geworden. Gar nicht zu reden von dem gigantischen Problem der militärischen Nuklearabfälle und der durch die Kriege – besonders die imperialistischen Militärexpeditionen – hervorgerufenen Umweltzerstörungen.

Die Folgen dieser grundlegenden Umweltprobleme sind: Naturzerstörung, wuchernde Städte, Überfüllung des Straßennetzes, Luftverschmutzung durch das Privatauto, Vergiftung durch die chemische Industrie, radioaktive Verseuchung durch die Kernenergie und ständig wachsende Müllberge. Der Kapitalismus ist nicht imstande, diese Fehlentwicklungen zu korrigieren. Solange die natürlichen Reichtümer wie Wasser, Holz, Boden, „frei“ verfügbar sind,

werden sie im Kapitalismus verbraucht, verschwendet und verschmutzt – meistens ohne jede Kontrolle. Sie sind (und dies nicht nur im ökonomischen Sinn) „exogene Faktoren“. Sie bleiben abhängig, das heißt sie sind Objekte für das Streben nach privatem Profit. In anderen Worten: Die begrenzte Natur dieser Reichtümer wird nur von denen wahrgenommen, die sie kaufen müssen. Ihre Verkäufer haben ein grundlegendes Interesse an der Expansion und widerstehen jedem Versuch, sie sparsam einzusetzen.

Jeglicher Versuch, diese Entwicklung zu korrigieren, stößt sich an der aktuellen Kampagne der Kapitalisten für eine größere Deregulierung. Solche Versuche können ansonsten nur auf der Grundlage einer falschen Voraussetzung in Betracht gezogen werden, dass nämlich das Wertgesetz zwischen „guten“ (umweltverträglichen) und „bösen“ Profiten unterscheiden kann. Daher finden sich die imperialistischen Länder mit dem Versuch ab, eingetretene Schäden zu „reparieren“. Bestenfalls kann dies zu sehr begrenzter und unvollständiger Abhilfe führen – wie der verpflichtende Einbau von Filtern zur Wasser- und Luftreinigung etc.

Die kapitalistische Produktion verändert auch ihre eigenen VerbraucherInnen. Demgemäß ist das Verhalten der Einzelnen ein Element, das die Umweltkrise verschlimmert und ihre Lösung behindert. Ein bezeichnendes Beispiel ist das, was man die „Diktatur des Autos“ nennen könnte, also das ökologisch betrachtet katastrophale System des Individualverkehrs. Dies wird durch das Marketing der Autoindustrie, durch die individualistische bürgerliche Ideologie, durch die willentlich herbeigeführte Verschlechterung des Öffentlichen Verkehrs, aber auch durch die urbane Struktur der Großstädte, die die Arbeitenden zu weiten Wegen zwingt, vorangetrieben. Verhaltensänderungen der Einzelnen können insofern nur einen winzigen Einfluss auf die grundsätzlich umweltzerstörerische Natur der kapitalistischen Produktion haben.

Die Umweltkrise in den abhängigen Ländern

Eine hellsichtige Studie der UN-Umweltbehörde ist zu dem klaren Schluss gekommen, dass die Umweltprobleme der „Dritten Welt“ Armutprobleme sind. Das ist völlig zutreffend, wenn wir nicht außer Acht lassen, dass diese Armut keine Schicksalsfolge ist, sondern das Ergebnis der politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten der imperialistischen Länder darstellt. Durch Verdrehen der Tatsachen könnte es möglich sein, die Umweltkrise in den imperialistischen Ländern als Folge der Wohlstandsgesellschaft und nicht als Ergebnis der Marktwirtschaft darzustellen. Aber in den abhängigen Ländern von Asien, Afrika und Lateinamerika ist die Beziehung zwischen Wirtschafts- und Umweltkrise ganz und gar offensichtlich. Für Millionen Menschen sind die wachsende

Zerstörung von Umwelt und Biosphäre und der alltägliche Kampf ums Überleben nur zwei Seiten der gleichen unmittelbaren Erfahrung. Über 800 Millionen Menschen sind unterernährt, 40 Millionen sterben jährlich an Hunger und an Erkrankungen, die durch Mangelernährung bedingt sind. Fast 2 Milliarden haben keinen regelmäßigen Zugang zu sauberem Trinkwasser, als Folge sterben 25 Millionen jährlich. 1 ½ Milliarden Menschen leiden an akutem Mangel an Brennholz, häufig ihre einzige Energiequelle. In diesem Teil der Welt herrscht schwerwiegender Mangel an Nahrung, Wasser und Brennstoff – den drei wesentlichen Grundlagen für das nackte Überleben der Menschen. Die UNO schätzt, dass etwa 500 Millionen Menschen „Umweltflüchtlinge“ sind, die gezwungen waren, ihre Heimat in der Folge von Dürre, Flut, Bodenerosion oder der Ausbreitung einer exportorientierten Landwirtschaft zu verlassen. Tatsache ist, dass die Umweltkrise in diesen Teilen der Welt keine „Zeitbombe“ oder ein Problem der Zukunft ist, sondern eine reale Existenzkrise hier und heute.

Die Hauptursache der schrecklichen Armut und der Umweltkrise ist die kapitalistische Produktionsweise. Die altbekanntesten Strukturen der imperialistischen Abhängigkeit und der Weltmarkt, der sie beherrscht, haben die Umwelt der beherrschten Länder einer weit unmittelbareren und brutaleren wirtschaftlichen Ausbeutung unterworfen, als die der imperialistischen Länder. Dies gilt z.B. für den Export von industriellen oder nuklearen Abfällen hoch industrialisierter kapitalistischer Länder in den Süden, wodurch diese Länder zu riesigen Müllhalden für giftiges oder strahlendes Material gemacht werden. Dies gilt auch für die Biopiraterie kapitalistischer Unternehmen, vor allem im Pharmaziebereich, die sich traditionelle Kenntnisse der indigenen Bevölkerungen aneignen und patentieren.

Die Zerstörung der Umwelt entsprechend den Bedürfnissen des Weltmarkts und den Interessen der multinationalen Konzerne tritt in diesen Ländern in einen noch extremeren Gegensatz zu den durch die Geschichte weitergegebenen gesellschaftlichen Strukturen und Lebensweisen. All diese Länder hat der Imperialismus durch die Errichtung einer Infrastruktur umgestaltet, die beinahe ausschließlich um Zentren herum erbaut wurde, deren wirtschaftliche Tätigkeit vom Weltmarkt abhängt. Das ist die Grundlage, auf der Rohstoffzonen, Geschäftszentren, Touristenzonen, Plantagen und Weideländer für die exportorientierte Produktion ausgewählt werden.

Das setzt die Menschen, die diesem Prozess zum Opfer fallen, unter gewaltigem Druck und treibt andere Lebensweisen und „altmodische“ soziale Funktionen in die abgelegenen Regionen eines Landes. Die Auswirkungen waren und sind weiterhin schwerwiegender als in den kapitalistischen Metropolen, da diese Länder Prozes-

sen unterworfen sind, die von anderen in Bewegung gesetzt werden.

Wir können die verhängnisvollen Auswirkungen des Gesetzes der „ungleichen und kombinierten Entwicklung“ in den abhängigen Ländern auch von einem ökologischen Standpunkt aus betrachten. Der Weltmarkt bringt seine umweltzerstörende Dynamik und seine schrecklichsten Widersprüche in die hintersten Winkel der Welt. Sein Werk ist hier unvergleichlich verheerender, die Gegenkräfte unvergleichlich schwächer. Wir können eine Reihe struktureller Eigenschaften dieses Mechanismus aufzeigen:

- Die direkte Ausbeutung von Rohstoffen für den Weltmarkt (Mineralien, Holz, Baumwolle, Kautschuk, etc.) und die dazu parallele Entwicklung der Infrastruktur (Straßen, Eisenbahnen, Kraftwerke, etc.).
- Die Umwandlung von Land in Ackerland oder Weide, reserviert für die Exportproduktion, durch eine Politik der Rodungen und unter massiver Verwendung von Kunstdünger und Pestiziden mit daraus folgender Umweltverschmutzung.

Diese zwei Prozesse machen die Landfrage zur brennendsten Streitfrage in den meisten abhängigen Ländern. Der Heißhunger der Unternehmen des Agrobusiness und die Politik der neoliberalen Strukturanpassungen haben zur Abholzung und Brandrodung tropischer Wälder und zur Auslaugung, Erosion und Zerstörung der fruchtbaren Bodenschichten geführt. Dadurch wurde das Risiko einer Klimaveränderung und einer Intensivierung von „Naturkatastrophen“ verstärkt. Es sind vor allem die Gemeinden der indigenen Bevölkerung, die zum Schutz der Umwelt mobilisieren (in Amazonien, in Ecuador, in Indien usw.) und die als HüterInnen des natürlichen Erbes der gesamten Menschheit fungieren, indem sie gegen die Schäden kämpfen, die von den Multis zu verantworten sind.

Die Verstädterung, die durch die besondere wirtschaftliche Struktur und die Landfrage hervorgebracht wird, stellt eine andere große Gefahr dar. Nach UN-Schätzungen wachsen die Städte der abhängigen Länder dreimal schneller als in den kapitalistischen Industrieländern. In diesen Städten sind die üblichen städtischen Probleme noch verheerender für die Umwelt und die Lebensbedingungen. Die Luftverschmutzung durch den Autoverkehr und den Hausbrand stellt eine akute Bedrohung dar. Die Qualität des Trinkwassers ist das zweite Problem, mit dem die Städte in den abhängigen Ländern zu kämpfen haben. Die Müllentsorgung ist das Dritte. In den meisten großen Städten in Asien, Afrika und Lateinamerika wird der Abfall einfach aufgehäuft oder an der freien Luft verbrannt.

Das Problem der Verschuldung abhängiger Länder bei Banken und imperialistischen Regierungen ist heutzutage das meistbesprochene Thema. Im Zeitraum

von 1990-1995 war die Entwaldung in den 33 afrikanischen Ländern, die zu den Ärmsten und Höchstverschuldeten gehören, um 50% größer als in den anderen afrikanischen Ländern und um 140% größer als die durchschnittliche Rate der weltweiten Entwaldung. Gleichzeitig gibt es keine Gelder, um Naturschutzmaßnahmen zu finanzieren. Die internationalen Finanzinstitutionen wie die Weltbank und der Internationale Währungsfond fordern einen immer höheren Tribut von Mensch und Natur für den Schuldendienst. Im Bereich der Landwirtschaft hat die durch die Strukturanpassungen durchgesetzte Sparpolitik zum Abbau von Subventionen, die gewisse Preise garantierten, und zur Liberalisierung der Agrarmärkte geführt. Die fehlenden öffentlichen Investitionen verschärfen noch die Infrastrukturprobleme bei Transport oder Bewässerung. Seit 1994 haben die Abkommen über die WTO den Prozess der Zerstörung der Landwirtschaft in den abhängigen Ländern noch beschleunigt. Die wilde Suche nach Einkünften aus dem Export zu Lasten der Lebensmittelproduktion hat in mehreren Ländern Afrikas und Asiens zu Ernährungskrisen geführt. Die verschärfte Armut und die Landflucht nehmen im gleichen Maß zu, wie die Umweltbedingungen sich verschlechtern.

All das wird zynisch ergänzt durch eine Reihe von unmittelbar naturzerstörenden Handlungen und Umweltverbrechen, die von den imperialistischen Multis begangen werden. Gefährliche Produktionsanlagen (besonders der chemischen Industrie) werden in die abhängigen Länder verlagert. Hier ziehen sie nicht nur den Nutzen aus der billigen Arbeitskraft, sondern können auch ungestraft die Umwelt vergiften.

Die Regierungen der meisten abhängigen Länder sind angesichts der Umweltkrise völlig machtlos. Ihre Verbindung mit den imperialistischen Interessen und ihre eigenen Privilegien oder Klasseninteressen vergrößern die wirtschaftliche Abhängigkeit und die Umweltkrise. Sogar bestimmte internationale Hilfsprogramme (zur Bekämpfung des Hungers, zur Bekämpfung von Umweltkatastrophen oder die neuen Pläne zur teilweisen Entschuldung im Austausch für Umweltschutzmaßnahmen) tragen häufig nur zur Bereicherung der herrschenden Eliten bei.

Die Lösung der Umweltkrise in den abhängigen Ländern ist ohne den Bruch mit der Abhängigkeit vom Imperialismus undenkbar. Der Versuch einer „Modernisierung“ mit Krediten und Schulden zur Lösung der dringenden sozialen Probleme war ein Irrtum, der die Lage nur verschlimmert hat. Das trifft noch mehr auf die Umweltkrise zu. Armut und wirtschaftliche Abhängigkeit zwingen Millionen Menschen dazu, sich so zu verhalten, dass die Umwelt verheerend geschädigt wird, aber sie könnten anders nicht überleben. Das bedeutet, dass im Prozess der antiimperialistischen Revolu-

tion, der „permanenten Revolution“ in den abhängigen Ländern bewusst ökologische Anliegen aufgegriffen und in das Kampfprogramm gegen den kapitalistischen Raubbau aufgenommen werden müssen. Dies ist die Voraussetzung für den erfolgreichen Aufbau alternativer, sozialistischer Produktionsverhältnisse.

Die ökologische Krise in den vormals bürokratisierten Gesellschaften

Trotz des Verschwindens der UdSSR und der meisten nach Sowjetvorbild gestalteten Gesellschaften ist es notwendig, kurz deren Umweltpolitik zu beleuchten. Das ökologische Sündenregister der UdSSR und der Länder mit einem System der bürokratischen zentralen Planung ist genauso schlimm, wenn nicht schlimmer, als das der imperialistischen Metropolen, besonders hinsichtlich der Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung, der Atomenergie (Tschernobyl!) und der Probleme, mit denen die großstädtischen Regionen zu kämpfen haben.

Einer der Gründe für diese Situation ist, dass diese Gesellschaften nur teilweise darin erfolgreich waren, das kapitalistische Wertgesetz und die mit ihm verbundenen objektiven Zwänge in der Produktion zu überwinden. In vielen Schlüsselsektoren war die Abhängigkeit vom Kapitalismus und dem Weltmarkt noch gegeben. Die Ausbeutung der natürlichen Reichtümer für die Exportwirtschaft und die Abhängigkeit von Produkten und Technologien, die von kapitalistischen Industrien herrührten, führten auch in diesen Ländern zu einer zwangsläufigen Zerstörung der Umwelt. Dies geschah auf eine Art und Weise, die mit dem, was wir in den abhängigen Ländern sehen, vergleichbar ist.

Die Planwirtschaft war ein Anlauf, um eine unmittelbar soziale Wirtschaft zu entwickeln. Im Gegensatz zum Kapitalismus, in dem die Nützlichkeit der Arbeit allein vom Markt abhängt, das heißt von der Fähigkeit, Waren zu verkaufen, versuchten nichtkapitalistische Gesellschaften die sozialen Bedürfnisse vor der Produktion zu bestimmen und dann dafür zu planen. Offensichtlich kann dieser Versuch nur erfolgreich sein, wenn alle menschlichen Bedürfnisse und besonderen Interessen in einen umfassenden Prozess demokratischer Beratung und Entscheidungsfindung eingebracht werden. Wenn ein wirklicher Mangel verteilt werden muss, wird die Demokratie noch bedeutsamer. Aber die Bürokratisierung der Übergangsgesellschaften beseitigte die Demokratie völlig. Die Vielfalt der gesellschaftlichen und nationalen, der kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse verschiedener Menschen wurde genormt und gewaltsam in einen von oben diktierten Plan eingefügt. Da alle qualitativen Bezüge mit der Demokratie begraben wurden, konnten

die entscheidenden Kennzeichen des Plans nur quantitative Maßstäbe und Wachstumsraten sein. Auf diese Weise legten die Übergangsgesellschaften die Betonung auf quantitatives Wachstum, manchmal sogar mehr als die kapitalistischen Gesellschaften. Diese Raten wurden mittels Dekret bekannt gegeben und mit Gewalt durchgesetzt. Der Schutz der Ressourcen und der Umwelt war in diesen Plänen bestenfalls in Form von quantitativen Begriffen enthalten (Zahl der Kläranlagen, Filter, bestimmte Budgetposten, usw.). Diese Planung war von Beginn an mit Irrtümern, Planungsfehlern und weißen Flecken (und einem entsprechenden Missbrauch von Ressourcen) behaftet. Ohne gesellschaftliche Kontrolle wurde das nur berichtet, wenn es letztlich „weiter oben“ bemerkt wurde.

Darüber hinaus entsprachen die unterschiedlichen Teile des Plans den Interessen verschiedener Fraktionen der Bürokratie, die sie ausarbeiteten. Das ist die Ursache für den Gigantismus, der so typisch für die UdSSR und die anderen bürokratisierten Staaten war. Je größer der Maßstab und je zentralisierter diese Vorhaben waren (Beispiel: Veränderung des Laufs der sibirischen Ströme), umso mehr Macht bedeutete das für die Bürokraten. Ab den siebziger Jahren wurden Bürokraten, die mit Umweltangelegenheiten zu tun hatten, eingesetzt, aber sie hatten keine Macht und verblieben in kleinen Abteilungen auf der unteren Ebene.

Optimismus und Fortschrittsglauben waren die verpflichtenden Lehren der Ideologie der Bürokratie. Die Bürokratien betonten die Vorstellung von „einem Wettbewerb zwischen den zwei Systemen“ und „dem Überholen“ der kapitalistischen Gesellschaften. Von diesem Standpunkt aus wurden die kapitalistischen Modelle des Konsums und der Modernisierung, die der Umwelt solchen Schaden zugefügt haben, hochgeschätzt. Diese Modelle wurden als ideologische Werte übernommen und spielten eine große Rolle bei der Planerstellung. Die Bürokratie akzeptierte nur Modelle, die auf der Quantifizierung natürlicher Ressourcen beruhten (namentlich Modelle, wie sie vergleichbar von konservativen bürgerlichen Ökonomen benutzt werden).

Ganz offensichtlich konnte sich die ökologische Krise im Rahmen der Plünderung der Wirtschaft und des wilden Kapitalismus, wie er in Russland seit dem Verschwinden der UdSSR mit Unterstützung der Westmächte und des IWF am Werk ist, nur verschlimmern.

Der Fall Kuba liegt insoweit anders, als aus Gründen der Notwendigkeit, aber auch ökologischen Überzeugungen sich die Planwirtschaft seit den 1990er Jahren vom sowjetischen, produktivistischen und die Umwelt zerstörenden Modell entfernt hat. Gleiches gilt für die teilweise Ersetzung von Autos durch Fahrräder im städtischen Verkehr.

IV. Arbeiterbewegung und Ökologie

Die Ökologen bezichtigen Marx und Engels des Produktivismus. Ist diese Anschuldigung gerechtfertigt? Nein, weil sich niemand mit solcher Kraft wie Marx gegen die kapitalistische Logik der Produktion um der Produktion Willen, die Kapitalakkumulation, den Reichtum und die Warenproduktion als Selbstzweck ausgesprochen hat. Die eigentliche Idee des Sozialismus ist (im Gegensatz zu ihrer elenden bürokratischen Karikatur) die Produktion von Gebrauchswerten, das heißt von Gütern, die gebraucht werden, um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen. Das höchste Ziel des technischen Fortschritts ist in den Augen von Marx nicht ein unendliches Wachstum von Gütern (das „Haben“), sondern ein kürzerer Arbeitstag und mehr Zeit für Muse (das „Sein“).

Dennoch ist es wahr, dass wir manchmal bei Marx und Engels und noch häufiger im späteren Marxismus eine Tendenz finden, die die „Entwicklung der Produktivkräfte“ zur Haupttriebkraft des Fortschritts macht und eine verhältnismäßig unkritische Haltung zur industriellen Zivilisation, insbesondere hinsichtlich ihrer zerstörerischen Beziehung zur Umwelt. Der folgende Abschnitt aus den Grundrissen ist ein schlagendes Beispiel für die allzu unkritische Bewunderung von Marx für die „zivilisatorische“ Mission der kapitalistischen Produktion und ihre rohe Instrumentalisierung der Natur:

„So schafft das Kapital erst die bürgerliche Gesellschaft und die universelle Aneignung der Natur wie des gesellschaftlichen Zusammenhangs selbst durch die Glieder der Gesellschaft. Hence the great civilising influence of capital; seine Produktion einer Gesellschaftsstufe, gegen die alle führen nur als lokale Entwicklungen der Menschheit und als Naturidolatrie erscheinen. Die Natur wird erst rein Gegenstand für den Menschen, rein Sache der Nützlichkeit; hört auf, als Macht für sich anerkannt zu werden; und die theoretischen Erkenntnisse ihrer selbständigen Gesetze erscheint selbst nur als List, um sie den menschlichen Bedürfnissen, sei es als Gegenstand des Konsums, sei es als Mittel der Produktion, zu unterwerfen.“ (MEW, Band 42, 1983, S. 323)

Andererseits finden wir bei Marx auch Texte, die ausdrücklich die Verheerungen erwähnen, die das Kapital der natürlichen Umwelt zugefügt hat und die Zeugnis von einer dialektischen Sicht der Widersprüche des „Fortschritts“, die von den Produktivkräften herbeigeführt werden, ablegen – zum Beispiel, in der berühmten Passage über die kapitalistische Landwirtschaft im Kapital:

„Wie in der städtischen Industrie wird in der modernen Agrikultur die gesteigerte Produktivkraft und größere Flüssigmachung der Arbeit erkaufte durch Verwüstung und Versiechung der Arbeitskraft selbst. Und jeder Fortschritt in der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der

Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. Je mehr ein Land, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika z. B., von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozeß. Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen des Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ (MEW 23, S. 529-530)

Sogar bei Engels, der so häufig die „Überlegenheit“ und die „Herrschaft“ des Menschen über die Natur gefeiert hat, können wir Texte finden, die unsere Aufmerksamkeit ausdrücklich auf die Gefahren einer solchen Sichtweise richten. Als Beispiel können wir die folgenden Abschnitte aus dem Artikel „Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen“ erwähnen:

„Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andre, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben. Die Leute, die in Mesopotamien, Griechenland, Kleinasien und anderswo die Wälder ausrotteten, um urbares Land zu gewinnen, träumten nicht, dass sie damit den Grund zur jetzigen Verödung jener Länder legten, indem sie ihnen mit den Wäldern die Ansammlungs- und Behälter der Feuchtigkeit entzogen.“ (...)

Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, dass wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht – dass wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehen, und dass unsere ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen anderen Geschöpfen ihre Gesetze zu erkennen und richtig anwenden zu können.“ (MEW 20, S. 452-453).

Es ließen sich leicht weitere Beispiele finden. Tatsächlich fehlte Marx und Engels jedoch eine umfassende ökologische Zielsetzung. Die ökologische Frage ist eine der größten Herausforderungen für eine Erneuerung des marxistischen Denkens zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Sie verlangt von den MarxistInnen eine sorgfältige und kritische Neubeurteilung ihres traditionellen Konzepts der „Produktivkräfte“ und einen radikalen Bruch mit der Ideologie eines linearen Fortschritts und dem technologischen und ökonomischen Paradigma der modernen industriellen Zivilisation. Trotz dieser Schwächen bleibt die marxistische Kritik der kapitalistischen politischen Ökonomie grundlegend für jedes emanzipatorische

Projekt und die Ökologiebewegung kann sich eine Auseinandersetzung mit ihr nicht ersparen.

Entsprechend der Entwicklung des Reformismus in den Reihen der Arbeiterbewegung wurde Marx' und Engels' kritische Betrachtung über die Bedrohung der Natur durch die kapitalistische Zivilisation heruntergespielt. Der Reformismus übernahm Schritt für Schritt die produktivistischen Konzepte und Anschauungen der bürgerlichen Gesellschaft und zwar genau in dem Maße, wie er sich darin integrierte und als eingegliederte Teil derselben sich mit ihren Haupteinrichtungen (Staat, Armee, Gesetze etc.) abfand. Zum Beispiel erklärte der Deutsche Metallarbeiterverband (DMV), die von der Sozialdemokratie geführte Organisation der deutschen Metallarbeiter, zu Ende des 19. Jahrhunderts in einer bezeichnenden Stellungnahme: „Je rascher die technische Entwicklung voranschreitet, desto rascher wird die kapitalistische Produktionsweise den Punkt erreichen, wo sie sich selbst hemmen wird und von einer höheren Produktionsweise abgelöst werden muss.“

Sozialdemokratie und Stalinismus hatten beide trotz ihrer Meinungsverschiedenheit in vielen Fragen ein produktivistisches Wirtschaftskonzept und einen völligen Mangel an Sensibilität in Umweltfragen gemein. Wir müssen auch einräumen, dass revolutionäre Strömungen im Allgemeinen und die IV. Internationale im Besonderen die ökologische Frage erst mit erheblicher Verspätung in ihre Programmatik einbezogen haben.

Die lang anhaltenden Wirkungen ökologischer Katastrophen, das Wachstum von Umweltschutzbewegungen, die Teilerfolge dieser Bewegungen und ihre Versuche, sich politisch zu strukturieren („Grüne“ Parteien, etc.), haben innerhalb der Arbeiterbewegung zu Differenzierungen geführt. In einer Reihe von Ländern widersetzen sich ganze Gewerkschaften oder zumindest starke Minderheiten in ihren Reihen der „friedlichen“ Nutzung der Atomkraft und entfalten eine erhöhte Sensibilität in ökologischen Fragen: die CGIL in Italien, Britische Bergarbeiter, die CUT in Brasilien, SUD in Frankreich, die Arbeiterkommissionen in Spanien, die IG Metall in Deutschland etc.

Gegenwärtig können wir in den Parteien und Gewerkschaften, die sich auf die ArbeiterInnen berufen, hinsichtlich der Ökologiefrage vier Strömungen unterscheiden:

- a) Die „Beton“-Fraktion, die so weitermachen will, als hätte sich nichts verändert. Sogar diese Fraktion musste vor dem Hintergrund der verhängnisvollen Entwicklungen der Umwelt einige Anpassungen vornehmen. Diese Strömung fordert nun Grenzwerte für Emissionen und neue Regelungen, befürwortet aber den weiteren Einsatz der Kernkraft. Ohne ihre kurzsichtigen Positionen zu überarbeiten, erklärt sie sich mit einem ökologischen Flickwerk einverstanden.

den, insbesondere wenn dies neue Märkte eröffnet.

b) Eine technokratische Strömung, die glaubt, sie könne die ökologischen Probleme mit Hightech-Methoden lösen. Tatsächlich würden diese meistens nur die Probleme verschieben: Zum Beispiel, was macht man mit den enormen Mengen an Filterstaub, Klärschlamm und anderem Abfall? Peter Glotz von der deutschen Sozialdemokratie regt eine Zusammenarbeit mit der sogenannten „end of the pipe technology“ des Großkapitals an: Durch ein Bündnis der „traditionellen Linken, der technischen Eliten und der kritischen Minderheiten unter den Kapitalisten, die vernünftige Ansichten Sachen Wachstum haben“ könnte eine gesellschaftlich gelenkte Modernisierung erreicht werden. Er lehnt ausdrücklich jede Infragestellung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ab.

c) Die Menschen, die der dritte Strömung, dem „Ökoreformismus“, zuzurechnen sind, weigern sich ebenfalls, über die Produktionsverhältnisse zu sprechen. Einmal mehr behaupten sie, dass es möglich sei, den Kapitalismus, oder die „Industriegesellschaft“, wie sie ihn vornehm nennen, von den Sünden gegen die Umwelt zu befreien. Erhard Eppler erklärte als Vorsitzender der „Grundwertekommission“ der deutschen SPD: „Mehr denn je ist es die Pflicht der Sozialdemokratie, durch eine neue Politik der Reformen mit demokratischen, menschlichen und ökologischen Verbesserungen der Industriegesellschaft fortzufahren.“

d) Die vierte Strömung, eine Minderheit, aber zahlenmäßig durchaus nicht unbedeutend, ist der Ökosozialismus, der die grundlegenden Errungenschaften des Marxismus aufnimmt und ihn von seiner produktivistischen Schlacke befreit. Die Ökosozialisten verstehen, dass Markt und Profitlogik genauso wie das autoritäre Regierungssystem der untergegangenen ehemaligen „Volksdemokratien“ mit ökologischen Bedürfnissen unvereinbar sind. Sie kritisieren die von den führenden Strömungen der Arbeiterbewegung vertretene Ideologie, verstehen aber auch, dass die ArbeiterInnen und ihre Organisationen eine unentbehrliche Kraft für die Umwandlung des Systems sind.

Der Ökosozialismus ist unter den Strömungen der Arbeiter- und Ökologiebewegung diejenige, die am meisten auf die Interessen der Arbeiter und der Völker des Südens achtet. Er bricht mit der produktivistischen Ideologie des Fortschritts in ihrer kapitalistischen und/oder bürokratischen Form (des so genannten „real existierenden

Sozialismus“) und widersetzt sich der grenzenlosen Ausbreitung einer umweltzerstörenden Produktions- und Konsumptionsweise. Er versteht, dass eine „nachhaltige Entwicklung“ innerhalb des Rahmens der kapitalistischen Marktwirtschaft unmöglich ist.

Als Revolutionäre haben wir das Ziel, unsere Kräfte mit dieser Strömung zu verbinden und die ArbeiterInnen davon zu überzeugen, dass partielle Reformen vollkommen unangemessen sind. Die Mikro-rationalität (Teilrationalität) muss durch eine sozialistische und ökologische Makrorationalität (Gesamtrationalität) ersetzt werden, was eine ernsthafte Veränderung der Zivilisation verlangt. Dies ist ohne eine tiefgehende technologische Umorientierung unmöglich, die nach einem Ersatz der derzeitigen Energiequellen durch andere, nicht verschmutzende und erneuerbare, wie etwa die Sonnenenergie, sucht.

Das erste auf der Hand liegende Problem ist dabei die Frage nach der Kontrolle der Produktionsmittel und darüber hinaus vor allem nach der Entscheidungsgewalt über Investitionen und den technologischen Wandel.

Eine umfassende Reorganisation der Produktions- und Konsumptionsweise tut Not. Sie muss auf Kriterien beruhen, die dem kapitalistischen Markt fremd sind: die wirklichen Bedürfnisse der Menschen und die Sicherung der Umwelt; mit anderen Worten: eine Wirtschaft im Übergang zum Sozialismus, die auf den demokratischen Entscheidungen der Menschen über Prioritäten und Investitionen und nicht auf den „Gesetzen des Marktes“ oder den Entscheidungen eines allwissenden Politbüros beruht. Eine geplante Wirtschaft, die fähig ist, dauerhafte Wege zu finden, auf denen die Spannungen zwischen der Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse und den ökologischen Erfordernissen überwunden werden können. Eine Verwandlung, die zu einer alternativen Lebensweise, einer neuen Zivilisation führen wird, die jenseits der Herrschaft des Geldes, des von der Werbung künstlich angeheizten Konsumverhaltens und der immer weitergehenden Produktion umweltschädlicher Güter (Privatautos!) stehen wird.

V. Errungenschaften und Grenzen der Ökologiebewegung

Die grundsätzliche Errungenschaft der Umweltbewegung, die zu einer tiefgreifenden Veränderung der öffentlichen Wahrnehmung von Umweltfragen geführt hat, war und bleibt das Verständnis dafür, in welchem Ausmaß der Spätkapitalismus die Umwelt zerstört hat. Die Zerstörung der Natur hat solche Ausmaße erreicht, dass die ganze Menschheit bedroht ist. Hier geht es, wie im Fall eines nuklearen Weltkriegs, mittlerweile um das Überleben. Jedoch im Gegensatz

zur Gefahr der nuklearen Vernichtung handelt es sich dabei um eine stets „neue“ und in ihrer Bedeutung sich zuspitzende Frage. Trotzdem darf man nicht wie die große Mehrheit der ÖkologInnen – weil nun die Problematik als vital für das Überleben der ganzen Menschheit anerkannt wird – nach klassenübergreifenden Lösungen suchen und dabei den Klassenkampf gegen das Kapital außer Acht lassen. Die Unterscheidung zwischen denjenigen, die unter allen Umständen an der Aufrechterhaltung des Systems interessiert sind, und denjenigen, die es stürzen möchten, ist nicht aufgehoben – ganz im Gegenteil.

Eine weitere Errungenschaft der Umweltbewegung ist die Art und Weise, wie sie das Konzept des „Fortschritts“ hinterfragt. Sie hat die Mängel der marxistischen Analyse des Spätkapitalismus aufgezeigt. Wir können nicht länger von einer positiven Entwicklung der Produktivkräfte sprechen (wie zu Beginn der kapitalistischen Entwicklung) oder davon, dass sie nur durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln gehemmt oder auf Kosten des Proletariats entwickelt werden. Immer mehr verwandelt der Kapitalismus, der viel länger überlebt hat, als es zu ihrer Entwicklung historisch erforderlich gewesen wäre, die Produktivkräfte in Destruktivkräfte. Aber das bedeutet auch, dass diese Kräfte nicht als solche „befreit“ werden und in einem sozialistischen System zugunsten von allen verwendet werden können. Sie werden überprüft und kritisch untersucht werden müssen. Das ist nicht bloß eine theoretische Frage, sondern eine ausgesprochen praktische, die auch eine Kritik an der Idee vom „Überholen des Kapitalismus“ beinhaltet, die für das stalinistische bürokratische Denken typisch war. Darüber hinaus wird das erste Mal eine sorgfältige Analyse der materiellen (Gebrauchswert-)Seite der Produktion durchgeführt, indem danach gefragt wird, welche Güter von einem ökologischen und gesellschaftlichen Standpunkt aus wünschenswert sind etc.

Nach den Rückschlägen, die auf die 1968er Bewegung folgten, hat die Umweltbewegung neuerlich eine „utopische“ Dimension in die Politik eingebracht. Die Diskussionen über einen grundlegenden Wechsel des Gesellschaftssystems, eine andere Art zu leben und zu produzieren, werden auf der Basis von ökologischen Forderungen wiederbelebt. Die zuvor erwähnte Debatte über den Gebrauchswert von Produkten beinhaltet auch eine Diskussion über gesellschaftlich nützliche Produktion. Neue utopische Ideen über eine andere Gesellschaft werden geäußert und konkrete „Pläne einer Rekonversion“ werden skizziert.

Die Umweltbewegung entwickelte sich zuerst in Europa. Sie zog bedeutende Massenmobilisierungen nach sich, sogar in Ländern, in denen wie in Österreich, der Schweiz und Deutschland, die Arbeiterbewegung auf dem Rückzug war. Militante

und handfeste Formen des Kampfes wie Demonstrationen, Blockaden und Geländebesetzungen begünstigten das Auftauchen einer „Kultur des Widerstands“. Anfangs konzentrierten sich diese Kämpfe vor allem auf die Frage der Atomenergie, aber die Bewegung griff sodann auf andere mobilisierungsfähige Fragen über wie etwa die Luft- und Wasserverschmutzung und die Genmanipulation. Skandale wie die BSE-Krise haben die öffentliche Aufmerksamkeit auf das „junk food“ und die Gefahren gerichtet, die von der Logik des kapitalistischen Marktes ausgehen. In Frankreich war die Vereinigung der Kleinbauern (Confédération paysanne) der Katalysator für eine radikale Entwicklung. Ausgehend von einer symbolischen Aktion (Zerlegung einer McDonalds-Filiale in Millau) als Vergeltung gegen die von den USA verhängten Sanktionen gegen das französische Importverbot von hormonbehandeltem Rindfleisch, weitete sich der Kampf aus, um es – mit Unterstützung von Gewerkschaften, Umweltschutzorganisationen und Linksparteien und einer starken Sympathie der öffentlichen Meinung – mit der WTO aufzunehmen. Im Juni 2000 wurde den Kleinbauern, die in Millau (Südfrankreich) vor Gericht gestellt wurden, durch eine Solidaritätskundgebung starke Unterstützung zuteil.

Wichtige ökologische Mobilisierungen haben auch in den USA stattgefunden und eine komplexe, heterogene Bewegung entstehen lassen, die sich von „deep ecology“ – sie fordert, den Pflanzen- und anderen Tierarten Vorrang vor dem Menschen einzuräumen – bis hin zum Ökosozialismus erstreckt. Die Mobilisierung von Seattle (Herbst 1999) enthüllte die Stärke dieser Bewegung und die Bereitschaft einiger ihrer Strömungen, wie z. B. der großen Umweltvereinigung „Freunde der Erde“, ihre Kräfte mit denen von Gewerkschaften und Linken im Kampf gegen die WTO und die Vermarktung der Welt zu bündeln. Seattle ermöglichte im Kampf auch eine beginnende Annäherung von Bewegungen aus Nordamerika, Europa (die Confédération paysanne war durch ihren Sprecher José Bové vertreten) und der Dritten Welt. Es waren auch Gruppen der Direkten Aktion mit öko-libertärem Hintergrund zugegen, die aus sehr kämpferischen jungen Leuten bestanden; sie spielten eine nicht unerhebliche Rolle in allen großen Mobilisierungen gegen den Neoliberalismus.

Man würde sich sehr irren, wenn man dächte, dass ökologische Probleme nur die Länder des Nordens betreffen, also ein Luxus reicher Länder wären. Immer häufiger tauchen soziale Bewegungen mit einer ökologischen Komponente auch an der Peripherie des Kapitalismus im „Süden“ auf.

Diese Bewegungen reagieren auf die sich verschlimmernden Umweltprobleme in Asien, Afrika und Lateinamerika, die eine Folge der bewusst betriebenen Politik der imperialistischen Länder ist, die „Umwelt-

verschmutzung zu exportieren“ und die „Konkurrenzfähigkeit“ durch ungezügelt Produktivitätsentwicklung voranzutreiben. Wir sind Zeugen des Auftretens von allgemeinen Mobilisierungen im Süden, die die kleinbäuerliche Landwirtschaft, sowie den gemeinschaftlichen Zugang zu den natürlichen Ressourcen verteidigen, welcher von der aggressiven Ausdehnung des Marktes (oder des Staates) mit Vernichtung bedroht wird. Andere Kämpfe entstehen, um die Schädigung der unmittelbaren Umwelt zu bekämpfen, die durch den ungleichen Tausch, die abhängige Industrialisierung und die Entwicklung des Kapitalismus (Agrobusiness) auf dem Land hervorgerufen wird. Häufig bezeichnen sich diese Bewegungen nicht als ökologisch, aber ihr Kampf hat doch eine wesentlich ökologische Dimension.

Ein Text von 1991, geschrieben vom peruanischen Bauernführer Hugo Blanco (Mitglied der IV. Internationale) beschreibt auf hervorragende Weise die Bedeutung jener „Ökologie der Armen“: „Auf den ersten Blick erscheinen die Vorkämpfer für die Umwelt oder die Umweltschützer als leicht beschränkte nette Leute, deren wichtigstes Ziel im Leben es ist, das Aussterben des blauen Wals oder des Panda-Bären zu verhindern. Die einfachen Menschen haben Wichtigeres zu tun, etwa, wie sie es schaffen, ihr tägliches Brot zu erwerben. (...) Trotzdem gibt es in Peru viele Menschen, die Umweltschützer sind. Natürlich, wenn man ihnen sagte, ihr seid ja Ökologen, würden sie wohl antworten, ihr seid ja verrückt! Und dennoch: Die EinwohnerInnen der Stadt Ilo und der Nachbargemeinden kämpfen gegen die Umweltverschmutzung der Southern Peru Copper Corporation (Kupfergesellschaft) – sind sie etwa keine UmweltschützerInnen? (...) Und die Bevölkerung am Amazonas, sind das nicht wirkliche ÖkologInnen, wenn sie mit ihrem Leben ihre Wälder gegen die Abholzung verteidigen? Oder die arme Bevölkerung von Lima, die sich gegen die Verschmutzung des Wassers wehrt?“

Brasilien ist eines der Länder, wo die Verbindung des Sozialen mit der Ökologie ein hohes Niveau erreicht hat. Wir können sehen, wie die Bewegung der landlosen Bauern (MST) gegen gentechnisch veränderte Organismen mobilisiert, was zu direkter Konfrontation mit einem der größten multinationalen Konzerne – Monsanto – führt. Stadtgemeinden und Provinzen, die von der Arbeiterpartei (PT) regiert werden, versuchen, ökologische Ziele zu einem Teil ihres Programms der Beteiligungsdemokratie zu machen. Die Regierung des Bundesstaats Rio Grande do Sul, die [bis zu den letzten Wahlen, d. Ü.] der MST und der PT nahestand, beabsichtigte, genetisch veränderte Organismen aus der Region zu verbannen. Die reichen Landbesitzer der Region sind empört und sprechen sich gegen diese ihrer Meinung nach „archaischen Ansichten“ aus. Sie betrachten den Kampf gegen trans-

genes Saatgut als eine „Verschwörung zur Durchsetzung der Landreform“.

Die indigenen Völker, die unmittelbar im Regenwald leben, zählen zu den ersten Opfern der Agrarkapitalismus verursachten „Modernisierung“. In der Folge mobilisieren sie sich in vielen lateinamerikanischen Ländern, um ihre herkömmliche Lebensweise, die im Einklang mit ihrer Umwelt steht, gegen die Planierrampen der kapitalistischen Zivilisation zu verteidigen. Unter den unzähligen Erscheinungsformen der brasilianischen „Ökologie der Armen“ ist eine Bewegung als besonders beispielhaft hervorzuheben, und zwar auf Grund ihres sozialen und ökologischen, örtlichen und planetaren, „roten“ und „grünen“ Horizonts: Nämlich der Kampf von Chico Mendes und der Vereinigung der Völker der Regenwalds zur Verteidigung der Amazonasregion gegen den zerstörerischen Heißhunger der Großgrundbesitzer und des multinationalen Agrobusiness.

Vergegenwärtigen wir uns kurz der Hauptereignisse in dieser Auseinandersetzung. Chico Mendes war ein Gewerkschaftsaktivist, mit Beziehungen zur CUT und zur Arbeiterpartei (PT). Unter ausdrücklicher Berufung auf den Sozialismus und die Ökologie organisierte er in den frühen 1980er Jahren Landbesetzungen mit den Kautschuksammlern (seringueiros), Kleinbauern, die die Gummibäume anzapfen, gegen die Großgrundbesitzer, die Bulldozer schickten, um den Wald niederzuwalzen und ihn durch Weideland zu ersetzen. Später vereinigte er erfolgreich Kleinbauern, Landarbeiter, Kautschuksammler, Gewerkschafter und Indigene – mit der Unterstützung von kirchlichen Basisgemeinden – zur Allianz der Regenwaldbewohner, der es gelang, viele Rodungen zu verhindern. Das internationale Echo auf diese Aktionen sicherte ihm 1987 den Alternativen Nobelpreis. Kurze Zeit später, im Dezember 1988 jedoch, ließen ihn die Großgrundbesitzer einen hohen Preis für diesen ökologischen Kampf bezahlen, indem sie gedungene Mörder anheuerteten, die ihn umbrachten.

Diese Bewegung kann ein Vorbild für die Volksbewegungen des „Südens“ werden, vorausgesetzt die Verbindung zwischen sozialen und ökologischen Kämpfen, Kleinbauern und indigenem Widerstand, Überleben der ortsansässigen Bevölkerung und Schutz eines globalen Gebots (Erhaltung des letzten großen tropischen Regenwalds) bleibt festgeschmiedet.

In bestimmten Ländern – vor allem in Europa – war die Umweltbewegung bei der Erringung von Reformen, die teilweise das halsbrecherische Tempo der Umweltzerstörung verlangsamt haben, erfolgreich. Zum Beispiel werden tatsächlich fast keine neuen Atomkraftwerke gebaut, die Herstellung bestimmter chemischer Erzeugnisse (Fluorkohlenwasserstoffe, Kunstdünger, etc.) wurde eingeschränkt, und für bestimmte Fabriken, Kraftfahrzeuge usw. wurden

Grenzwerte in Kraft gesetzt. Eine kapitalistische Umweltindustrie ist entstanden und ökologische Reformen haben ihren Weg in die Programme sogar von bürgerlichen Parteien gefunden.

Und dennoch, trotz aller Reformversuche, trotz der Umweltindustrie, ist die Zerstörung auf Weltebene schlimmer geworden als sie je zuvor war. Die Verschmutzung der Meere, die Rodung tropischer Regenwälder und die Klimaveränderung zeigen deutlich, dass die globale Dynamik der Umweltkrise ungebrochen bleibt. Von diesem Blickpunkt aus gesehen zeigt diese Krise die Dringlichkeit für eine grundlegende Veränderung in unserer Gesellschaft auf.

Da die Ökologiebewegung kein schlüssiges revolutionäres Programm besitzt und es unterlässt, die ArbeiterInnen als revolutionäres Subjekt zu sehen, ist sie weit davon entfernt, ihr Bestreben konkret werden zu lassen, das darin besteht, eine neue soziale Kraft zu werden, die den Platz der Arbeiterbewegung besetzen oder sie beerben kann. Nichtsdestotrotz bleibt die Ökologiebewegung, sofern wir ausdrücklich bürgerliche oder reaktionäre Gruppen, deren Anzahl klein ist, ausnehmen, ein wichtiger Bündnispartner der Revolutionäre im allgemeinen Kampf gegen das kapitalistische System.

VI. Umweltprobleme und bürgerliche Herrschaft

Aufgrund des Einflusses der kapitalistischen Produktion auf die Umwelt hat die Zerstörung der natürlichen Grundlage menschlicher Gesellschaften eine neue Ebene erreicht. Dies ist zu einem Problem an sich für die bürgerliche Ideologie und Ordnung geworden.

- Die Umweltkrise ist weltweit und kann, im Rahmen der dem Kapitalismus innewohnenden Konkurrenz, nur als allgemeines Übel wahrgenommen werden;
- Manche Ursachen der Umweltkrise reichen viele Jahre zurück, andere sind das Ergebnis der miteinander kombinierten Entwicklung verschiedener Einzelfaktoren. Aus diesem Grund ist es schwierig, ihre zeitlichen und stofflichen Ursachen festzustellen und zu datieren. Zugleich verlangt die Beherrschung der Umweltkrise Zeit und Investitionen, die eine Zurücknahme aller bürgerlichen Konzepte von Input/Output- Kreisläufen bedeuten würden;
- Schließlich können die beherrschten und ausgebeuteten Klassen, im Gegensatz zu dem, was bei klassischen Wirtschaftskrisen, bei den schädlichen sozialen Folgen des Kapitalismus und sogar bei den Nachwirkungen von militärischen Konflikten beobachtet werden kann, nur gezwungen werden, einen Teil der Rechnung für die Umweltkrise zu bezahlen. Aber es

ist nicht zu leugnen, dass die unterdrückten Klassen deren Hauptlast tragen, besonders in den abhängigen Ländern. Das gilt noch mehr, wenn der Zusammenhang zwischen sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Krise in Betracht gezogen wird.

Die wachsende Aufmerksamkeit für die Umweltkrise und die Umweltbewegung, die sich seit den 1960ern entwickelt, bedeutet einen energischen Angriff auf eines der Schlüsselkonzepte der bürgerlichen Ideologie: auf die Idee, dass die bürgerliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in der Lage ist, einen dauerhaften „Fortschritt für alle“ zu garantieren, dass die Unterwerfung der Natur schon an sich positiv ist und dass alle Probleme, die damit zusammenhängen, gelöst werden können.

Angesichts dieser ideologischen Herausforderung hat es Versuche gegeben, die bürgerliche Ideologie auf den neuesten Stand zu bringen. Der erste war der weltweit bekannte Bericht des Club of Rome („Die Grenzen des Wachstums“, 1972). Dieser Bericht dokumentierte den raschen Fortschritt der Umweltzerstörung und schlug eine übernationale Politik gegen Bevölkerungswachstum, Vergeudung von Natur-schätzen, Umweltzerstörung usw. vor. Diese Studie und die anderen, die folgten, hatten zwiespältige Auswirkungen.

Einerseits übernahmen die Wissenschaft und die bürgerliche Ideologie wieder die Initiative in Umweltfragen; die ihr anhängenden Wissenschaftlerinnen führten eine Diskussion über Prognosen und Lösungen, die vorzuschlagen wären. Andererseits stützten diese Studien pessimistische Anschauungen über die Zukunft der Welt und waren eine weitere Motivation für die Umweltbewegung. Die existierende Ordnung der kapitalistischen Weltwirtschaft verlor ihre Aura der Überlegenheit. Ihre Begrenztheit und ihre Mechanismen wurden von Innen her hinterfragt. Gleichzeitig führten diese Analysen zu mehr oder weniger ausgearbeiteten Forderungskatalogen, die dazu neigten, eine weltweite Planung und eine politische Regulierung der Wirtschaft zu unterstützen. Auf diese Weise kamen sie direkt mit der kapitalistischen Marktwirtschaft, dem Wirtschaftsliberalismus und der Deregulierungspolitik in Konflikt – Offensiven, die seit damals weltweit auf der Tagesordnung der Herrschenden stehen.

Spätestens seit Mitte der 1980er Jahre erwies sich die Notwendigkeit einer zweiten bürgerlichen Offensive im Umweltbereich. Seither wurde es erforderlich, Lösungen dieser Widersprüche besonders auf der Ebene konkreter Politik vorzuschlagen. Der Brundtland-Bericht („Unsere gemeinsame Zukunft“), der 1988 von der UN-Vollversammlung angenommen wurde, brachte dies zum Ausdruck. Er ist bereits völlig von der bürgerlichen Überzeugung geprägt, dass der Kapitalismus, obwohl er unglücklicherweise die Umwelt schädigt, auch in

der Lage ist, die notwendigen Reparaturen durchzuführen. So forderte der Bericht, dass die Elemente für eine ausgeglichene Form des Wachstums („nachhaltige Entwicklung“) zusammengeführt werden sollten.

Die 1990er Jahre brachten eine Vertiefung des Widerspruchs zwischen den Versprechungen auf neue internationale Regulierungen für den globalisierten Kapitalismus und den sehr heftigen sozialen und ökologischen Auswirkungen dieses Systems. Sicherlich führte die Erklärung von Rio, die das Ergebnis der Gipfelkonferenz von 1992 war, gewisse Grundsätze ein, wie das Vorsorgeprinzip, was einen Fortschritt im Bewusstsein bezüglich der Elemente der Umweltkrise darstellt. Weder die Agenda 21, eine umfassende Mischung von 2 500 Maßnahmen, noch die internationalen Abkommen zu Artenvielfalt und zum Klimawandel haben zu den notwendigen radikalen Lösungen geführt. Nach der Gründung der WTO, die die Umwelt noch mehr den Auswirkungen des liberalisierten internationalen Handels unterwirft, haben diese Abkommen sehr geringe Auswirkungen. Feierliche Verkündigungen zur Verteidigung der Artenvielfalt sind machtlos gegen die fortgeführte Zerstörung der natürlichen Umwelt. Auf politischer Ebene stellen sie sich gegen die Interessen der multinationalen Konzerne in der Agrochemie und der Pharmazie, die versuchen, sich Leben durch vermehrten Gebrauch von genmanipulierten Organismen und die Patentierung von Genen anzueignen.

Das Kyoto-Protokoll (1997) zum Treibhauseffekt wurde von der Bush-Administration mit Unterstützung der Energie-Lobby abgelehnt. Der 2001 getroffene zerbrechliche Kompromiss zwischen anderen imperialistischen Ländern erlegt ihnen keinerlei Verpflichtung auf, heimische Maßnahmen zu treffen, die Treibhausgasemissionen zu verringern; es läuft darauf hinaus, sogar auf die schon sehr unzureichenden Zielsetzungen des ursprünglichen Protokolls zu verzichten. Denn das Protokoll sieht eine Reduzierung der CO₂-Emissionen um nur 5,2% vor, wiewohl man diese Emissionen um über 50% reduzieren müsste, damit die Konzentration von CO₂ in der Luft nicht 550 ppm übersteigt –, das Doppelte wie zur Zeit vor der Industrialisierung – und damit die Durchschnittstemperatur auf dem Globus um nicht mehr als 20 C ansteigt!

Investitionen von 125 Milliarden US-\$ in 10 Jahren wurden in Rio für eine Politik zur Verteidigung der Umwelt auf Weltebene angekündigt. Im Jahr 1996 wurden dafür gerade mal 315 Millionen US-\$ ausgegeben. In der Auseinandersetzung zwischen den reformistischen Ideen, wie sie vom Brundtland-Bericht und später in Rio veröffentlicht wurden und dem vorherrschenden ultraliberalen imperialistischen Modell, hat des letztere derzeit die Nase vorn. Der Gipfel von Johannesburg im September 2002 ist kläglich gescheitert: es wurde keine inter-

nationale Maßnahme von Bedeutung beurkundet. Hingegen hat dieser Gipfel gezeigt, dass es den großen Multis binnen weniger Jahre gelungen war, ihre Sichtweisen in den internationalen Institutionen zum Durchbruch zu bringen. So verfügten sie über eine Tribüne, um für die Privatisierung der Ressourcen und öffentlicher Güter einzutreten, indem sie Begriffe wie „public-private partnership“ kreierten. Das Weltwasserforum vom März 2003 in Kyoto hat dieselben Orientierungen angenommen.

Die Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO), die in Rio und auf den anderen Konferenzen stark vertreten waren, haben sich bisweilen von den Umweltschutz-Reden der G 7-Länder und der internationalen Institutionen an der Nase herumführen lassen. In Zukunft wird ihnen nur die Wahl bleiben zwischen einer völligen Integration als ökologischer Fassade des Kapitalismus oder einer Rückkehr zu einer radikalökologischen Kritik, die in vielen Fällen bei ihrer Gründung Pate stand.

Heute ist ein praktisches Herangehen an Umweltprobleme Teil jedes bürgerlichen Regierungsprogramms. Im Allgemeinen bemüht man sich, der Verschmutzung der Luft, der Böden und des Wassers Grenzen zu setzen. Dazu kommen Stufenpläne zur Verminderung der gefährlichen Folgen der Rückstände aus dem Produktionsprozess. Diese Pläne werden in internationalen Verträgen peinlich genau festgelegt. Wenn alles gesagt und getan ist, handelt es sich um Behelfsmaßnahmen, die die wirklich stattfindende Zerstörung nicht aufhalten können. Wirtschaftsprogramme und politische Richtungen, die eine „ökologische Marktwirtschaft“ einfordern, haben ebenfalls an Bedeutung gewonnen. Bis jetzt sind die Versuche, die kapitalistische Wirtschaft auf ein umweltfreundliches Funktionieren umzuorientieren, nicht über das Reißbrettstadium hinausgekommen.

Im Zusammenhang mit der kapitalistischen Globalisierung ist jedoch eine ungeheure Offensive in Gang, auf Weltebene ein System zur „Vermarktung des Rechts zur Verschmutzung“ einzurichten, mit dem Ziel, die Menge an Treibhausgas zu vermindern. Dieser Mechanismus wurde zuerst von den USA befürwortet und in der Folge von der EU akzeptiert. Dies ist eine gefährliche Entwicklung, die bekämpft werden muss. Erst schafft sie freie Bahn für die Verstärkung der Abhängigkeit der unterentwickelten Länder vom Norden: In einem Szenario, das jedem Land einen tauschbaren Anteil an Verschmutzung zuteilt, gehört die entscheidende Macht jenen, die die finanzielle Möglichkeit haben, nach Belieben mit den Verschmutzungsrechten zu handeln. Die hochverschuldeten Länder des Südens und des Ostens laufen Gefahr, ihre Anteile an den Norden verkaufen zu müssen, obwohl die letzteren bei weitem die größten Umweltverschmutzer sind.

Darüber hinaus bezweckt das System, aus

der Verschmutzung eine Ware zu machen, also eine Quelle des Profits. Wie können wir uns unter diesen Umständen vorstellen, dass das zu einer wirksamen Verminderung der Verschmutzung führen könnte?

Schließlich muss betont werden, dass es der Zweck dieses Mechanismus – das Schlüsselement der neoliberalen Offensive auf dem Gebiet des Umweltschutzes – darin besteht, die subversive Macht der ökologischen Kritik zu entschärfen, deren Logik dazu tendiert, das Funktionieren des kapitalistischen Systems insgesamt in Frage zu stellen. Er zielt darauf ab, die Glaubwürdigkeit der Idee, dass der Markt das beste Instrument zur Bekämpfung der Verschmutzung ist, in dem Sinn wiederherzustellen, dass mehr Kapitalismus zu einem wesentlich „saubereren“ Kapitalismus beitragen würde.

Diese Idee muss ebenso bekämpft werden wie die These, die besagt, dass der Umweltschutz zum Motor einer „neuen Modernisierung der kapitalistischen Wirtschaft“ werden könnte.

Ein großer Graben trennt die reichen Staaten von den armen. Während in den wohlhabenden imperialistischen Ländern in den vergangenen Jahren ein gewisser Fortschritt in der Eindämmung der schlimmsten Probleme der Verschmutzung und Zerstörung erzielt worden ist, versagen in den armen Ländern sogar die unbedeutendsten notwendigen Maßnahmen wegen Geldmangels oder angesichts der Interessen einiger weniger Firmen, die erfolgreich durch Umweltzerstörung Profite machen. Angesichts solcher Hindernisse vertreten reaktionäre Ideologen und manchmal auch gewisse Ökologen die Idee, die Überbevölkerung sei eine wesentliche Ursache für die Umweltprobleme und eine Politik der Geburtenkontrolle durch staatlichen Zwang sei in den unterentwickelten Ländern nötig. Diese These enthält eine grundlegend autoritäre, ja rassistische Vorstellung von gesellschaftlicher Organisation. Sie muss in aller Schärfe verurteilt werden.

VII. Erfahrungen in der politischen Organisation der Ökologiebewegung

In einer wachsenden Anzahl von Ländern entwickeln sich grüne Parteien. In Westeuropa sind sie in so verschiedenen Ländern wie Deutschland, Frankreich, Österreich, Belgien, Schweden und Portugal in den Parlamenten vertreten und sie stellen eine bedeutende Gruppe von 47 Abgeordneten im Europaparlament. Sie waren an Regierungen von Linkskoalitionen in drei Ländern der Union beteiligt: Deutschland, Frankreich und Belgien. Man findet Grüne Parteien auch in abhängigen Ländern (Brasilien, Türkei, etc.). In den Vereinigten Staaten symbolisiert die Kandidatur von Ralph Nader im Präsidentschaftswahlkampf die

politische Entstehung einer Front aus vereinigten Umweltschützern, von Jugendlichen und Gewerkschaftern auf der Grundlage von Kämpfen gegen die Globalisierung.

Natürlich kann die Entwicklung grüner Organisationen und Parteien in den letzten 20 Jahren durch das Auftauchen der Umweltkrise mit globaler Dynamik erklärt werden. Dennoch kann sie nicht ohne ergänzende politische Faktoren wie das Fehlen einer allgemeinen Perspektive bei den traditionellen Führungen der Arbeiterbewegung oder dem Mangel an revolutionären Durchbrüchen im kapitalistischen Europa seit 1968 verstanden werden.

Es ist vollkommen falsch, alle verschiedenen „grünen“ Erfahrungen in dieselbe Schublade zu stecken. Abhängig von den Ländern, der politischen Kultur und ihren konkreten historischen Ursprüngen haben sie besondere Eigenschaften. Ihre Bandbreite reicht von einem starken Einfluss bürgerlicher und kleinbürgerlicher Kräfte bis zur Koexistenz von Linksradikalen, Alternativen und Ökosozialisten und schließt reformistische grüne Strömungen ein.

Wir können im Allgemeinen und mit der gebührenden Vorsicht feststellen:

- Es handelt sich um Organisationsversuche innerhalb der reformistischen Linken, meistens irgendwo links von der traditionellen Führung;
- Obwohl häufig 75 Prozent ihrer sozialen Basis aus Lohnabhängigen besteht, sehen sich diese Strömungen nicht als Teil der Arbeiterbewegung;
- Zwar haben Grüne Bewegungen oft als informelle Wahlplattformen auf der Grundlage umweltzentrierter Programme begonnen, aber sie haben auch kritische Standpunkte auf anderen Gebieten (Sozialpolitik, Rüstungswettlauf, Dritte Welt, etc.) bezogen.

Die Aktivitäten der Grünen haben das Gepräge einer Kombination aus häufig richtiger Kritik an sozialen Ungerechtigkeiten in bestimmten Sektoren neben trügerischen reformistischen „Strategien“. In den meisten Fällen würgt die Regierungs- oder Parlamentsarbeit praktisch die Basisaktivität der Grünen Parteien ab, begünstigt das Erscheinen traditioneller Formen der Machtdelegation und neigt dadurch zur Untergrabung der radikalen Natur dieser Bewegung. Noch schlimmer: Die deutschen Grünen, z.B. befinden sich in einem Prozess, in dem sie all die utopische Fracht verlieren, die die ökologische Kritik verkörpert, und verwandeln sich in eine einfache „Reformpartei“ unter vielen. Die Schockwellen setzten sich mit dem schwierigen Kompromiss in der Kernenergiefrage, dem Kosovokrieg und dem verschärften neoliberalen Kurs der Regierungspolitik fort. Trotzdem ist es fruchtlos, über den Rhythmus und die Formen der Veränderungen Vermutungen anzustellen, die die ökologistischen Parteien durchmachen werden und bis zu welchem Ausmaß sich die eigentliche Natur der Grünen durch

die Entscheidungen, die sie treffen und die politischen Schwenks, die sie durchmachen, verändern wird.

Revolutionäre MarxistInnen beurteilen die politischen Akteure nicht in erster Linie auf der Grundlage ihrer Forderungen, ihrer Programme oder ihres Bewusstseins über die eigene Rolle, sondern zuallererst auf der Grundlage ihrer aktuellen Funktion im Klassenkampf. Allgemein können wir bekräftigen, dass das Auftauchen der grünen Organisationen und Parteien kein Schritt zurück gewesen ist, sondern im Gegenteil in vielen Fällen den Aktionsradius der Linken erweitert hat. Die Grünen dürfen nicht ignoriert werden, im Gegenteil, es muss eine aktive Politik in ihre Richtung entwickelt werden: gemeinsame Aktionen, Debatten über ihre theoretischen Positionen, etc. In bestimmten Ländern sind Protestparteien und Umweltbewegungen entstanden, die Wahlbündnisse bilden und einen Ausschnitt der kritischen Meinung nutzbar machen. Es obliegt jeder Sektion der Internationale, die beste Form der Zusammenarbeit mit solchen Parteien oder Bewegungen konkret festzulegen.

VIII. Die Vierte Internationale und die Umweltkrise

Wie wir in Kapitel IV. gesehen haben, finden wir die Ausgangsüberlegungen für eine radikale ökologische Kritik des Kapitalismus in den ursprünglichen marxistischen Texten. Aber unsere Internationale versäumte es, ebenso wie die meisten Parteien der Arbeiterbewegung, in den ersten Jahren ihrer Existenz diese Kritik aufzunehmen. Es wäre beispielsweise nutzlos, im Übergangsprogramm, dem grundlegenden Dokument des Gründungskongresses von 1938, danach zu suchen. Im Zeitraum nach dem II. Weltkrieg übersahen die revolutionären MarxistInnen die Umweltzerstörung oder die Luft- und Wasserverschmutzung keineswegs. Dennoch wurden diese Phänomene als Teil der negativen Folgen eines ausbeuterischen, unmenschlichen Gesellschaftssystems gesehen und nicht als eine weltweite Erscheinung betrachtet, die die Grundlage allen Lebens auf der Erde zu zerstören droht.

Das hat sich seit Anfang der 1970er Jahre geändert, als die Tendenz zur Selbsterstörung der kapitalistischen Gesellschaft zu einem weithin diskutierten Thema wurde, einem Diskussionsgegenstand selbst für so bürgerliche Ideologen wie die des Club of Rome 1972. Mitgliedern unserer Bewegung verfassten seitdem viele Artikel und kritische Studien.

Aber die wirkliche Prüfung für die Organisationen der Arbeiterbewegung war die Geburt einer Massenbewegung gegen die Atomenergie, insbesondere in Japan, Westeuropa und den Vereinigten Staaten.

Praktisch waren alle Sektionen der IV.

Internationale an diesen Massenbewegungen beteiligt, obgleich sehr wenige Sektionen beim Zurückfluten der Anti-AKW-Bewegung in der Lage waren, ihre Arbeit zu ökologischen Themen zu konsolidieren. Die Erfahrungen dieser Bewegungen fanden ihren Weg in unsere Diskussionen auf dem Weltkongress. Während in den Texten des X. Weltkongresses (1973) die Ökologie und verwandte Themen nicht einmal erwähnt werden, wurde auf dem folgenden Kongress im Jahr 1979 der Kampf gegen die Atomindustrie als eine „Überlebensfrage für die Arbeiterklasse“ bezeichnet und es wurde erklärt, dass es die Pflicht der Internationale und ihrer Sektionen sei, „durch die Einbeziehung von Industriearbeitern die Bewegung zu stärken“. Auf dem Kongress von 1985 wurden die Positionen besser ausgearbeitet. Die Dokumente liefern eine detaillierte Analyse für alle drei Sektoren der Weltrevolution. Die wichtigste Entschließung forderte die Internationale und ihre Sektionen auf, der Umweltfrage in ihrer Propaganda und ihren Aktivitäten größeres Gewicht zu geben und gemeinsame Aktionen an der Seite der Umweltbewegung zu organisieren. 1990 erarbeitete eine Kommission, die von verschiedenen Sektionen gebildet wurde, den Entwurf für eine Ökologieresolution, der während der Diskussionen auf dem 13. Kongress vorgestellt wurde; dort wurde aber beschlossen, weitere Debatten zu führen, bevor eine Entschließung verabschiedet würde.

Heute betrachtet die IV. Internationale die Umweltzerstörung als eine der Hauptbedrohungen für die Menschheit, als ein Problem, das der berühmten Formulierung von Rosa Luxemburg „Sozialismus oder Barbarei“ eine neue Bedeutung verleiht. Sie sieht ihre Hauptaufgabe auf diesem Gebiet darin, eine Verbindung zwischen der Arbeiterbewegung und ihren Organisationen mit dem Kampf gegen die Zerstörung des Planeten zu schaffen. Sie ist bestrebt, den Weg für eine Zusammenarbeit zwischen der sozialen Bewegung und der Umweltbewegung zu ebnen, nicht nur gegen die verschiedenen Formen der Zerstörung, sondern auch gegen das Gesellschaftssystem, das in erster Linie dafür verantwortlich ist. Sie möchte sich an den Diskussionen in diesen Bewegungen beteiligen und versuchen, den weitverbreiteten Illusionen über einen „sauberen“ Kapitalismus entgegenzuwirken.

In vielen Ländern spielt die Internationale eine aktive Rolle in den laufenden Kämpfen, so beim Kampf gegen genmanipulierte Organismen oder die Zerstörung des Amazonasregenwalds in Brasilien. Die europäischen Sektionen sind zunehmend an der Umweltbewegung ihrer Länder beteiligt. In unserer Analyse stellt das Umweltthema einen der wichtigsten Pole dar, um den sich die Arbeiterbewegung reorganisieren muss.

All das bedeutet nicht, dass es keine Prob-

leme dabei gegeben hätte, diese neuen Themen in die Aktivitäten unserer Bewegung einzubringen. Viele GenossInnen sahen die Umweltprobleme auch weiterhin als einen der vielen Widersprüche des Kapitalismus neben anderen. Sie haben sie nicht als Probleme begriffen, die eng mit dem alltäglichen Überlebenskampf der Arbeiterklasse gegen unmenschliche Lebens- und Arbeitsbedingungen und die Kriegsdrohung verbunden sind. Die meisten Sektionen begannen erst über Umweltfragen nachzudenken, als es im Anschluss an Aktionen anderer Kräfte dicke Schlagzeilen in den Zeitungen gab. Deswegen hat die Debatte in der Internationale eher langsam Gestalt angenommen. Während andere Strömungen und Individuen die Frage von Ökologie und Sozialismus bereits viele Jahrzehnte lang erörtert haben, blieben die revolutionären MarxistInnen verhältnismäßig still. Es wird immer deutlicher, dass die MarxistInnen sich besonders anstrengen müssen, ihre Methoden auf diese Themen anzuwenden. Es ist nicht länger möglich, einfach ein paar Elemente ökologischen Denkens aufzugreifen und sie etwas rot anzustreichen.

Die IV. Internationale möchte sich nicht nur in die Diskussionen um die konkrete Umweltpolitik einbringen. Sie will auch die politischen und organisatorischen Schritte nach vorne tun, die für die Massenaktionen notwendig sind. Denn nur durch die Aktion von Massenbewegungen können die gegenwärtigen Bedingungen verändert werden.

IX. Aktionsprogramm

Heute gibt es auf der ganzen Welt ein breites Spektrum von Initiativen und Bewegungen gegen die Ausplünderung und Zerstörung der Natur. Die IV. Internationale unterstützt diese Initiativen und Bewegungen und beteiligt sich an ihnen, bisweilen kritisch, da die allgemeinen Ansichten gewisser ÖkologInnen bisweilen verworren sind. Die Erfahrungen der Umweltbewegung zeigen, dass nur breite Mobilisierungen und Massenproteste es ermöglichen, die öffentliche Meinung zu gewinnen und wirkliche Erfolge zu erzielen.

A. Vorschläge

Wir möchten daran erinnern, dass gewisse grundlegende ökologische Probleme gelöst werden müssen, wenn die Menschheit nicht untergehen soll. Alle diese Probleme können nur auf internationaler Ebene angegangen werden. Hier möchten wir unsere Kräfte konzentrieren (etwa im Rahmen von internationalen Kampagnen), unsere Vorschläge einbringen und aufzeigen, mit welchen Mitteln sie umgesetzt werden können.

Diese Mobilisierungen können um folgende Vorschläge herum entwickelt werden, wobei die Liste keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit stellt:

Forderungen:

- Radikaler Bruch in der Dritten Welt mit dem ausbeuterischen System der landwirtschaftlichen Produktion für den Export, ein System, das die Quelle von Hunger und Elend ist;
 - Gegen das zerstörerische kapitalistische Agrobusiness, das die Umwelt zerstört und schwere Gesundheitsprobleme hervorbringt (beispielsweise BSE);
 - Sofortiger Ausstieg aus der Atomkraft;
 - Nein zur Abholzung der tropischen Wälder und der Zerstörung von Wäldern in den Industrieländern;
 - Meer, Flüsse und Seen sind keine Mülleimer!
 - Gegen die kapitalistische Patentierung von Lebewesen!
 - Stoppt die Gentechnik!
 - Nein zur privaten Aneignung öffentlicher Güter, etwa Wasser!
 - Stoppt die beschleunigte Vernichtung von Arten; erhaltet die Artenvielfalt!
- Alternativen:
- Die landwirtschaftliche Produktion in der Dritten Welt muss zuvörderst die Befriedigung der elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung gewährleisten!
 - Rationeller und geplanter Einsatz der Energie angesichts der Plünderung nicht erneuerbarer Energieträger: Entwicklung von alternativen Energieformen wie die Sonnen- und Windenergie, die Biomasse etc.
 - Organisation der landwirtschaftlichen Produktion nach ökologischen Kriterien;
 - Gegen die Entwicklung des Individualverkehrs Entwicklung des öffentlichen Verkehrs und der Eisenbahn;
 - Eine Politik, die radikal auf Müllvermeidung setzt und den anfallenden Müll recycelt: Die Installierung von Filtern und Reinigungen usw. genügt sich nicht selbst; wir brauchen einen grundlegenden Umbau der Industrie, der die Umweltverschmutzung bereits an der Quelle verhindert.

Wie kann man diese Alternativen realisieren?

- Wir müssen kämpfen für:
- eine tiefgreifende Agrarreform in der Dritten Welt;
 - die völlige Annullierung der Schulden der unterentwickelt gehaltenen Länder;
 - die Entwicklung von alternativen Energieplänen, die von der Arbeiter- und Ökologiebewegung in Zusammenarbeit mit fortschrittlichen WissenschaftlerInnen ausgearbeitet werden;
 - die Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses (das z.B. ermöglicht, den Ausstoß von Giften zu verstecken)

und die Verpflichtung, spezifische Register über die Rohstoffe und die eingesetzten Stoffe zu führen und freien Zugang zu diesen Registern zu gewähren;

- Aufbau einer „ökologischen Gegenmacht“ mittels gesellschaftlicher Kontrolle der Produktion;
- Eine Produktion, die ökologischen Kriterien gehorcht und auf dem Grundsatz der Bedürfnisbefriedigung und nicht auf dem des Profits oder der Macht der Bürokratie beruht;
- Eine freie, demokratische, pluralistische und selbstverwaltete sozialistische Gesellschaft, die die Umwelt respektiert.

B. Konvergenzen zwischen der Ökologie und dem Sozialen

In einem großen Ausmaß werden die Umweltkrise und die soziale Krise von den gleichen Mechanismen geschürt. Die Interessen der großen Wirtschaftslobbys, die immer ausschließlichere Diktatur der „Märkte“, die Weltordnung, die durch WTO, IWF, Weltbank, G 8 usw. verkörpert wird, tragen dazu bei, Menschen und Natur ausbluten zu lassen. Gemeinsame Elemente wirken in der gegenwärtigen Umwelt- und der sozialen Krise, gemeinsame Heilmittel können und müssen aufgeboten werden: Wir müssen den Würgegriff des „Wirtschaftsliberalismus“ brechen und die menschlichen Bedürfnisse und die ökologischen Erfordernisse ins Zentrum der Entscheidungen stellen. Daher gibt es eine Gemeinsamkeit des ökologischen und sozialen Kampfes und einen gemeinsamen Bereich für eine Annäherung.

1. Verteidigung der Öffentlichen Dienste

Das Beispiel des Verkehrs zeigt deutlich, in welchem Ausmaß eine auf öffentliche Dienstleistungen beruhende Logik für eine angemessene Antwort auf die sozialen und ökologischen Bedürfnisse erforderlich ist. In Europa erfordert die Logik des Marktes die Beschneidung des Eisenbahnnetzes auf „gewinnbringende“ Technologien und Strecken, wobei man für alles Übrige auf Straßen und Autobahnen vertraut. Soziale Belange (billiger öffentlicher Verkehr, ein das ganze Staatsgebiet umfassendes Streckennetz, anständige Löhne und Arbeitsbedingungen) und ökologische Erfordernisse (Verminderung der am stärksten verschmutzenden, gesundheitsschädlichsten und am meisten Energie verbrauchenden Formen des Verkehrs) erfordern die Entwicklung des kollektiven Verkehrs gemäß einer Logik öffentlicher Dienstleistungen. Dasselbe gilt für viele andere Bereiche.

Aber diese Feststellung beendet nicht die Auseinandersetzung darüber, wie die öffentlichen Dienste in der modernen Welt organisiert sein sollen. Tatsächlich neigen die staatlichen Monopole dazu, ihre Politik auf der Grundlage undemokratischer Ziele

zu entwickeln. (Auf dem Gebiet der Energieversorgung können wir Verbindungen zwischen Erdölproduzenten und imperialistischen Interventionen in Afrika oder die Verbindungen zwischen ziviler und militärischer Nutzung der Kernkraft feststellen.) Sie benutzen beschränkte kapitalistische Managementmethoden und Produktionsmodelle und verwenden Effizienzstandards, die von privaten Monopolen übernommen sind.

2. Der Kampf für das Wasser und gegen die Umweltverschmutzung

Wir werden uns der menschlichen (Schädigung der Gesundheit, Preiserhöhungen, usw.) und der natürlichen Kosten (Angriffe auf die Artenvielfalt) der Umweltverschmutzung immer stärker bewusst, wie auch der Rolle, die bei der Verschärfung dieses Problems durch viele eingessene wirtschaftliche Interessen gespielt wird. Dies gilt für die beherrschende Stellung des Autos, die Luftverschmutzung und die wachsenden Gesundheitsprobleme in den städtischen Zentren. Dies gilt für die Macht des Agrobusiness, die scheußliche Verschmutzung der Gewässer und die fast nicht wieder rückgängig zu machende Verschmutzung des Grundwassers. Dies gilt für das Gewicht der Atomlobby und die Aufhäufung radioaktiven Abfalls über sehr lange Zeiträume in Frankreich und anderen Ländern. Dies gilt für die Rolle, die von wichtigen privaten Interessen bei der in sozialer Hinsicht unerträglichen Erhöhung der Trinkwasserkosten im Norden – sowie für den weitverbreiteten Mangel beziehungsweise fehlenden Zugang zu Trinkwasser im Süden. In jedem dieser Bereiche muss man in den ökologischen und sozialen Kämpfen eine alternative Logik als Gegengewicht zu der von den herrschenden wirtschaftlichen Kräften vertretenen anwenden.

In der Wasserfrage gibt es bereits Massenkämpfe, im Norden (Spanien) wie im Süden (Bolivien). Man muss genauso stark gegen die Privatisierung wie gegen die Verschmutzung kämpfen, wie sie aus den Praktiken der kapitalistischen Industrie und der Großlandwirtschaft herrühren. Es handelt sich hier um eine Schlüsselfrage für die globalisierungskritische Bewegung, die den Kampf ums Wasser bereits auf die Tagesordnung verschiedener regionaler Foren oder des Weltsozialforums gebracht hat.

Der Ernst der Umweltverschmutzung und der Probleme der öffentlichen Gesundheit haben zu einer gesteigerten öffentlichen Aufmerksamkeit geführt. Es ist schwieriger geworden, so genannte Umweltangelegenheiten als Randfragen, die keinen Zusammenhang mit sozialen Fragen haben, oder als elitäre Sorgen und kleinbürgerlichen Luxus abzutun. In Europa bezeichnete die „BSE-Krise“ wahrscheinlich einen Gezeitenwechsel – vergleichbar mit Tschernobyl auf dem Gebiet der Atomenergie. Sie warf Licht auf die ernste Bedrohung, die von der Pro-

duktionsweise der Agrarindustrie ausgeht.

Es ist auch erforderlich, unnachtsichtig illusorische Strategien zu bekämpfen, wie den Markt für Verschmutzungsrechte, den die Länder des Nordens auf diesem Planeten einzuführen versuchen. Die Umweltverschmutzung muss beseitigt und darf nicht an den Meistbietenden verkauft werden.

3. Verteidigung der Arbeitsplätze

Eine Umweltschutzpolitik würde auf zahlreichen Gebieten viele neue Arbeitsplätze schaffen. Wir müssen unbedingt darauf hinweisen, dass die herrschende Wirtschaftslogik, die die natürliche Umwelt übermäßig ausbeutet, ebenso die Arbeitslosigkeit hervorruft. Dies ist eindeutig im Fall des Agrobusiness, das die ländlichen Gegenden sowohl ihrer natürlichen (drastische Verminderung der Landschafts- und Artenvielfalt) als auch ihrer menschlichen (drastischer Rückgang der Beschäftigung und Landflucht) Kennzeichen beraubt. Das ist ebenso der Fall bei der Autoindustrie, die massiv Arbeitskräfte abbaut, während sie ihre Produktionskapazität erhöht und deren Wünsche hinsichtlich Verkehrsangelegenheiten, Stadt- und Regionalplanung sowie Stadtentwicklung Gesetz sind. Eine alternative sozio-ökonomische Logik würde es möglich machen, Produktionsverhältnisse zu entwickeln, die weniger räuberisch gegenüber der Natur und unserer Lebensweise sind und gleichzeitig mehr Arbeitsplätze schaffen.

Es ist besonders wichtig, zusammen mit der Gewerkschaftsbewegung ein ökologisches Programm um folgende Themen herum zu entwickeln:

- Verhältnis Gesundheit der Arbeitenden und Umwelt: Die Produktion von Giften schadet sowohl den ArbeiterInnen wie der Natur;
- Notwendigkeit der Arbeiterkontrolle über die Produktion, um nicht die Umwelt schädigende Techniken durchzusetzen;
- Ökologische Rekonversion der Industrie, des Transports und der Landwirtschaft als Politik der Schaffung von Arbeitsplätzen. Es kann nicht darum gehen, die bestehenden Arbeitsplätze (in den AKWs, in der Rüstungsindustrie) zu garantieren, sondern allen eine Beschäftigung und ein Einkommen zu garantieren, wie immer der notwendige Umbau der Produktion aussehen wird.

4. Der Kampf um Land

Auf internationaler Ebene ist der Kampf um Land einer der bedeutendsten Vermittler für die Annäherung zwischen sozialen und Umweltbewegungen. Nicht zufällig sind die von einem sozialen Standpunkt aus radikalsten bäuerlichen Bewegungen auch jene mit dem entwickeltsten Umweltbewusstsein. Sie stehen auf gegen das umweltverschmutzende Agrobusiness mit

seinen gentechnisch veränderten Organismen, seinen Kunstdüngern und Pflanzenschutzmitteln, die die Umwelt vergiften. Sie beziehen Stellung gegen die kapitalistische Landwirtschaft, die den Boden und die Wälder zerstört. In den Ländern des Südens ist dieser Kampf untrennbar mit dem Kampf für eine radikale Landreform, gegen das Monopol der Großgrundbesitzer auf das Eigentum an Land und für die Neuverteilung des Bodens verknüpft. Aber der Kampf für eine alternative Landwirtschaft, die mit der Umwelt achtsam umgeht und die auf der Arbeit von Kleinbauern, Kooperativen, ländlichen oder indigenen Gemeinschaften beruht, ist eine planetare Herausforderung, die sowohl die Dritte Welt als auch die kapitalistischen Metropolen angeht. Eine der wichtigsten Kräfte in dieser Schlacht um Land ist „Via Campesina“, ein internationales Netzwerk der bäuerlichen Linken, das von so wichtigen Bewegungen wie der brasilianischen Landlosenbewegung (MST) und der französischen Kleinbauernvereinigung (Confédération paysanne) getragen wird. Diese sozialen Bewegungen kämpfen für eine andere Auffassung von landwirtschaftlicher Produktion mit dem Ziel, die sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung statt die des globalen kapitalistischen Marktes zu befriedigen, und sie achten das Recht der Völker, sich selbst zu ernähren.

5. Abschaffung des Systems der Verschuldung

Die „Entwicklung durch Verschuldung“ die zunächst von den Finanzmächten des Nordens eingesetzt wurde, führte zu einem System der Kontrolle über die Wirtschaftspolitik der Schuldnerländer (vor allem im Süden) und mehrte die Macht von IWF und Weltbank (auch im Norden). Das Diktat der Zinsforderungen und der ultraliberale Kanon der WTO haben unheilvolle Folgen für die menschlichen Gesellschaften (Zerstörung der sozialen Netze, der Subsistenzwirtschaften) und für die Natur (Zerstörung natürlicher Ressourcen für Exportzwecke). Das bedeutet, dass die grundlegenden Mechanismen dieses Systems der Vorherrschaft sowohl von der sozialen als auch der ökologischen Seite her bekämpft werden müssen. Die vom GATT und später von der WTO formulierten Regeln für den Welthandel verstärken die Vorherrschaft der wichtigsten Multis im Norden. Indem sie lokale Märkte für ihre Waren aufbrechen, haben diese Institutionen die Abhängigkeit (sogar von Nahrungsmitteln) vergrößert, das soziale Gleichgewicht untergraben und zu einem verrücktem Wachstum des Welthandels geführt, das die Energie- und Umweltkrise speist.

6. Langzeitperspektive und Demokratie

Die Umweltfrage verlangt, dass wir sehr langfristige Folgen in Betracht ziehen, da die Rhythmen der Natur einen ganz anderen Zeitrahmen haben als die notwendi-

gerweise kurzen des Marktes. Viele soziale Bedürfnisse (Bildung, Gesundheit, usw.) verlangen ebenso einen längeren Zeitraum als der „allmächtige Markt“, um ihre Zwecke zu erreichen. Das ist einer der Hauptgründe, warum sie öffentliche Dienste im eigentlichen Sinn sind. Die ökologischen Folgen und die menschlichen Bedürfnisse verlangen beide, dass unsere alternative Politik diese langen und sehr langen Zeiträume berücksichtigt. Dies bedeutet im Sinne einer Solidarität zwischen Generationen zu denken. Die Ökologie verschafft – neben der Verteidigung der sozialen Bedürfnisse – dem Konzept der Planung neue Legitimität. Was bedeutet Planung anderes als die Langzeitwirkungen in Betracht zu ziehen? Aber die Ökologie hat auch Anteil an der Entwicklung einer umfassenden Kritik der bürokratischen Erfahrungen in den früheren Ostblockländern.

Ist dieses unerlässliche Zusammenfinden von ökologischen, demokratischen und sozialen Zielen und Kräften möglich? Ja, weil die zeitgenössische Umwelt- und soziale Krise ihren gemeinsamen Ursprung im Kapitalismus haben. Gemeinsame Ursachen rufen nach gemeinsamen Lösungen. Der Antikapitalismus ist keine Sammlung „negativer“ Ideen. Tatsächlich ermöglicht er es, das Terrain des Zusammentreffens von ökologischen und sozialen Kämpfen vorzusehen. Er ist auch dabei behilflich, gemeinsame Alternativen in einem positiven Geist der Solidarität zu schaffen. Er klärt uns über Ursachen und Lösungen auf. Andererseits, sollte die politische Ökologie dabei versagen, die Kritik am Kapitalismus in ihre Konzeptionen einzubeziehen, läuft sie Gefahr, sich dem Mainstream anzupassen, ihre radikalen Kanten zu verlieren und in elitäre, letztlich antidemokratische Lösungen zurückzufallen, die zugleich sozial unausgewogen, ungerecht und ohnmächtig sind.

Dies verlangt nach wirklichen Verknüpfungen, nicht nur danach, die Ökologie in ihren sozialen Auswirkungen zu sehen. Das ökologische Denken hat tatsächlich eine wesentliche Dimension erschlossen, die als solche im sozialen Denken nicht auffindbar ist, eine Analyse der Beziehung zwischen der menschlichen Gesellschaft und der Natur. Das ist sein wesentlicher Beitrag und sein eigenes Gebiet. So können wir festhalten, dass wir weder die Umweltfrage auf den sozialen Bereich beschränken, noch die sozialen Gegensätze im Namen der weltweiten ökologischen Erfordernisse missachten dürfen.

Übersetzung: Hans Peter Meister, Überarbeitung: Paul B. Kleiser und D. Berger

Quelle: <http://www.inprekorr.de/wk03/oekologie.htm>

Helen Ward

Sich von den „produktivistischen Überbleibseln“ des Marxismus befreien

Rezension zu: Jane Kelly / Sheila Malone (Hrsg.): *Ecosocialism or Barbarism*. London 2006.

Permanent Revolution Nr. 6. Herbst 2007.

Umweltherausforderungen wie der Klimawandel sind seit einiger Zeit auf der politischen Agenda nach ganz oben gerückt. Alle vom Women's Institute bis hin zu George Bush bringen ihre Pläne vor, um den Planeten zu retten. Dieses Buch ist die Antwort der [trotskistischen] Organisation [aus Großbritannien] Socialist Resistance (www.socialistresistance.org).

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung ist kein Zufall. Sowohl Socialist Resistance als auch ihre internationale Organisation, die Vierte Internationale (Vereinigtes Sekretariat), befinden sich in einem Prozess des radikalen Umdenkens mit Vorschlägen, ihr „politisches Programm, Perspektiven und öffentliches Profil dahingehend zu ändern, eine antikapitalistische, ökosozialistische Organisation zu sein“.¹

Dieser Schritt beruht auf einer neuen Perspektive, die von der katastrophalen sozialen und ökologischen Krise, die eine dringende Antwort erfordert, aufgeworfen wurde. „Im Mittelpunkt dieser Änderung steht die These, dass der Neoliberalismus, der den freien Markt und die Privatisierung vorantreibt, im Laufe von zwanzig Jahren eine neue und tödliche Phase erreicht hat – die wir ‚wilden Kapitalismus‘ nennen.“

Das Buch stellt eine Reihe von Argumenten für Ökosozialismus zusammen und endet mit dem öko-sozialistischen Manifest, das von Joel Kovel und Michael Löwy im Jahre 2001 entworfen wurde.²

Ein Großteil des Buches ist eine nützliche Beschreibung von Umweltproblemen mit einer schlüssigen Argumentation, dass diese der kapitalistischen Produktionsweise innewohnend sind, und dass sie nur durch eine sozialistische Lösung und nicht durch eine Reihe von Reformen innerhalb des Kapitalismus gelöst werden können. Dieses Argument wird verwendet, um die Führung der Umweltbewegung, insbesondere die verschiedenen Grünen Parteien, herauszufordern.

„Es geht nicht darum, ‚schlechten‘, umweltzerstörenden KapitalistInnen ‚gute‘, grüne KapitalistInnen gegenüberzustellen;

es ist das System selbst, basierend auf unbarmherziger Konkurrenz, Anforderungen der Rentabilität und das Rennen um den schnellen Gewinn, das das Gleichgewicht der Natur zerstört ... einzelne Reformen sind völlig unzulänglich.“ (S.6)

In Übereinstimmung mit linken Grüne, einschließlich Joel Kovel³ und Derek Wall⁴, schließt das Buch Visionen einer Zukunft ohne Kapitalismus ein, in der die Menschen in Harmonie mit der Umwelt leben, und eines Übergangs „nicht nur zu einer neuen Produktionsweise und einer egalitären und demokratischen Gesellschaft, sondern auch zu einer alternativen Lebensweise, einer neuen ökosozialistischen Zivilisation, jenseits der Herrschaft des Geldes, jenseits künstlich erzeugter Verbrauchsgewohnheiten, und jenseits der unbegrenzten Produktion von Waren wie privaten Automobilen, die für die Umwelt schädlich sind.“ (S. 7)

Diese grüne und angenehme Vision ist schön, aber warum ein neues Etikett, Ökosozialismus, um es zusammenzufassen? Es unterstellt, dass der marxistische Sozialismus per se nicht „öko“ ist, und dass der Ökologismus nicht „sozialistisch“ ist. Der erste Artikel von Michael Löwy, einem Akademiker und einem langjährigen Mitglied der Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR), der französische Sektion der Vierten Internationale, heißt: „Was ist Ökosozialismus?“:

„Es ist eine Strömung ökologischen Denkens und Handelns, die die grundlegenden Erkenntnisse des Marxismus verwendet, während sie gleichzeitig seine produktivistischen Überbleibsel abschüttelt.“ (S.4)

Der Vorwurf des Produktivismus wird ständig von Grünen und ÖkologistInnen gegen SozialistInnen erhoben. Aber ist er wahr? Zwei Beispiele werden gewöhnlich zitiert. Erstens beschrieb Marx einen grundsätzlichen Widerspruch im Kapitalismus zwischen den Produktivkräften und den sozialen Beziehungen der Produktion, wobei letztere als eine Bremse auf die ersteren wirken; genauer gesagt behindern die privaten, kapitalistischen Eigentumsbeziehungen die vernünftige, optimale Ausbeutung der Natur.

Marx argumentiert für eine Ausweitung der Produktionskräfte, damit dadurch weit verbreitete (grundlegende) Bedürfnisse befriedigt werden können. Das kann als klar „produktivistisch“ interpretiert werden, aber das ignoriert sowohl den Zusammenhang, in dem Marx das schrieb, als auch die damit zusammenhängenden Diskussionen über den Weg, wie die Produktion verwendet werden sollte, um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen anstatt ständig Kapital und Profit zu vermehren.

Tatsächlich ist, wie Löwy selbst betont, „Für Marx nicht die höchste Absicht des technischen Fortschritts die unendliche Akkumulation von Gütern („haben“), sondern die Verminderung des Arbeitstages und die Akkumulation der Freizeit („sein“)“.

Marx wird auch beschuldigt, die Ausweitung der Produktivkräfte mit Fortschritt gleichzusetzen, aber wenn man seine Schriften in den historischen Zusammenhang stellt, scheint das eine ungerechte Kritik zu sein. Es war dringend notwendig, die Produktion auszuweiten, um die sehr grundlegenden Bedürfnisse der Menschheit zu befriedigen. Wir können sehen, wie die Ausweitung der Produktivkräfte unter dem Kapitalismus widersprüchlich gewesen ist, mit der Produktion von Waren für den Gewinn aber nicht für menschliche Bedürfnisse, der Produktion von unnötigen Dingen, von denen die Werbung uns davon überzeugen soll, dass wir sie brauchen, und der Produktion von Luxusgütern für eine dekadente Schicht der Gesellschaft. Dennoch hat die Entwicklung der Produktivkräfte, durch die Nutzung von Computern zum Beispiel, ein riesiges Potenzial, um den Arbeitstag zu reduzieren – aber der Kapitalismus als soziale Verhältnisse verhindert einen solchen Gebrauch der neuen Technologie.

Das zweite Beispiel, das Grüne bezüglich sozialistischen „Produktivismus“ zitieren, sind die Sowjetunion, China und andere „sozialistische“ Staaten. Ja, die Sowjetunion war „produktivistisch“, mit der maximalen Menge von Waren als Kriterium ihres Planungssystems, statt Qualität oder Nützlichkeit dieser Produkte. Aber wir müssen nochmals betonen, dass das nicht Sozialismus war – es war es eine Verzerrung, in der der Übergang zum Sozialismus durch eine brutale und bürokratische Diktatur blockiert wurde.

1. Socialist Resistance, „Savage Capitalism – The Ecosocialist Alternative“, IV Online magazine: IV392 – September 2007, <http://www.internationalviewpoint.org/spip.php?article1311>

2. Das Manifest gibt es auch online: http://www.iefd.org/manifestos/ecosocialist_manifesto.php

3. J. Kovel: *The Enemy of Nature: the end of capitalism or the end of the world?* Zed Books 2002.

4. D. Wall: *Babylon and beyond: the economics of anti-capitalist, anti-globalist and radical green movements*. Pluto Press 2005.

Es scheint, als ob dieser Vorwurf einer der Gründe für die Verwendung des „Öko“-Etiketts ist. Der zweite ist der Vorrang, den die ökologische Frage für die Vierte Internationale (Vereinigtes Sekretariat) in einer Reihe von katastrophistischen Perspektiven gewinnt.

Löwy argumentiert: „Die ökologische Frage ist nach meiner Meinung die große Herausforderung für eine Erneuerung des Marxismus an der Schwelle des 21. Jahrhunderts.“ Das, zusammengenommen mit der Vorhersage des nahe bevorstehenden Umweltzusammenbruchs, führt sie zu einer neuen Wendung, und die Hinzufügung von „Öko“ ist eine Art, einen Bruch mit der Vergangenheit anzuzeigen.

Viele Grüne denken auch, dass der Marxismus das Ökosystem missachtet, eine Kritik, die mit der Idee des „Produktivismus“ verbunden ist. In Wirklichkeit aber hatten Marx und Engels ziemlich viel darüber zu sagen, wie der Kapitalismus nichterneuerbare Rohstoffe missbraucht und auch die Umwelt zerstört. Aber für Marx war es der Kapitalismus selbst – ein System, das mit der Akkumulation um seiner Selbst willen untrennbar verbunden ist – der für diesen Zustand verantwortlich war, eine Kritik, die einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen ihm und jenen Grünen darstellt, die glauben, dass eine wohlthätige Form des Kapitalismus eine allgemeine Harmonie zwischen der Menschheit und der Natur erschaffen kann.

Vorgänger von Socialist Resistance haben häufig eine rot-grüne Allianz als Teil einer Regenbogen-Koalition gefördert, aber jetzt schlagen sie einen strategischeren Zusammenschluss vor. „Die Annäherung dieser Bewegungen könnte eine neue Vision für die Gesellschaft bilden – Ökosozialismus“. Und das Scheitern der Bemühung, den Ökosozialismus voranzubringen – so die Argumentation des Buches – würde zur Barbarei führen.

Welche neue Strategie und neues Programm soll nun vorgebracht werden, um die Möglichkeit der Barbarei abzuwenden? Es gibt einige gute Abschnitte, die die Notwendigkeit betonen, den Kampf um unmittelbare Reformen mit dem Ziel der revolutionären sozialen Umwälzung zu verbinden. Jane Kelly und Phil Ward kritisieren die Grüne Partei zurecht, und argumentieren, dass „... die Grünen sich im Wesentlichen nicht von der Sozialdemokratie unterscheiden, die glaubt, dass der Kapitalismus reformiert werden kann“. (S.51) Sie erkennen auch, dass das revolutionäre Programm im Hinblick auf die Umweltveränderung nicht gut durchdacht ist – eine Position, mit der wir übereinstimmen, einschließlich historisch gesehen in unserer eigenen Strömung.

In einem Versuch, diese programmatische Weiterentwicklung zu beginnen, suchen sie Wege, sozialistische und grüne Forderungen zu verbinden. Im Zentrum ist die Idee, dass wir Produktion für die Bedürf-

nisse und nicht für den Tausch anstreben – ein grundlegendes sozialistisches Ziel und eines, welches unter kapitalistischen Bedingungen nicht erreicht werden kann. Aber Reformen sind auch kurzfristig erforderlich: Um Kohlenstoff-Emissionen zu reduzieren, erneuerbare Energie zu fördern, Häuser zu isolieren und so weiter. Die programmatische Schlüsselfrage ist, wie man die Übergangsmethode anwendet, um diese Forderungen durchzusetzen. Kelly und Ward geben zu, dass Übergangsforderungen erforderlich sind, und argumentieren, dass unmittelbare Reformen „ohne die Kontrolle durch gewöhnliche ArbeiterInnen nicht völlig erreicht werden können; Fragen der ArbeiterInnenkontrolle, der ArbeiterInnendemokratie und sozialistische Lösungen stehen an oberster Stelle.“ (S.54) Sie verweisen auch darauf, dass viele sozialistische Ziele wie etwa die Sozialisierung der Hausarbeit durch eine Revolution der Lebensweisen umweltmäßig viel nachhaltiger wären als der individualisierte Verbrauch unter dem Kapitalismus.

Aber das lobenswerte Ziel, ein Übergangsprogramm zu entwickeln, wird leider weder im ökosozialistischen Manifest (Seiten 116-120) noch in den Resolutionen der International Socialist Group vom April 2006 (Seiten 68-73) oder in den Dokumenten der kürzlich abgehaltenen Konferenz von Socialist Resistance erreicht.

Alle diese Programme und Manifeste beschränken sich in Wirklichkeit auf ein fortschrittliches Ziel (Sozialismus, oder eher Ökosozialismus) und eine Reihe von größtenteils feinen Reformen wie ein Ende der Flughafenvergrößerung, „ein internationaler Vertrag weit jenseits von Kyoto“, „globale Aktionen, um Ländern der dritten Welt bei der nachhaltigen Entwicklung zu helfen.“

Aber wie? Diese Frage sollte mit der Übergangsmethode beantwortet werden, fehlt aber zur Gänze. Im Zentrum von Übergangsanforderungen steht die Verbindung von Kämpfen um Reformen mit dem Kampf um die Macht. Der Kampf um die Macht ist ein Kampf gegen den Kapitalismus, der ein harter Kampf sein wird in Anbetracht der Stärke und der Mittel der staatlichen und internationalen Organisationen, die ihre Macht bis zum Tod verteidigen werden. Das wird eine Revolution – einen gewaltsamen Sturz der alten Ordnung – erfordern um eine Entwicklung in Richtung Sozialismus einleiten zu können.

Ein Übergangsprogramm bettet diesen Kampf in den Kampf um Reformen ein. Zum Beispiel muss die korrekte Forderung nach preiswerten und integralen Transportsystemen in dem Sinne ausgearbeitet werden, um die Rolle von ArbeiterInnen in Transportindustrien bei der Kontrolle der Planung und Investition ihrer Firmen einzubinden. Sie sollten sich mit lokalen ArbeiterInnen und BenutzerInnen des Transports verbinden, um Prioritäten zu bestimmen.

Diese Aktionskomitees würden gegen

die Eigentümern der Transportgesellschaften und den Staat, der diese unterstützt, stossen; Um den Kampf zu gewinnen, müssten die ArbeiterInnen größere Fragen des Eigentums und der Planung und, schließlich, der Kontrolle über den lokalen Staat angehen.

Revolutionäre SozialistInnen unterscheiden sich von reformistischen Grünen und sogar den militantesten Öko-KriegerInnen durch zwei Schlüsselfragen. Das erste ist die Frage des Staates. Wir sehen den Staat als nicht neutral an und verstehen, dass er zerschlagen werden muss. Die Grünen wollen ihn reformieren, und die Öko-KriegerInnen wollen, dass er verschwindet, aber sind im Allgemeinen nicht bereit, die Notwendigkeit nach einer anderen Form der Macht einzusehen, die ihn ersetzt.

Die zweite Frage ist die Rolle der ArbeiterInnenklasse. Der linke Flügel der Grünen sieht, dass die ArbeiterInnenbewegung eine Rolle bei den Öko-Kämpfen hat, sieht aber auch das Hindernis von ArbeiterInnen mit alteingewachsenen Interessen in vielen umweltschädigenden Industrien. „ÖkosozialistInnen wissen, dass die ArbeiterInnen und ihre Organisationen für jede radikale Verwandlung des Systems unentbehrlich sind,“ schreibt Löwy (S.5). Aber das ist nicht dasselbe wie das Verstehen der zentralen Bedeutung der ArbeiterInnenklasse; die ArbeiterInnenklasse nicht als ein konstituierender Teil der ökosozialistischen Koalition, sondern als ihre Führung.

Der Mangel an einer Diskussion über den Staat in Bezug auf die revolutionäre Strategie und über die zentrale Rolle der ArbeiterInnenklasse in jeder sozialistischen Bewegung, ist eine große Schwäche des ökosozialistischen Projekts, da es diese Punkte sind, die die meisten Unstimmigkeiten mit den Grünen hervorrufen werden. Jede neue internationale Partei oder Bewegung für den Sozialismus, mit oder ohne ein Präfix, muss auf einem gemeinsamen Verständnis des Staates und der ArbeiterInnenklasse basieren, sonst wird sie an der ersten Prüfung eines wirklichen Kampfs zerbrechen, so bald sie die Wahl zwischen den Interessen und Organisationen der ArbeiterInnenklasse einerseits und den Konzernen und Institutionen des kapitalistischen Staates andererseits treffen muss, seien neo-liberale oder reformistische „Grüne“ liberale Kräfte an der Regierung.

Eine praktische, proletarische Antwort auf den Klimawandel und andere Umweltdrohungen zu entwickeln, ist eine der wichtigsten Herausforderungen, vor denen die Linke gegenwärtig steht. Aber wir sind uns sicher: wenn der Sozialismus irgendeinen Präfix braucht, dann „revolutionär“ und nicht „öko“.

Quelle: <http://www.permanentrevolution.net/entry/1842>

Übersetzung: systemcrash, Alex Lehmann

Janosch Janglo

Die ökologische Krise des Kapitalismus

Neben der Aggressivität des Imperialismus und der Verelendung durch Ausbeutung und Unterdrückung ist heute die Schädigung der natürlichen Lebenswelt die dritte große Gefahr, die dem kapitalistischen System entspringt.

Die aktuelle Debatte zum Klimawandel offenbart dazu am deutlichsten, dass der Weg aus der ökologischen Krise nur über eine Überwindung des gegenwärtig herrschenden kapitalistischen Systems führen kann - da der Kapitalismus ähnlich wie im sozialen Bereich hinsichtlich einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft nicht reformierbar ist. Er beinhaltet nicht die Möglichkeit einer Lösung dieser Krise, weil er durch seine Wirkmechanismen diese Krise permanent hervorruft - unfähig auch nur im Ansatz dauerhaft den Konflikt Natur und Mensch so zu gestalten, dass er sich für beide Seiten als tragbar gestaltet.

Absage an einen ökologischen Kapitalismus

Der vierte Klimabericht der „Vereinten Nationen“ zeigt der Menschheit dabei wie in allen Berichten davor auch schon: es gibt kein Rückfahrticket für die globale Erwärmung, egal was auch passiert! Die Frage stellt sich nur nach dem zukünftigen Ausmaß für diese umwälzende Bedrohung der Menschheit. Und an diesem Punkte erweist sich das System Kapitalismus eben als absolut unfähig diese selbst hervorgerufene Krise, die das Fortbestehen großer Teile der Menschheit in Frage stellt, in ihren Auswirkungen zu begrenzen.

Nach besagtem, sehr vorsichtigem Bericht, wird jetzt in allen Szenarien von einem weitaus schnelleren Anstieg der Erderwärmung ausgegangen, wie bisher („optimistisches“ Szenario: 1,8 Grad Celsius bis zur Jahrhundertwende; „realistisches“ Szenario: 3,4 Grad Celsius). Dies bedeutet z.B. einen Anstieg des Meeresspiegels um mindestens 19-37 cm und höchstens um 26-58 cm. Ein Anstieg um 40 cm würde dabei den Verlust des Lebensraums von etwa 200 Millionen Menschen bedeuten! Hauptleidtragende dabei wären nicht die Industrieländer - vor allem in Ländern, die jetzt schon durch soziale und ökologische Katastrophen geprägt sind, wie Bangladesch, würden Millionen Menschen zu Opfern des Klimawandels.

Im Angesicht dieser akuten Bedrohung

wird noch nicht mal ein ernsthafter Versuch gestartet, das Ruder rumzureißen. Was Medien als manipulatives Sprachrohr der herrschenden Klasse nicht ohne Wirkung unter die Bevölkerung streuen, ist nichts weiter als vernebelnde Lippenbekenntnisse parlamentarischer Vasallen. Aktuellstes Beispiel dafür, der Streit um die CO₂ - Reduktionsziele in Deutschland und Europa. Das von Deutschland angekündigte Ziel seine Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 abzusenken, bedeuten zweierlei: zum einen den Griff in die Trickkiste und zum anderen harte Einschnitte primär für den Verbraucher, aber nicht für die industriellen Hauptemittenten. Das Bezugsjahr 1990 ist dabei geschickt gewählt, da zu diesem Zeitpunkt die ostdeutsche Industrie noch flächendeckend mit veralteter und damit emissionsintensiver Technik in Betrieb war. So sparte Gesamtdeutschland nach fast vollständigem Zusammenbruch dieser dadurch rund 19 Prozent an CO₂-Emissionen gegenüber 1990 ein¹. Die weiteren Einsparungen gehen zu Lasten der sozial Benachteiligten über höhere Kraftstoffbesteuerung, Ausweitung der Mautgebühr für Pkws und CO₂-abhängige Kfz-Steuern. Das die Einsparungen hauptsächlich bei den vergleichsweise eher unbedeutenden Verbrauchern geschehen sollen, haben natürlich einen Grund: aufgrund der permanenten Konkurrenz lassen dem Kapitalismus auf nationaler Ebene keinen Spielraum in teure effizientere Umwelttechnologien zu investieren. Ein gutes Beispiel, um diese Unfähigkeit des Systems zu zeigen, mit dieser Krise fertig zu werden, ist das Fiasco Kyoto. Hier sollten die Emissionen um einen kleinen Beitrag reduziert werden. Die osteuropäischen Länder hatten nach der Deindustrialisierung einen „Überschuss“ an Verschmutzungsrechten zum Verkaufen an die hoch industrialisierten Staaten. Deshalb bedeutet die Vereinbarung von Kyoto auch keine wirkliche Verringerung der Emissionen. Aber selbst dieser winzige und billige Schritt war für die Kapitalisten in den USA und Australien inakzeptabel, aus Angst dies könnte erst der Anfang sein, da die USA 25 % aller Treibhausgase erzeugen, fast doppelt so viel wie die Konkurrenten in der EU². Folglich würden ihre Profite unverhältnismäßig stark im Vergleich zu den Europäern

geschmälert. Der Klimawandel bedarf einer internationalen Zusammenarbeit, die aber aufgrund imperialistischer Rivalitäten nicht möglich ist. Das ist des Pudels Kern.

Der Kapitalismus ist vom Charakter seiner Organisiertheit her zu einer nachhaltig wirtschaftenden Gesellschaft gar nicht fähig. Dies ist gar nicht anders möglich in einer Ökonomie, in der der Arbeitsprozess nicht in Vorhinein, sondern nachträglich, durch die Form des Tauscherts gesteuert wird. Also Verwertbarkeit und anarchisch hergestellter Gesamtzusammenhang die Berücksichtigung langfristiger sozialer ökologischer Ziele notwendig hintertreiben. Denn die Gesetze der Kapitalakkumulation und erweiterten Reproduktion zeigen die Notwendigkeit von ständigem Wachstum zur Aufrechterhaltung der Profite und folglich auch enormen Ressourcenverschwendung. Die kapitalistische Gesellschaft kann also niemals mit geringer Materialintensität arbeiten. In dieser Situation macht der Staat als ausführendes Organ des Kapitals nur das, was er unter den Rahmenbedingungen einer weltweit funktionierenden verschärften Konkurrenz tun muss: der Schutz seines Standortvorteils für hohe Profitraten und damit „seiner“ Konzerne. Bessere Umweltstandards verbunden mit zum Teil hohen Investitionen, die die Profite der Konzerne schmälern würden, wären hier nur von Nachteil. Somit halten staatliche und europäische Institutionen Grenzwerte- und Schwellenwerte für Schadstoffausstöße, Prüfungsverfahren für neue Produkte und Standards für deren Entsorgung relativ zum Produktionsverfahren und letztlich vom Produkt ausgehenden Gefahrenpotential gering.

Die Braunkohle als energiepolitisches Trauerspiel

Beispiel Braunkohle: obwohl der Energieträger mit dem höchsten Ausstoß an CO₂ je Kilowattstunde, wollen Konzerne in den kommenden Jahren 26 neue Kohlekraftwerke in Deutschland ans Stromnetz bringen³. Werden diese Pläne so umgesetzt, werden diese neuen Kraftwerke 150 Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Jahr freisetzen. Ihre

1. Stocker, A.; Türk, A.: Climate change, Science and policy, <http://www.acc.gov.at/pub/ClimateScience.pdf>, 2002, S.53

2. Ebenda

3. Der Tagesspiegel online: EU gegen neue Kohlekraftwerke in Deutschland <http://www.tagesspiegel.de/politik/nachrichten/klimaschutz-kohlekraftwerke/101683.asp>, 05.05.2007

Leistung entspräche nur etwa einem Fünftel der in Deutschland installierten Kraftwerkselektrolyse, ihre Kohlendioxid-Emissionen aber mehr als der Hälfte des aller Kraftwerke in den Jahren 2008 bis 2012 zugestandenem Ausstoßes⁴. Dass dieser klimapolitische Irrsinn durchaus noch politisch gefördert und voraussichtlich auch umgesetzt werden wird, zeigt beispielsweise eine erst kürzlich bekannt gewordene vom Land Brandenburg in Auftrag gegebene Studie. Sie gibt eine klare Empfehlung ab: 7 neue Tagebaue sollen auch über 2030 die neuen Kraftwerke mit Kohle versorgen, betroffen davon werden allein in Brandenburg mindestens 6000 Einwohner sein, die wegen der Braunkohleförderung zwangsumgesiedelt werden müssten⁵. Ganz abgesehen von menschenverachtender Vertreibung, der fast völligen Verwüstung einer ganzen Region und der Verschärfung der Krise der globalen Erwärmung, ist hier die rechtliche Durchsetzbarkeit eines solchen Vorhabens erstaunlich – und diese hat sich das Kapital über bürgerliche Gesetze natürlich geschaffen! Zu nichts Anderem sind bürgerliche Parlamente auch beauftragt, nämlich über gesetzliche Voraussetzungen der Kapitalverwertung auch in ihrer unmoralischsten Form den Weg zu ebnen. Um auch die richtigen Gesetze für seine Herren zu verabschieden, holt man sich schon mal den Chef von Vattenfall⁶ zum „Klimaschutzbeauftragten“ in das Bundesumweltministerium. Hier wird bezüglich des Klimaschutzes der Bock zum Gärtner gemacht. Aber damit der Bock kein Bock mehr bleibt, bündelten PR-Strategen die Weste der Braunkohlenverstromer wieder glatt. Das so genannte „Clean-Coal“-Verfahren zur CO₂-Abscheidung soll Braunkohle als Energieträger sauber machen. Der verfahrenstechnische Haken bei dieser Technik ist, dass der mit ca. 42 Prozent sowieso schon geringe Wirkungsgrad der Braunkohle durch die CO₂-Abscheidung um satte 10 Prozent zurückgehen würde⁷. Dies bedeutet ein Viertel weniger Strom je Tonne Braunkohle und somit auch weniger Profit. Klar, dass diese Technik über das Versuchsstadium kaum hinaus kommen wird. Helfen wird es aber bei der Argumentation, auch weiterhin Landschaften für die Abbaggerung in Anspruch nehmen zu können.

Marktmacht der Stromkonzerne

Die Kapitalverwertung in Form der Braunkohleförderung ist gegenwärtig eben, seit die Preise für Öl und Gas und damit die Energiepreise im Allgemeinen explodieren, die profitabelste. Dies führte über Milliardengewinne zur Akkumulation und damit über die Marktberichtigung schwächerer Konkurrenten wie die BEWAG zur Konzentration von Kapital und folglich zum Ausbau einer marktbeherrschenden Position der heute vier großen Stromkonzerne in Deutschland EnBW, Vattenfall, E.ON und RWE. Sie teilen sich heute 80 Prozent der Stromversorgung und 100 Prozent der Netze⁸. Dieses Monopol ist das Ergebnis der radikalen Liberalisierung. Die Konzerne behielten ihre Stromleitungen, durften sich bei der Regelung des Netzzuganges für Dritte und bei der Preisgestaltung auch noch selbst beaufsichtigen und drängten neue Anbieter vom Markt. Diese Marktmachtposition zumindest auf nationaler Ebene wird in Form illegaler Preisabsprachen, Be- und Verhinderung konkurrierender Technologien und Unternehmen also zur Sicherung der Monopolprofite logischerweise gnadenlos ausgenutzt. Da helfen weder moralische Appelle der Umweltverbände noch politische Umverteilungsstrategien von Organisationen und Parteien keynesianischen Ursprungs, innerhalb des kapitalistischen Systems können Umverteilungsstrategien den Gesetzmäßigkeiten der Akkumulation und Konzentration des Kapitals nicht entgegenwirken. Die Ursachen der kapitalistischen Produktionsweise bleiben dabei unberührt. Vor diesem Sprung eines solch qualitativen Erkenntnisgewinns sind indes die Umweltverbände noch weit entfernt.

Im aktuellen „Schwarzbuch Klimaschutzverhinderer“ der Umweltorganisation Greenpeace wird ganz richtig aufgezeigt, wie Lobbyisten der Energiewirtschaft als Mandatsträger oder Beamte bundesweit dafür sorgen, dass die Interessen des Kapitals in entsprechende Politik umsetzen. Diese verfilzte Normalität parlamentarischer Entscheidungsträger steht im krassen Widerspruch zur sich abzeichnenden existenzbedrohenden Krise der Menschheit. Unverkennbar wurden von Greenpeace die dem Klimaschutz entgegenstehenden Konzerninteressen, die diesen mit allen Mitteln blockieren, freigelegt. Hier werden die Verflechtungen von Energiewirtschaft und Politik in Form allein zehn aktueller Bundestagsabgeordneter sowie zwölf gegenwärtiger Landespolitiker dargestellt, die Nebentätigkeiten wie Beirats- und Aufsichtsratsposten bei großen energiewirtschaftlichen

Konzernen ausüben. Bestes Beispiel hierfür der designierte Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU), der bis 2004 Mitglied im Beirat der E.ON Bayern AG war. Bis zu seinem Amtsantritt war er Vorstandsvorsitzender der Unterfränkischen Überlandzentrale, die mehr als 89 Prozent ihres Stromes von der E.ON Bayern AG bezieht. Dementsprechend betrieb er natürlich auch im Amt Lobbyarbeit für „seinen“ Konzern und seiner Branche, so forderte er vergeblich im Sommer 2006 eine drastische Senkung der Strafgebühren für die Überschreitung genehmigter CO₂-Mengen⁹. Aktuelles Beispiel ist die für die Energiewirtschaft vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebene argumentative Schützenhilfe in Form einer Stellungnahme zum Klimawandel, angefertigt von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe Hannover. Hier wird doch schlichtweg behauptet, dass die Sonne und nicht die Industrieabgase Schuld am Klimawandel seien¹⁰. Warum diese Bundesanstalt diesen eigentlich schon wissenschaftlich bewiesenen Fakt leugnet, versteht man, wenn man sieht, wer die Klimaforschung der Bundesanstalt sponsert: im Kuratorium, das die Behörde maßgeblich „berät“ sitzt die Prominenz der Energiewirtschaft, von Exxon Mobile über Konzerne wie Vattenfall und deutsche Steinkohle AG¹¹. Trotz der massiven Kritik an dieser dubiosen Stellungnahme, nahm die bürgerliche Presse bereitwillig den Inhalt auf, um gleich wieder Zweifel unter die Bevölkerung zu streuen. Dabei zeigt dieses Beispiel noch ein anderes Problem: die Mär von der unabhängigen Wissenschaft. Technologie und Wissenschaft sind nie wertfrei, sondern interessengeleitet. Über die Fragestellung und das Erkenntnisinteresse entscheiden diejenigen, die Forschung finanzieren und das sind in vielen Fällen eben die Konzerne. Das Kapital greift auch in angeblich freie Forschungsräume ein und bestimmt nicht nur über Lehrstühle und darüber, welche Forschungsansätze für wert befunden werden, also direkt und indirekt Profit versprechen. Das Kapital bestimmt auch, manchmal auf sehr komplexe Weise, welche Projekte zensiert und unterdrückt werden. Verblüffend, wie groß die Einbildung der Forschenden in diesem Land ist, sie Arbeiten „frei.“

Wer Kapitalinteressen nicht (mehr) analysieren kann, wer allumfassende Zensur nicht einmal mehr spürt, ist besonders erfolgreich unterworfen. Schon Karl Marx und Friedrich Engels erfassten diese Unterwerfung der Wissenschaft unter die Interessen des Kapitals im Manifest der Kommunistischen Partei: „Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen,

4. Der Spiegel (12/2007): Deutschland: Reise in die Vergangenheit, 19.03.2007

5. Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg: Studie zur Fortschreibung der Tagebauentwicklung im Lausitzer Braunkohlenrevier (Teil Brandenburg), Oktober 2006

6. großes Energieunternehmen, das neben etlichen anderen Kraftwerken selbst auch 4 Braunkohlekraftwerke und 2 Kernkraftwerke in Deutschland betreibt

7. Urgewald: Investition in Ineffizienz und Wahnwitz - Die Geschäfte von RWE <http://www.projekt21.plus.de/download/Dossier-Endfassung.pdf>, 2007, S.14

8. Greenpeace: Schwarzbuch Klimaschutzverhinderer - Verflechtungen zwischen Politik und Energiewirtschaft, http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/klima/Verflechtung_Energiewirtschaft_Politik.pdf, 2007, S.3

9. Ebenda, S.3

10. Monitor: Gutes Klima durch geschönte Fakten?, <http://www.wdr.de/tv/monitor/beitrag.phtml?bid=866&sid=160>, 01.03.2007

11. Ebenda

den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihren bezahlten Lohnarbeiter verwandelt (MEW, Band 4, Seite 465).“

Doch auch so genannte „Ehemalige“ wie Bundeskanzler a. D. Gerhard Schröder sind anschauliche Beispiele, wer eigentlich die Politik im Lande macht. Ihn zog es 2005 nach dem Regierungswechsel als Aufsichtsratsvorsitzender der NEGP Company in die Energiewirtschaft. In seiner Kanzlerschaft förderte er aktiv das Projekt der Ostseepipeline dieses Konzerns¹². Aber auch die Rolle der Gewerkschaften wird von Greenpeace thematisiert, denn in den Aufsichtsräten der Energieversorger sitzen Dutzende von Gewerkschaften als eigentliche Vertreter der ArbeitnehmerInnen. Hubertus Schmoldt (IG BCE) oder Frank Bsirske (ver.di) sitzen sogar als Bundesvorsitzende in den Aufsichtsräten von E.ON bzw. RWE¹³. Logischerweise verdienten sie sich auch ihr Geld als treue Lobbyisten. So mobilisierten die Beschäftigten der Energiewirtschaft für eine Demo Anfang 2007 in Berlin gegen die Zerschlagung der Stadtwerke, Liberalisierung des Strommarktes, aber auch gegen den Klimaschutz. Der deutschen Wirtschaft würden „unfaire Auflagen beim Emissionshandel“ auferlegt¹⁴. Hintergrund ist die geringere Zuteilung von Emissionszertifikaten seitens der EU über 453 Millionen Tonnen (Zertifikate, die sie nicht nur kostenlos erhielten, sondern ihren Ausgabewert ungeniert auf die Strompreise aufschlugen!). Die deutsche Energiewirtschaft liegt aber mit durchschnittlichen 477 Millionen Tonnen jährlichen Ausstoßes an CO₂ darüber und wäre somit gezwungen den Ausstoß zu verringern oder Zertifikate teuer zuzukaufen. Diese Reduzierung des klimaschädlichen CO₂ findet ver.di nun unfair, da diese letzten Endes auch Arbeitsplätze kosten würde. Doch ist dieses Argument grundweg falsch und offenbart hier durch ein gekauftes Gewissen den klassischen Interessenkonflikt der Gewerkschaftsbürokraten, denn den gegenwärtigen ca. 100 000 Beschäftigten im Braun- u. Steinkohlenbergbau, in der Atomenergiewirtschaft sowie Erdgas- und Erdölwirtschaft¹⁵ stehen heute schon 170 000 Arbeitnehmer im erneuerbaren Energiesektor¹⁶ bei einem Gesamtanteil an der Primärenergieproduktion von bisher nur 10 Prozent an der Gesamtstromproduktion¹⁷ gegenüber. Nicht auszumalen welches Potential an Arbeitsplätzen

in diesem Bereich steckt, wenn er denn nur stärker anwachsen würde. Dies wäre aber ein klassischer Verdrängungswettbewerb zu Ungunsten fossiler Energieträger, bei dem sich die Großkonzerne natürlich nicht die Butter vom Brot nehmen lassen und bei jeder Gelegenheit ihre Monopolstellung bzw. Oligopolstellung am Strommarkt verteidigen. Somit wird es keine nennenswerte Steigerung der Anteile erneuerbarer Energien am Strommarkt geben. Folglich konnte sich von den Unternehmen der erneuerbaren Energien noch keines zu ähnlich großen Konzernen aufschwingen mit einer nur annähernd starken Korruptiermacht, die lukrative Posten für Politiker und Gewerkschaftsbürokraten verspricht, sonst würde eine Bsirske und Co. heute wahrscheinlich auch Interessen großer Windenergiefirmen oder ähnlichen Firmen Erneuerbarer Energien verteidigen.

Krise der Umweltverbände und ihrer parlamentarischen Vertreter

Aber was ist die die Antwort von Greenpeace und anderer Umweltorganisationen auf diesem deutschen Energiefielz? Greenpeace fordert angesichts korrumpierter Politiker und Beamten gar schon die Zerschlagung die Energiemonopole („Zerschlagt die Energiemonopole“¹⁸). Doch die Hauptstrategie für ihre Mitglieder dabei ist leider immer die alte, wirkungslose: für einen 10-Punkte-Plan zum Klimaschutz stehen 12 Politiker, Institutionen und Firmen zur Verfügung, bei denen man per Aktionspostkarte und auch selbst entworfenen Protestpamphleten mal so richtig Dampf ablassen kann. Bei eben jenen Politikern, die im parlamentarischen Mechanismus der legalen Bestechung eben nicht die Interessen in Punkto Klimaschutz vertreten wollen und Firmen wie RWE und Porsche diese nicht aus Profitinteressen vertreten können¹⁹. Anstatt die 550 000 Fördermitglieder von Greenpeace zum aktiven Widerstand zu mobilisieren, ziehen sich Umweltbewegte nach dem immer wieder erfolglosen anschreiben gegen diese Krise ohnmächtig in ihre eigenen vier Wände zurück. Die Umweltbewegung steckt letztlich in der Krise, denn die Lösung der ökologischen Krise hat sich durch solche Aktionen und auch durch eine radikale Verweigerungsbewegung nicht entschärft. Unter Linken gab und gibt es ernst gemeinte Debatten, hier entstehe ein neues revolutionäres Subjekt, die klassische Modelle der proletarischen Gegenmachtstrategie ablösen sollten.

Die Grenzen solcher auch radikalen Verweigerungsbewegungen wurden spätestens mit den Auseinandersetzungen der

Anti-Atombewegungen mit der geballten Macht des bürgerlichen Staates deutlich. Dabei begannen die ideologischen und politischen Kräfte in den Parlamenten und den Medien ihr Ritual der Kombination der Kriminalisierung und Unterdrückung der Radikalität durch Integration in Form von Ausstiegs- und Nachdenkformeln, ohne das System generell in Frage zu stellen. Des Weiteren markierten die von der Gegenseite immer wieder vorgebrachten „Sachzwänge“ die Notwendigkeiten eigene Inhalte und Forderungen entgegenzusetzen. Diese Art der Gegenmacht zeichnete sich nicht durch Radikalität der Aktionsformen oder Eroberung weiterer gesellschaftlicher Bereiche wie der organisierten Arbeiterklasse aus, sondern durch die Entscheidung kleiner bürgerlicher Randkräfte ökologische Parlamentsparteien wie „Die Grünen“ aufzubauen. Ausgerechnet über das Parlament, der für die Bestimmung staatlicher Politik vollkommen überflüssigen Institution, wollte die Umweltbewegung ihren Einfluss erweitern und ihre Kräfte bündeln. Gerade hatte man in den knallharten Auseinandersetzungen mit der bürgerlichen Staatsmacht die Erfahrung gemacht, das parlamentarische Institutionen auf seine Forderungen weder eingehen wollten noch konnten, so wurden die aktivsten Kräfte eben auf diesen „Marsch durch Institutionen“ geschickt. Der Preis dafür war die Umwandlung der Radikalität der „Verweigerungsbewegung“ zur „Wir machen mit“-Initiative im Parlament als einflussloses Areal, das aber umso mehr Kräfte bindet. „Stellvertreterpolitik“ betreibend, ersetzen sie ehemals massenhafte Umweltbewegungen durch parlamentarische Initiativen. Sie täuschen eine Macht und Machbarkeit vor, die nicht annähernd den realen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen entspricht.

Auch die ehemalige PDS und jetzige „Die Linke“ gab sich in einigen Punkten einen grünen Anstrich. Dabei wurde, obwohl von der bei der PDS angesiedelten „Ökologischen Plattform“ in der Diskussion zum neuen Eckpunktepapier eingeforderten radikaleren Forderungen mit eindeutigerem sozialistischem Profil z. Bsp. nach geplanter Wirtschaft, die Messlatte für zukünftige Koalitionspartner nicht allzu hoch gehalten. In allem verfolgt die „Die Linke“ ebenso wie „Die Grünen“ ein klar reformistisches Politikkonzept mit dem Bemühen, die kapitalistische Gesellschaft durch einen Plan von finanziell abgesicherten Maßnahmen schrittweise aus ihrer ökologischen Krise und zu einer nachhaltigeren Produktionsweise zu führen. Dabei soll mit einem hohen Maß an staatlicher Kontrolle eine autarke Wirtschaft geschaffen werden, also ein Programm, das in die entgegengesetzte Richtung weist, weg von einer internationalistischen Sichtweise, eine Sichtweise die nationale Vorurteile schafft. Aber selbst eine Regierung die mehr staatliche Kontrolle schafft, gerät mit dem weiter bestehenden Markt alsbald in Konflikt, wenn er Wachstum und Profiten im

12. Greenpeace, S. 5

13. Ebenda, S.6

14. junge Welt: Ver.di bremsst beim Klimaschutz, 11.12.2006, S.5

15. Berechnungen des Autors

16. Energie, http://www.tatsachen-ueber-deutschland.de/fileadmin/festplatte/deutsch/download/00_startseite/Newsletter_03_2006_DEU_01.PDF, 2006

17. IPPNW: Erneuerbare Energien können die nuklear-fossilen Energieträger zügig ablösen, http://www.ipnw.de/Atomenergie/Energie-wende/article/Erneuerbare_Energien_koennen_die_nuklear-fossilen_Energietraeger_zuegig_abloesen.html?swip=0ffeaa5fffb4ab32e71d1f814e5efe,08.02.2007

18. Greenpeace Magazin (2/07): So retten wir das Klima: der 10-Punkte-Plan, 2007, S.33

19. Ebenda, S.36

verstärkten Maße im Weg steht. Die Grundlagen der Marktmechanismen sind somit eine klare Absage an einen ökologischen Kapitalismus.

Dies ist klar eine Verdrehung der ursprünglichen Radikalität der Umweltbewegung: statt der Entwicklung gesellschaftlicher Gegenmacht, wird eine Entwicklung der gesellschaftlichen Macht versprochen, die die Bedürfnisse aller einzulösen vorgibt, d.h. die Klassengesellschaft durch einen Konsens zwischen den Klassen aufzuheben. Heute haben diese reformistischen Kräfte grünen Anstrich zu jeder Problemlage und „Politikfeldern“ inflationär Programme und Strategien entwickelt, die anstatt Oppositionskräfte zu stärken sie absorbieren und desorientieren. Diese strategische Fehlentwicklung des Reformismus, hervorgerufen durch die Absage an Radikalität und marxistischer Theorie, führte zu einem untauglichen Konzept der Schadensbegrenzung und endet letztlich beim bloßen Managen der Krise.

Die Ohnmacht der Verbraucher

Hierzu gehört auch die Phraseologie vom verantwortungsvollen Verbraucher die auch die Umweltverbände und „aufgeklärte“ Bürger immer wieder bemühen. Die Verbraucher seien Schuld, sie sind es letztlich, die nach Autos, Einwegflaschen verlangen und immer noch nicht zum Ökostromanbieter gewechselt sind. Das ist die eigentliche Crux dieses Bildungsbürgertums mit all ihren Umweltbildungsvereinen, das Pferd eigentlich von hinten aufzäumen zu wollen. Anstatt die Realität des Seins, das das Bewusstsein schafft, wird hier versucht, die gesellschaftlichen Realitäten außer acht lassend, über Bewusstseinsbildung die Gesellschaft von innen heraus zu verändern, nicht erkennend, dass man seit Jahrzehnten schon in eigenem Saft schmort. Hier werden die den Menschen permanent umgebenden und prägenden sozialen und kulturellen Verhältnisse im Kindergarten, Schule und am Arbeitsplatz, die sich natürlich auch in den Familien widerspiegeln, die manipulative Kraft der bürgerlichen Medien und Produktwerbungen vollkommen außer Acht gelassen oder total verklärt. Letzteres, die Stimulation der Nachfrage am Markt, entscheiden über Erzeugnisse und nicht der tatsächliche Sinn eines Produktes, sein echter Gebrauchswert, und schon gar nicht eine gesellschaftliche Abwägung von Wünschen und Verträglichkeit. Das jährlich zu wechselnde Mobiltelefon, bei dem die Telefon-Funktion schon zur Nebensache wird, ist beispielhaft für diese Produktion von Bedürfnissen.

Damit pervertiert der Markt: eine Nachfrage muss erst künstlich geschaffen werden, um für ein Angebot Konsumenten zu finden. Somit mündet der Kapitalismus in eine ungeheure Verschwendung nicht aus

privater Verschwendungssucht, sondern als Konsequenz des permanenten Zwangs der Kapitalverwertung. Auf der anderen Seite schwindet mit der wachsenden auch absoluten Verelendung für eine größer werdende Zahl überhaupt die Wahlmöglichkeit. Hier bleibt nur noch das Vertrauen in die „ökologische“ Orientierung von Aldi & Co..

Diese Zusammenhänge ausblendend, argumentieren auch die reformistischen Linken der PDS, dass es eine marktwirtschaftliche Neuorientierung zugunsten der Umwelt und zu Lasten bisher befriedigter Individualbedürfnisse geben muss. Mittlerweile gibt es unendlich viele Kataloge und Einkaufsführer, was nicht getan, nicht gekauft und nicht gegessen werden darf. Nun hat dieser Ansatz bisher kaum nennenswerte Massenkraft entwickeln können. Wie auch, wenn sich der Verbraucher in seiner Verweigerungshaltung nicht die Kraft der solidarischen Masse erfahren kann, sein Widerstand somit auf einer rein individualisierten Ebene abläuft. Somit kommen alle potentiell Beteiligten in rationalen Überlegungen zum Schluss, ihr Beitrag sei entweder vergeblich oder überflüssig. Die Folge ist eine rationale Passivität. Zudem wird nicht erkannt, dass der Verbraucher das letzte Glied in der Produktion in Verwertungskette. Zudem sind sie gleichzeitig als Arbeitskräfte in die Kapitalverwertung mit eingebunden, entwickeln also ein Eigeninteresse am Erhalt „ihres Betriebes“, auch wenn er schädliche Produkte erzeugt oder die Umwelt schädigt. Somit sind das Nachfrageverhalten und die Bedürfnisse der Konsumenten im Kapitalismus total deformiert. Wie schon Marx bemerkte: „Nicht nur der Gegenstand der Konsumtion, sondern auch die Weise der Konsumtion, wird daher durch die Weise der Produktion produziert, nicht nur objektiv, sondern auch subjektiv. Die Produktion schafft auch den Konsumenten“. Daneben schauen eben beim Einkaufen immer mehr in erster Linie auf den Preis - umso mehr in den Zeiten von Lohndumping und Hartz IV.

Kein Ausstieg aus dem Kapitalismus

Diese Entfremdung des Menschen von seiner Arbeit und deren Produktion führt zum destruktiven Verhältnis gegenüber der Natur. Somit wird der einzelne Ausstieg aus dem vom Kapital diktierten Konsum genauso schwer zu bewerkstelligen sein, wie der individuelle Ausstieg aus der Produktion und Verhältnissen der Lohnarbeit. Auch die Aussteigerprojekte von nach ökologischen Richtlinien lebenden Kommunen, können den Marktgesetzen und der Ausbeutung durch den Markt nicht entkommen. Projekte wie der „Karlshof“ bei Templin, die eine „nicht kommerzielle Landwirtschaft“ betreiben und aus „dem Koordinationssystem von Markt und Staat“ austreten (!) wollen, sowie „gesellschaftlichen Raum wiederaneignen“ wollen²⁰, haben es noch nicht verstanden, dass die Aneignung gesellschaftlichen Rau-

mes erst durch die Aneignung politischer Macht erfolgen kann. Zumal kann man nicht einfach aus Markt und Staat austreten, da es ein eigenes Himmelsreich auf Erden losgelöst von den permanent wirkenden marktwirtschaftlichen und staatlichen Realitäten nicht geben kann. Der Staat und seine Kommunen treiben in jedem Falle Grundstückssteuern, Abwassergebühren etc. ein. Zwar ist man abgekoppelt von der Ausbeutung durch Lohnarbeit eines Kapitalisten, ihre Mitglieder werden aber entweder selbst zu solchen auch mit dem Resultat der Selbstausbeutung oder sie bleiben gefangen in den Mühlen staatlicher Beihilfen mit entsprechenden sozialrechtlichen Repressionsmöglichkeiten. Somit sind solche „Aussteigermodelle“, so groß ihre Gemeinschaft auch sein mag, in Wirklichkeit gar keine, da die Schaffung gesellschaftlichen Eigentums und damit den einhergehenden Arbeitsbedingungen statt privaten Eigentums erst eines revolutionären Umwälzungsprozesses bedarf. Daher kann es innerhalb des Systems keinen Freiraum für die Herausbildung nicht-kapitalistischer Eigentumsverhältnisse geben.

Diese Logik beinhaltet auch eine Absage an eine Ökologisierung der Marktwirtschaft. Auflagen, Verbote und Grenzwerte passen nicht in die Marktphilosophie und widersprechen der neoliberalen Offensive der Deregulierung. Bestes Beispiel hierfür sind die schon erwähnten Verschmutzungsrechte für CO₂-Emissionen. Jedes Unternehmen kauft Zertifikate, die zu einer bestimmten Menge von Schadstoffemissionen berechtigen, dabei sind die Zertifikate wie Aktien zu erwerben und weiterzukaufen. Der Staat bräuchte nur noch nach Stand der Technik Grenzwerte für Emissionen festlegen der Rest regelt der Markt. Somit seien stark umweltverschmutzende Unternehmen gezwungen viele teure Zertifikate zukaufen zu müssen, um die Produktion aufrecht halten zu können und seien zukünftig dadurch gezwungen in fortschrittlichere Technik zu investieren oder die Produktion gar aufzugeben. Eine solche Regelung ist erst einmal nichts weiter als eine bloße Verteilung von Umweltverschmutzung über den Markt. Von Umweltsanierung oder gar -schutz kann keine Rede sein. Ein weiteres Problem besteht dabei in der Gefahr des Hortens und Spekulierens der Unternehmen mit solchen Zertifikaten. Konzerne mit viel Kapital könnten durch Zukauf das Angebot von Zertifikaten künstlich verknappen, um Konkurrenten zu behindern.

Arbeiterbewegung und Ökologie

Dies heißt natürlich nicht, dass der Kampf gegen Umweltzerstörung, -verschmutzung und Emissionen bis zur Überwindung des Kapitalismus aufgeschoben werden soll. Im Gegenteil: Die Klasse, die das zentrale Element der Produktivkraftentwicklung dar-

20. taz: Kapitalismuskritik auf dem Lande, 13.01.2006, S.23

stellt, die Arbeiterklasse, hat in ihrem Klassenkampf mit dem Kapital auch die Macht und das Interesse zum Widerstand gegen die Destruktivkräfte des Kapitals - etwas, was die kleinbürgerliche Umweltbewegung in den imperialistischen Ländern systematisch ausblendet. Schon seit ihrem Beginn hat die Arbeiterbewegung die zerstörerischen Seiten des kapitalistischen Produktionsprozesses im Kampf um die eigenen Gesundheits- und Lebensbedingungen ins Zentrum der Auseinandersetzungen mit dem Kapital gestellt. Zahllose Sicherheitsbestimmungen, Emissionsbegrenzungen, Schadstoffverbote, Wohngebietsanierungen usw. usf. sind Resultate eines langwierigen Kampfes der Arbeiterbewegung. Mit der Entwicklung des Imperialismus waren jedoch solche Errungenschaften stark auf die imperialistischen Länder konzentriert, und auch hier eher auf die besser gestellten, arbeitertokratischen Teile der Arbeiterklasse. Gleichzeitig entwickelte die Einbindung des Reformismus in die imperialistische Staatsmaschine eine systematische Ignoranz gegenüber ökologischen Problemen in Gewerkschaften und reformistischen Parteien, sofern es nicht unmittelbar Betroffenheit bei der arbeitertokratischen Klientel gab. Die Wiederaneignung der ökologischen Frage durch die Arbeiterbewegung ist daher untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen die bornierte Dominanz der reformistischen Bürokratie.

Mit der drohenden ökologischen Katastrophe muss die Frage des Kampfes um Umweltstandards wieder zu einem einigenden Band werden, das für ArbeiterInnen in imperialistischen Ländern wie in Halbkolonien, in Beschäftigung wie in prekären Verhältnissen in allen ihren Auseinandersetzungen mit dem Kapital wieder einen zentralen Stellenwert einnehmen muss. Von der Energiewirtschaft, der Verkehrspolitik bis zur Gestaltung der Produktionsprozesse müssen Forderungen entwickelt werden, deren nachhaltige Umsetzung notwendig die Kontrolle der Arbeiterklasse über die Produktion bedeuten muss, soll dieser Planet über dieses Jahrhundert hinaus noch bewohnbar sein.

Begrenzte Erneuerbare Energien

Viele Umweltschützer klammern sich an den scheinbaren CO₂-neutralen Strohalm Erneuerbare Energien. Diese stehen im Kapitalismus aber ebenso unter der Profitlogik. Somit ist der Import von billigerem Palmöl für die Biodieselproduktion rentabler und damit attraktiver als heimische Rohstoffe wie Rapsöl. Dabei spielt es keine Rolle, dass diese Palmölplantagen auf ehemaligem Regenwaldgebiet stehen und auch weiterhin Regenwald zu diesem Zwecke abgeholzt wird. Regenwald ist aber eine wichtige Kohlenstoffsенke. Hier wird unter dem Diktat des Profits, das Prinzip einer gewissen CO₂-

Neutralität ins entgegengesetzte verkehrt. Bioja, aber nicht mehr Öko. Längst haben die großen Energie- und Gentechnikkonzerne die Marktlücke entdeckt und geben sich nun in zynischer Weise auch noch ein „Bio-Prädikat“.

Anstatt in erster Linie die Energieeinsparungspotentiale, die in dieser energieintensiven Gesellschaft enorm sind, zu nutzen, wird versucht oder angestrebt einen Großteil des gegenwärtigen Strom- und Treibstoffverbrauchs durch erneuerbare Energien zu ersetzen. Dies ist aber bezüglich der zum Einsatz kommenden begrenzten Biomasse gar nicht möglich und zweitens auch gar nicht wünschenswert. Denn mittlerweile hat dieser Boom nachwachsender Rohstoffe weltweit zu einer Flächenkonkurrenz zwischen der Lebens- und Futtermittelindustrie und der Produktion für Biogas, Biodiesel und Bioethanol geführt. In Mexico zum Beispiel haben sich die Maispreise extrem verteuert, da Mais verstärkt in die USA für die Bioethanolproduktion exportiert wird²¹. Leidtragende sind wieder mal die Armen, die auf Mais als traditionelles Lebensmittel angewiesen sind. Letztlich wird diese Flächenkonkurrenz zu einer weltweiten Rohstoffverknappung führen, die am Ende die Lebensmittelpreise in die Höhe steigen lassen werden. Somit müssen Menschen in der „dritten Welt“ noch mehr hungern, damit die Oberklasse auch weiterhin auf der Nordhalbkugel nicht zum Stillstand kommt. Zu dieser sich verschärfenden Flächenkonkurrenz kommt zudem, dass es für die Energieerzeugung schlichtweg gegenwärtig zu den bestehenden Techniken keine Alternativen gibt. Hier ist am Horizont neuer Technologien (z. Bsp. Kernfusion) nichts Gangbares in Sicht. Das Marktsystem zeigt sich unfähig, die notwendigen wissenschaftlichen Durchbrüche zu liefern. Zu einem entstehen riesige Kosten für die Entwicklung neuer Ansätze, vor allem sind aber momentan, da Profite immer Köder für Investitionen sind, eben fossile Brennstofftechnologien am profitabelsten.

Möglichkeiten sozialistischer Planung

An dieser Stelle muss das gefordert werden, was Unternehmen natürlich ausdrücklich vorenthalten: die Offenlegung der Emissions- und Schadensbuchführung sowie der Geschäftsbücher und deren uneingeschränkte Kontrolle durch Beschäftigte und Verbraucher. Das Recht zur Kontrolle über Produkte und Produktion muss auf sie ausgedehnt werden. Arbeiter müssen ein Veto-Recht bezüglich gesundheits- und umweltgefährdender Produktion und Produktionsabläufen bei alten und neuen Produkten erhalten. Dieser Kampf um die Machtver-

hältnisse in den Betrieben ist antikapitalistisch und wird keine Illusionen im Hinblick auf einer möglichen Selbstreparatur des Systems erzeugen. An dieser Stelle muss die Ökologiebewegung von ihrem elitären Ross steigen und die ökologische Frage endlich mit der sozialen verknüpfen, sie kann nur Erfolg haben, wenn sie mit der Arbeiterklasse verschmilzt und ein gemeinsames Ziel erklärt: die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft als einzige Grundlage, Umweltprobleme zu lösen. Sie muss sich ebenfalls an den betrieblichen Kämpfen der Arbeiter beteiligen und selbstbewusst für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft eintreten. Denn ein „ökologisches Gleichgewicht“ bedingt wissenschaftliche Erkenntnis und gesellschaftliche Planung. Privates Eigentum an Produktionsmitteln und private Nutzung der natürlichen Ressourcen führen unter dem Gesetz der Kapitalakkumulation immer wieder zur Verletzung der Ökosysteme. Erst wenn natürliche Ressourcen nicht mehr unter der Prämisse der profitsteigernden Nutzung stehen, kann sich eine systematische Einheit zwischen Mensch und Natur bilden. Somit ist eine geplante Wirtschaft nicht nur eine Bedingung rationaler gesellschaftlicher Produktion, sondern auch Bedingung des biologischen Überlebens. Es ist unmöglich, Umweltprobleme ohne wirkungsvolle internationale Planung anzugehen, für die eine Voraussetzung die Beseitigung von Konflikten ist, die aus Knappheit und Mangel entstehen - noch ein Grund mehr dafür, dass die bürokratische, nicht-demokratische „Planwirtschaft“ der degenerierten Arbeiterstaaten nicht mehr als staatliche Verwaltung von Mangel, Unterentwicklung und der vom Kapitalismus geerbten Umweltzerstörung sein konnte.

Hier kann es aber in einer echten, internationalen und demokratischen Planung nicht bedeuten, dass Bedürfnisse sich weiter unbegrenzt ausdehnen werden. Hier kann es primär nur um die Erfüllung der konstanten Grundbedürfnisse der Weltbevölkerung gehen, Grundbedürfnisse wie Nahrung, Kleidung, Wohnung, Gesundheitsversorgung etc., die die Mehrheit der Konsumausgaben ausmachen und ausmachen werden, dies ist angesichts des Klimawandels und der allgemeinen ökologischen Krise eine objektive Notwendigkeit. Hier muss es hinsichtlich einer Wiederherstellung der natürlichen Lebensbedingungen um eine zeitweilige Zurückstellung individueller Bedürfnisse gehen. Die egozentrischen Gewohnheiten der Einzelnen, die unablässig von der Marktwirtschaft und ihrer Werbung genährt oder erst hervorgerufen werden, werden in einer sozialistischen Gesellschaft mit einem wachsenden Sicherheits- und Solidaritätsgefühl schrittweise verschwinden. Damit aber eine harmonische und wirksame sozialistische Gesellschaft bestehen kann, muss die gesamte Weltbevölkerung einen vergleichbaren Lebensstandard haben, das heißt, dass das Verbrauchsniveau der indus-

21. Wikipedia: Welthunger, Erneuerbare Energien können die nuklear-fossilen Energieträger zügig ablösen, <http://de.wikipedia.org/wiki/Welthunger>

trialisierter Welt für alle gelten muss. Dies erfordert eine gewaltige Umgestaltung der gegenwärtigen Methoden der Energie- und Ressourcennutzung. An dieser Stelle besteht ein Risiko bezüglich der biophysischen Grenzen des Planeten. Es ist unmöglich diese vorauszusagen, wo genau diese liegen. Dies hängt von der Möglichkeit des Einsatzes Erneuerbarer Energien, die stark begrenzt ist oder aber eben von der Entwicklung neuer Technologien zur Energiegewinnung ab. Voraussetzung dafür ist die demokratische Kontrolle von Wissenschaft und wissenschaftlicher Einrichtungen von Arbeitern und Verbrauchern. Des Weiteren muss es einen radikalen Umbau von Verkehr und Transport natürlich in absoluter vergesellschafteter Form geben mit der kostenlosen Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Auch werden umweltfreundlichere Autos mit geringem Verbrauch zum Einsatz kommen, die eigentlich heute schon entwickelt sind. Kurz- und Mittelstreckenflüge könnten durch Einsatz von Hochgeschwindigkeitszügen ersetzt werden. Hier darf in einer sozialistischen Gesellschaft die Bewegungsfreiheit nicht eingeschränkt werden, um die internationale Solidarität zu schaffen, die auch für eine andere ökologische Zusammenarbeit nötig ist. Der weitaus wichtigere Faktor, das solch eine zukünftige sozialistische Gesellschaft, deren Grundlage Bedürfnisse und nicht Profite sind, eben ungeheure Vorteile in Bezug von Ressourcen- und Energieeinsparung bietet. Es gäbe keine Zerstörungen von Fabriken und Maschinen in Krisenzeiten mehr, keine Überproduktion und damit die sinnlose Vernichtung von Überschüssen oder künstlicher Verschleiß materieller Güter, all diese Vergeudungspraktiken im Dienste der kapitalistischen Konkurrenz und Profitsteigerung haben auf dem sozialistischen Markt keinen Platz mehr. Die Technik würde der Erhaltung von Gebrauchswerten statt der Steigerung des Umsatzes dienen. Hier besteht eben die Möglichkeit die Probleme vor denen die Menschen zukünftig stehen werden, mit einer demokratischen Planung zu lösen, im Unterschied zu der unausweichlichen Zerstörung der Umwelt, die mit der Anarchie der kapitalistischen Produktion verbunden ist. Lässt sich der heutige Kapitalismus als „Wegwerfgesellschaft“ charakterisieren, so wird der Sozialismus die Energien, die heute in die dauernde Erneuerung schnell vernutzter oder veralteter Gebrauchsgüter gesteckt werden, für andere Zwecke einsetzen, wenn die Produktion auf Haltbarkeit umgestellt wird. Dieser Rahmen der Beständigkeit wirkt natürlich auch auf die Verhaltensweisen der Menschen, ethische Normen rücken wieder in den Vordergrund. Somit wird sich auch ein anderer Lebensstil herausbilden.

Das Ausmaß der Aufgabe ist riesengroß, das praktisch alle gegenwärtigen Energiequellen ersetzt werden müssen. Hierbei kommt aber noch ein entscheidender Fakt

hinzu: die Befreiung der Kreativität der Arbeiterklasse. Im besessenen Marktsystem gibt es für Arbeiter kaum Anreize für „ihre“ Bosse mit ihrer Kreativität auszuweichen. In der Situation vergesellschafteter Betriebe und fehlender grundlegender Interessenkonflikten, werden die kreativen Instinkte der Arbeiter befreit. Auch die Aussicht steigender Freizeit, die nicht mehr im Gegensatz zur Arbeit steht, und damit die eigene freie Entwicklung, als zentraler Zweck des Menschen, die Förderung innovativer Weiterbildung bestärken diesen Faktor. Auf der Grundlage einer Bildung, die dem Menschen die Aufnahme und kritische Verarbeitung von Informationen im ganzen Umfang des heute in die Produktionsprozesse eingehenden Wissens, können in freier vernünftiger Diskussion Meinungsbildungsprozesse ablaufen, aus denen für die Umwelt verantwortliche Entscheidungen hervorgehen.

In jedem Falle gilt das alte Wort von Marx auch weiterhin: „...dass also die Revolution nicht nur nötig ist, weil die herrschende Klasse auf keine andere Weise gestürzt werden kann, sondern auch, weil die stürzende Klasse nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen alten Dreck von Halse zu schaffen und zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden.“²²

Quelle: <http://www.arbeitermacht.de/rm/rm37/oeko.htm>

22. Marx, K.: Deutsche Ideologie, MEW 3, S. 69f

Johannes Wolf

Grüner Kapitalismus: Utopie oder bald Realität?

Der Umstand, dass die Welt auf eine ökologische Katastrophe zusteuert, ist praktisch zum unterhinterfragten Gemeinplatz geworden. Kommt also eine „grüne“ Reform des Kapitalismus? Was bedeutet das für die Lohnabhängigen und antikapitalistische Kräfte? Zur Diskussion um einen „Grünen Kapitalismus“ und „Green New Deal“

Es scheint so, als ob die Anliegen der „Umweltbewegung“ der 1970er und 1980er Einzug in die bürgerliche Politik und Meinungsmache gefunden hätten. Zeitungen und Zeitschriften berichten regelmäßig darüber, auch die Filmindustrie hat das Thema entdeckt. Es gibt zunehmend Absichtserklärungen der bürgerlichen Politik, etwas gegen den Klimawandel zu tun; Resolutionen und Protokolle werden verabschiedet, Kongresse und Tagungen abgehalten. Die Realität der ökologischen Krise ist mittlerweile bis in die herrschende Klasse durchgedrungen. Und auch erste praktische Schritte werden gesetzt. So wurden im Rahmen der Konjunkturpakete gegen die Wirtschaftskrise in manchen Ländern auch „grüne“ Investitionen getätigt. In China sollen rund 40% und in Südkorea 80% der staatlichen Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft auf diesen Bereich entfallen.

Besondere Aufmerksamkeit verdient das in letzter Zeit, gerade im Zuge der aktuellen Wirtschaftskrise, immer populärer gewordene Konzept des „Green New Deal“ (GND). Auch wenn diese Diskussion noch nicht so breit geführt wird und es (noch) keine praktischen Erfahrungen damit gibt, lassen sich anhand davon sehr gut einige Überlegungen zu einer grünen Reform des Kapitalismus anstellen. Und in gewisser Weise fließen darin viele Aspekte des „Umweltproblems“ und seiner Bearbeitung unter kapitalistischen Verhältnissen zusammen. Außerdem stellt er einen konkreten Vorschlag zur Behebung der (ökologischen) Krise im Kapitalismus dar und bietet daher konkrete Ansatz- und Kritikpunkte. Dieser Artikel erhebt dabei aber nicht den Anspruch das Thema vollständig und umfassend zu behandeln, sondern soll vielmehr einen Input für diese Diskussion in der (radikalen) Linken darstellen.

Was ist der „Green New Deal“?

Beim GND wird auf die von US-Präsident Roosevelt in den 1930ern durchgeführten Reformen des „New Deal“ – als Antwort auf

die Große Depression und damit einhergehender Probleme – Bezug genommen. Diesmal sollen es Investitionen in grüne Technologien und Energien bzw. die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energieträger sein, die gleichermaßen (fast) alle Probleme lösen und die Menschheit in eine ökologische und sichere Zukunft führen soll. Eine bürgerlich-kapitalistische Wunderwaffe also – gegen fast alles Schlechte auf dieser Welt!

Zu bekannten Fürsprechern zählen die Europäischen Grünen (bzw. einzelne nationale Grüne Parteien), UNEP (United Nations Environment Programme) und einige wissenschaftliche Forschungsinstitute bzw. Think Tanks (zB Green New Deal Group – UK, Heinrich-Böll-Stiftung/Worldwatch Institute – DE/USA). Bereits hier wird deutlich, dass es DEN „Green New Deal“ nicht gibt. Er ist ein Konzept, das von verschiedenen Institutionen und Organisationen benutzt und mit eigenen politischen Vorstellungen und Stoßrichtungen versehen wird. Das Spektrum reicht von neoliberalen Ansätzen mit keynesianischem Anstrich bis hin zu eindeutig anti-neoliberalen, öko-sozialen Konzepten die auch für Umverteilung im nationalen wie internationalen Rahmen eintreten.

Ziemlich schnell wird klar, dass die Diskussion um einen GND nichts (oder nur sehr wenig) mit Image und Vorstellungen einer alternativen „Umwelt/Ökobewegung“ zu tun hat. All diese Konzepte stehen ganz eindeutig und explizit in Verbindung mit der Wirtschaftskrise, niedrigen Profitraten und mangelnden Möglichkeiten zur Kapitalakkumulation. Es geht darum „die Rettung der Natur mit der Rettung der Gewinne [zu] verbinden“ – wie das Wuppertal Institut, ein renommiertes deutsches Forschungsinstitut, das als liberal gilt, meint.

Mehrfache Krise

Trotz einiger Unterschiede verfügen alle Konzepte aber letztlich über einige – zentrale – Gemeinsamkeiten. Den Ausgangspunkt bildet die Diagnose, dass die Welt sich einer mehrfachen Krise gegenüber sieht: Ökonomie, Umwelt und Energie. (Manchmal wird noch eine Nahrungsmittel- und/oder soziale Krise hinzugefügt). Der GND soll nun dazu beitragen diese Krisen gemeinsam und gleichzeitig zu lösen. Wie können nun die zentralen Probleme und Lösungen zusammengefasst werden? Hinsichtlich der Wirtschaftskrise wird die oberflächliche

„Analyse“ der bürgerlichen Medien wiedergekaut: Einige SpekulantInnen haben die Börse mit dem Casino verwechselt; manche Finanzprodukte hatten zu spekulativen Charakter; Kredite wurden zu schnell und leicht vergeben... Als Lösung reicht demnach ein bisschen mehr Regulation und Aufsicht völlig aus.

Die Klima- und Energiekrise wird als verwobenes Problem wahrgenommen. Energie wird derzeit vor allem aus fossilen Energieträgern (Erdöl, Erdgas und Kohle) gewonnen. Einerseits ist der durch das Verbrennen von fossilen Brennstoffen bedingte hohe CO₂-Ausstoß der wesentliche Grund für den vom Menschen verursachten Treibhauseffekt. Andererseits wird Erdöl und Erdgas knapp; für Kohle gilt – mit einem weiteren Zeithorizont – das gleiche. Hier wird im Wesentlichen gängigen Interpretationen der „Peak Oil“-These gefolgt, d.h. der Annahme, dass das Fördermaximum von Erdöl (und auch Erdgas) bereits erreicht ist oder bald sein wird. Die Folgen wären eine ständig fortschreitende Verknappung des Angebots, steigende Preise und letztlich Unsicherheiten in der Energieversorgung. Als Lösung wird die (gänzliche) Umstellung auf erneuerbare Energieträger gesehen, in den meisten Vorstellungen in Kombination mit Kernkraft.. Ergebnis wäre eine CO₂-neutrale Wirtschaft, Energiesicherheit und eventuell auch Energieautarkie (Stichworte: Kriege um Öl, Abhängigkeit vom russischen Erdgas – die damit wegfallen würden).

Drei Fliegen mit einer Klappe! Denn die wunderbaren Chancen auf Profit, die diese neuen Märkte bieten, dürfen ja auf keinen Fall übersehen werden! Des Weiteren sollen durch Investitionen in grüne Technologien die Wirtschaft angekurbelt und Arbeitsplätze (so genannte „Green Jobs“) geschaffen werden. Öfters werden auch nur Teilaspekte des GND herausgegriffen. So titelt zum Beispiel die Zeitschrift „Format“ (Selbstbezeichnung: „Österreichs Wochenmagazin für Wirtschaft und Geld“) in der Nummer 26 vom 26. Juni: „Grün aus der Krise“. In der Coverstory wird dann das Potential von grünen Technologien allgemein und als Weg aus der Krise diskutiert, sowie Erfolgsgestorys von österreichischen Unternehmen dieser Branche präsentiert.

So sehr die KapitalistInnen verzweifelt nach Rettungsankern in der Wirtschaftskrise und für den Weg aus ihr heraus suchen, so sehr glauben Einige, einen solchen im Sektor grüner Technologien gefunden zu

haben. „Format“ (Nummer 26/2009) rechnet vor: Im Bereich Umwelttechnik will US-Präsident Obama in den nächsten Jahren 2 Millionen Jobs schaffen, die EU bis 2020 2,5 Mio. und in Österreich könnte eine nachhaltige Energiewende 100.000 neue Jobs bringen. Und bereits 2007 machten die so genannten Greentech-Unternehmen mit 1.400 Milliarden Euro mehr Umsatz als der globale Maschinenbau. Bis 2020 könnte diese Branche einen jährlichen Umsatz von 3.200 Mrd. Euro erreichen – das wären pro Jahr 6,5% Wachstum. Im selben Zeitraum soll sich die Anzahl der Arbeitsplätze in diesem Sektor auf 500.000 verdoppeln (2007: 250.000, 2005: 17.000!). Damit wäre sie eine der globalen Leitindustrien mit rund einem Drittel weniger Beschäftigter als die Autoindustrie und ein Fünftel mehr als im Bereich Chemie. Und auch für österreichische Greentech-Unternehmen wird eine rosige Zukunft vorausgesagt. Der Umsatz soll von 6 Mrd. Euro (2007) auf 16,5 Mrd. Euro (2020) steigen; allerdings soll nur ein Viertel davon in Österreich umgesetzt werden. Diese Zahlen sind nur Schätzungen und sicherlich mit Vorsicht zu genießen (wo und wie wird zum Beispiel die Grenze zwischen Maschinenbau und grüner Technologie gezogen?, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise sind noch nicht gänzlich absehbar...). Dennoch ist klar, dass der Sektor „grüne Technologien“ wirtschaftliches Gewicht hat und in diesem Bereich durchaus Potenzial vorhanden ist.

Ökologisch verträgliche Lösungen: dringend notwendig!

Hört sich soweit eigentlich ganz gut an. Denn klar ist, dass es so nicht weitergehen kann. Die Idee des GND spiegelt dabei auch den Umstand wider, dass nicht mehr viel Zeit bleibt um zu handeln und eine umweltverträgliche Energiebasis und Wirtschaft nicht durch ein paar kleine Reformen da und dort zu erreichen ist. Die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre ist gegenüber dem Stand vor der industriellen Revolution bereits von 280 ppm (parts per million oder Millionstel in der Atmosphäre) Kohlendioxidäquivalenten auf heute 430 ppm gestiegen und erhöht sich jährlich um über 2 ppm. Das Ziel zu verhindern, dass die weltweite Durchschnittstemperatur um nicht mehr als 2°C bis 3°C ansteigt, stellt momentan den dominanten politischen Konsens dar. Dazu müsste die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre unter 550 ppm gehalten werden. Aber selbst ein so „geringfügiger“ Temperaturanstieg hätte weitreichende Auswirkungen – gerade auf Menschen in den halbkolonialen Ländern.

Auch die anvisierten Ziele können nur erreicht werden, wenn der Anstieg der Emissionen innerhalb von 15 Jahren gestoppt wird und danach die Emissionen jährlich um

rund 2 % sinken. Dabei wird vom aktuellen Umfang der Produktion und Ressourcennutzung ausgegangen, d.h. es muss noch mitbedacht werden, dass der Umfang der Gesamtwirtschaft weiter zunehmen wird (um rund das drei- bis vierfache bis 2050). Dies bedeutet, dass die Emissionen pro Einheit des Bruttoinlandsprodukts bis 2050, das als Deadline für die Erreichung eines stabilen CO₂-Ausstoßes auf niedrigem Niveau gilt, um zu hohe Temperaturanstiege zu vermeiden, um rund drei Viertel gedrückt werden müssen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Erwärmung der Atmosphäre erst zeitlich verzögert einsetzt, d.h. es sich hier nur um annähernde, eher optimistische Schätzungen handeln kann und ein zukünftiger Temperaturanstieg, selbst wenn sofort gehandelt werden würde, Realität werden wird (und in Ansätzen schon ist). Weiters ist der Temperaturanstieg ein sich selbst verstärkender Prozess (höhere Temperaturen lassen Eis schmelzen und führen zu verstärkter Wolken- und Wasserdampfbildung, wodurch weniger Sonnenstrahlung zurück in den Weltraum reflektiert wird; Permafrostböden tauen auf, was zur zusätzlichen Abgabe von im Boden gespeichertem Treibhausgas in die Atmosphäre führt...). Korrekturen der gängigen Klimawandelmodelle im Verlauf der letzten Jahre haben gezeigt, dass diese Rückkopplungsmechanismen immer wieder unterschätzt worden sind.

Angst um Profite und Wirtschaftswachstum

Angesichts der Präsenz von Umweltschutzthemen in Politik und Medien könnte man/frau versucht sein zu glauben, es wäre dort die Vernunft eingekehrt: endlich wird der ökologischen Krise Aufmerksamkeit geschenkt! Doch die Hoffnung auf die Einsicht der herrschenden Klasse ist mehr als trügerisch und wird bald Lügen gestraft werden. Der Grund warum der Klimawandel und seine Folgen mittlerweile auch bei den Herrschenden weitgehend als Realität anerkannt wird, hängt aber durchaus mit „persönlicher“ Betroffenheit zusammen: die Furcht um Profite!!

Es ist kein Zufall, dass gerade der „Stern-Report“ (englischer Originaltitel: „Stern Review on the Economics of Climate Change“), im Oktober 2006 veröffentlicht, der Diskussion um den Klimawandel einen kräftigen Schub gegeben hat. Diese von Nicholas Stern, dem ehemaligen Weltbank-Chefökonom, verfasste Studie, beschäftigt sich vor allem mit den ökonomischen Auswirkungen des Klimawandels. Bis zur Veröffentlichung des „Stern-Reports“ galt unter den meisten ÖkonomInnen die Meinung, dass es billiger sei auf die Auswirkungen des Klimawandels zu reagieren (etwa durch Bau von Dämmen oder Umstellungen in der Landwirtschaft), als vorbeugende Maßnahmen zu treffen. Die Kosten für eine „grüne“ Reform des Kapitalismus beziffert der Autor

mit jährlich 1% des globalen Bruttoinlandsprodukts – wenn jetzt begonnen wird zu handeln. (Andere Schätzungen sprechen mittlerweile von rund 2% des globalen BIP). Wird jedoch nichts in diese Richtung unternommen, droht das globale BIP aufgrund des Klimawandels um 5-20% zu sinken. Das ist die Sprache, die die Bourgeoisie versteht!

Das Gleiche zeigt sich auch in der Art und Weise, wie in vielen GND-Konzepten die Umwelt- und Energiekrise gesehen wird: als Bedrohung für wirtschaftliches Wachstum und Stabilität und nicht vor allem als Bedrohung der Lebensgrundlagen der Menschheit!

Bürgerlicher Staat als „ideeller Gesamtkapitalist“

Dass die Klimawandel-Debatte mittlerweile einen fixen Platz in bürgerlicher Wissenschaft und Politik hat zeigt aber auch die potenzielle (!) Wandlungsfähigkeit des Kapitalismus. Anders als andere Klassengesellschaften beruht die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft nicht auf direkten, persönlichen Herrschaftsverhältnissen in Ökonomie und Politik, sondern diese sind „sachlich“ über die Eigentums- und Produktionsverhältnisse vermittelt. Dieser Umstand spiegelt sich auch in der Struktur und Verfasstheit der bürgerlichen Gesellschaft (inkl. Staat, Öffentlichkeit, Wissenschaft...) wider. Einerseits ist sie ein Betrug an der ArbeiterInnenklasse, indem sie formale Gleichheit vorgibt, wo reale Ungleichheit existiert, und erfüllt damit an sich schon eine ideologische Funktion. Andererseits bietet sie den Herrschenden die Möglichkeit des „Ausgleichs“, spiegeln und artikulieren sich darin Auseinandersetzungen zwischen Fraktionen der Bourgeoisie (und auch zwischen verschiedenen Klassen) wider. Letztlich geht es dabei auch um die (Formulierung der) Interessen der KapitalistInnen als Ganzes – und wie diese am Besten gewahrt und durchgesetzt werden können. Der bürgerliche Staat als „ideeller Gesamtkapitalist“ eben.

Das bedeutet allerdings nicht zu sagen, „Die Eliten werden es schon richten!“, sondern sich darüber klar zu werden, dass der Kapitalismus ein wandlungsfähiges System ist und es öfters geschafft hat, Probleme und Krisen in seinem Sinn zu lösen. Das passiert allerdings immer erst dann, wenn schon Feuer am Dach ist – meistens eigentlich erst, wenn bereits der gesamte Dachstuhl abgebrannt ist. Solange genug Kapital akkumuliert und Profite gemacht werden, heißt es: nur weiter so! Dass das Ganze immer auf Kosten der Lohnabhängigen und Unterdrückten weltweit und auf Kosten der Umwelt passiert, ist auch klar; wie zwei Weltkriege mit Millionen Toten, das zur Normalität gewordene tägliche Massensterben und -elend in den Halbkolonien, der Klima-

wandel und viele weitere Beispiele zeigen. Die zerstörerische Dynamik des kapitalistischen Systems wird dabei immer größer.

„Grün aus der Krise“?

Wie realistisch ist es aber nun, dass grüne Technologien einen Weg aus der Wirtschaftskrise bahnen und zum Flugschiff eines neuen Aufschwungs werden? Der Hype, der derzeit in bürgerlichen Medien darum gemacht wird, hat freilich hausgemachte Ursachen: die verzweifelte Suche nach einem Rettungsanker in der Krise. Das wirkliche Potential der grünen Technologien ist allerdings etwas ganz anderes, als die darauf gesetzten Hoffnungen. In den nächsten Jahren und Jahrzehnten können wir wohl durchaus ein (kräftiges) Wachstum dieses Sektors erleben. Die derzeitige Wirtschaftskrise ist allerdings viel zu tief und die dahinter liegenden Probleme, nämlich die strukturelle Überakkumulation seit den 1970ern, viel zu grundsätzlich, als dass sie durch den Boom einer Branche gelöst werden könnten.

Das bedeutet aber nicht, dass der Greentech-Sektor, wenn der Tiefpunkt der aktuellen Krise erreicht ist und eine gewisse Erholung eintritt, nicht einen gewissen Anteil an einem wirtschaftlichen Aufschwung (bzw. Weg aus der Rezession) haben könnte. Damit einher geht aber freilich auch die Gefahr des Aufbaus einer neuen (Spekulations-) Blase. Falls Unternehmen in dieser Branche ein rasantes Wachstum und schöne Profite verzeichnen würden, ist klar, dass mehr Kapital, auf der Suche nach Verwertung, auch dort hinfließen wird. Eine solche Investitionswelle wäre Ausdruck von (hohen) Gewinn- und Wachstumserwartungen. Dabei besteht die Gefahr, so wie mit der dot.com- und der subprime-Blase, dass diese Erwartungen keine reale Entsprechung in den realen Absatz- und Wachstumsmöglichkeiten finden (können).

Grüner Kapitalismus: Utopie oder bald Realität?

Wenn grüne Technologien zwar nicht die aktuelle Krise lösen können, stellt sich aber trotzdem die Frage, wie es mit der Perspektive einer mittel/langfristigen Energiewende im Kapitalismus aussieht. Die zentrale Frage dabei ist: Könnte oder wie könnte eine grüne Reform des Kapitalismus unter konkreten kapitalistischen (Konkurrenz-) Verhältnissen und Widersprüchen umgesetzt werden? Investitionen in eine erneuerbare Energiebasis stehen vor dem Problem sich erst längerfristig zu rechnen. Darüber hinaus würden diese die Anlagen heute dominierender (monopolistischer) Kapitalfraktionen (gerade Erdölindustrie und darauf basierende Industrien) zu entwerten drohen. Für einzelne KapitalistInnen gibt es hier kurzfristig nur wenig Profit zu holen. Außerdem ist klar, dass es einen radikalen Kurswechsel braucht. Muss der Staat,

wie in keynesianischer Manier oft gefordert, also nur die richtigen Rahmenbedingungen schaffen?

Beim GND wird damit in Zusammenhang das „Primat der Politik“ gegenüber der Ökonomie bejubelt; es sei alleine der fehlende politische Wille, an dem es mangle. Die neolibérale Phase des Kapitalismus wird dabei, in einer den Nachkriegsboom romantisierenden und verklärenden Art und Weise, als Ergebnis der Durchsetzung „falscher“ politischer und ökonomischer Anschauungen interpretiert. Die Möglichkeit einer grünen Reform des Kapitalismus wäre demnach also nur eine Frage politischer Entscheidungen.

Die Realität sieht freilich ganz anders aus: der politische Handlungsspielraum ist vielmehr davon abhängig, ob die Profitraten hoch genug sind und genügend Kapital akkumuliert wird. (Die Höhe der Profitrate(n) im Verhältnis zum bereits akkumulierten Kapital entscheidet über neue Investitionen und damit letztlich ob es zu einer expansiven Akkumulation(sdynamik) kommt). Der Nachkriegsboom war demnach nicht Ergebnis „richtiger“ politischer Steuerung, sondern spezifischer, historischer (Kräfte-) Konstellationen auf nationaler und internationaler Ebene (massenhafte Kapitalvernichtung und -entwertung im Zweiten Weltkrieg, Aufbauboom, USA als neue politisch-militärische und ökonomische Hegemonialmacht, Schwächung und Einbindung der ArbeiterInnenbewegung, Verallgemeinerung technischer Innovationen, Aufbau neuer US-dominierter Finanzinstitutionen (Weltbank, IWF...)).

Roosevelts New Deal trug letztlich sehr wenig zum wirtschaftlichen Aufschwung der USA bei, dafür war zum Teil die Kriegsökonomie (die mit einer massiven Umverteilung von unten nach oben einher ging) sowie vor allem der Zweite Weltkrieg, aus dem die USA als unangefochtene Weltmacht hervorgegangen sind, verantwortlich. Der Neoliberalismus war demnach die Antwort auf sinkende Profitraten und Verwertungsprobleme des Kapitals am Ende des Nachkriegsbooms - und nicht Ausdruck einer „falschen“ Theorie.

Damit ein GND (oder Elemente davon) also überhaupt Chancen auf eine Umsetzung hat, muss der ökonomische Spielraum dafür gegeben sein bzw. sich dadurch für dominante Fraktionen der herrschenden Klasse neue und ausreichende Profitmöglichkeiten eröffnen. Im Angesicht der aktuellen Wirtschaftskrise stellt sich das Problem folgendermaßen dar: der Kapitalismus ist weltweit von einer strukturellen Überakkumulationskrise, zu niedrigen Profitraten, fehlenden Anlagemöglichkeiten und Überkapazitäten gekennzeichnet. Zum Teil besteht die Hoffnung, dass grüne Investitionen ein neues Akkumulationsfeld eröffnen, eine neue Akkumulationsdynamik in Gang setzen und damit die Überakkumulation von Kapital beenden oder zumindest ab-

mildern könnten.

Eine solche neue Akkumulationsdynamik ist aber nicht durch die richtige politische Steuerung zu erreichen. Um den Nachkriegsboom, d.h. stabile Wachstums- und Profitraten, zu ermöglichen, bedurfte es erst, als Ergebnis der imperialistischen Schlächtereie im Zweiten Weltkrieg, einer neuen Weltordnung und der Vernichtung von ausreichend unproduktivem Kapital. Ob oder inwieweit grüne Reformen kommen werden, wird demnach auch maßgeblich von den Veränderungen, die die aktuelle Wirtschaftskrise mit sich bringen wird, abhängen (Neuverteilung zwischen Kapitalfraktionen, Veränderungen in den weltweiten Kräftekonstellationen, Ausmaß der Vernichtung von Kapital, Ausgang von Klassenkämpfen...).

Eine Möglichkeit des bürgerlichen Staats, „steuernd“ einzugreifen, besteht über das Mittel von Subventionen und Steuern. Derzeit verschwinden unzählige Millionen im Rachen von Ölfirmen und der (industriellen) Landwirtschaft. Ob es hier zu Veränderungen kommt, wird davon abhängen, welche Klassenfraktionen ihre Interessen durchsetzen können und welche als die Interessen des Gesamtkapitals definiert werden. In diesem Bereich können wir uns aber durchaus auf Veränderungen einstellen; wie die Diskussion um die Reform der EU-Subventionen für die Landwirtschaft (die rund die Hälfte des EU-Budgets ausmachen) zeigt.

Einiges wird freilich auch von der weiteren technischen Entwicklung abhängen. In letzter Zeit konnten wir eine starke Weiterentwicklung so genannter grüner Technologien beobachten (neue Techniken, mehr Effizienz in Energieproduktion und -verwertung, Energieeinsparung...). Grundmotiv war hier auch das ganz normale Streben nach mehr Profit und durch die Konkurrenz angespornte technologische Erneuerungen. Mit solchen Fortschritten in diesem Bereich werden diese nicht nur hinsichtlich der Energieproduktion, sondern auch als Profitquelle interessant(er). Die KapitalistInnen dieser Branchen warten nur wie die gierigen Geier auf die Chance, endlich die Märkte mit ihren Produkten überfluten zu können. Aufgrund der kapitalistischen Logik werden auch hier Patentrechte, zur Sicherstellung für Profite und imperialistischer Dominanz, einen umfassenden und schnellen Einsatz verhindern bzw. hinauszögern.

Klar ist allerdings jetzt schon, dass einer solchen grünen Reform massenhaft Hindernisse im Weg stehen (wie beispielsweise die hohen Anfangsinvestitionen und kaum kurzfristige Profite). Der grundsätzliche Widerspruch bleibt aber zwischen den Grundgesetzen der kapitalistischen Produktionsweise und Nachhaltigkeit an sich bestehen. Zur Kapitalverwertung und -akkumulation ist notwendigerweise expansives Wachstum und Profitmaximierung nötig. Ein wirklich ökologischer Kapitalismus ist daher tatsächlich eine Utopie. Das schließt aber nicht

aus, dass zumindest Teile der energetischen Basis auf erneuerbare Energieträger umgestellt werden – vor allem aufgrund des Drucks von Preisen und der Versorgungssicherheit.

Dem bürgerlichen Staat wird als „idealem Gesamtkapitalisten“ dabei eine besondere Rolle zukommen. Wie dieser agieren wird, wird auch davon abhängen, welche Fraktionen der Bourgeoisie sich durchsetzen werden (können) und wie schnell und stark Auswirkungen der ökologischen Krise und des Klimawandels sich ökonomisch niederschlagen. Für Teile der Kapitalistinnen können Umweltschutzaufgaben auch eine Möglichkeit darstellen, ihre Konkurrentinnen finanziell unter Druck zu setzen und eine Konzentration von Kapital voranzutreiben.

In unterschiedlichen Ländern bestehen dabei sehr unterschiedliche Ausgangslagen und Möglichkeiten für grüne Reformen, die sich anhand folgender Fragen zeigen: Wie sieht es mit (fossilen) Rohstoffen und möglichen alternativen Energieträgern (Flüsse/Seen für Wasserkraft, Möglichkeit für (Offshore-)Windparks, Wälder bzw. Anbauflächen für Biomasse...) aus? Wie ist die wirtschaftliche und geographische Infrastruktur (welche Kapitalfraktionen dominieren, Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel, Transportinfrastruktur...) beschaffen? Wie hoch ist der Energieverbrauch bzw. wie ressourcenintensiv sind durchschnittlich nationale Lebensstile/Konsummuster?

Letztlich stellt sich also die Frage: Wie soll das Ganze finanziert werden? Ein paar Damen und Herren haben da schon so ihre Vorstellungen...

Ein kleiner Vorgeschmack...

Einen wahrlich schauerlichen Ausblick darauf, wie sich die GND-Fans der herrschenden Klasse eine Umsetzung (von Teilen) einer grünen Reform des Kapitalismus vorstellen, bietet das Strategiepapier der „Green New Deal Group“. Diese steht der Grünen Partei Großbritanniens nahe. Die Vorschläge, die hier geäußert werden, zeigen auch eindeutig, dass die Grünen (und ähnliche „UmweltschützerInnen“) gar nichts mehr mit einer alternativen oder gar „linken“ „Öko“partei/bewegung zu tun haben, sondern sich vor allem um die „Realpolitik“ und die Leiden der kapitalistischen Ökonomie kümmern. Ihnen geht es darum, dass der Staat bzw. „die Politik“ einen geeigneten Rahmen für einen marktbasierten Umbau der Energiebasis liefert. Die drohenden Auswirkungen des Klimawandels finden in nationalistischer Manier fast ausschließlich hinsichtlich des „Wirtschaftsstandorts“ Großbritanniens Erwähnung: ein Anstieg des Meeresspiegels würde die wirtschaftlich (!) wichtigen britischen Küstengebiete überfluten. Kein Wort darüber, dass der Klimawandel und seine Auswirkungen für ei-

nen Großteil der Menschheit, gerade in den halbkolonialen Ländern, zur Überlebensfrage wird.

Finanziert werden soll eine „grüne“ Reform über Angriffe auf und Einschränkungen für die Lohnabhängigen. Voll Begeisterung loben sie explizit die Kriegsökonomie im Zuge des Zweiten Weltkriegs. Der Konsumlevel und der private Energieverbrauch wären nieder gewesen. Zudem hätten Mangel und Not erfinderisch gemacht. Die Spitze des Eisbergs stellt wohl die Behauptung dar, dass die verringerte Kalorienaufnahme und das vermehrte Zufußgehen aufgrund von Energieknappheit positive Effekte gehabt hätten, weil es weniger Menschen mit Übergewicht gegeben hätte. Sie sind sich sogar nicht zu blöd zu behaupten, dass, auch wenn diese Anpassungen schwierig gewesen wären, die Menschen großteils (!) freiwillig (!) verzichtet hätten. Weiter legitimiert werden soll dieser Verzicht der Masse der Bevölkerung zugunsten des Systems dadurch, dass Studien zitiert werden, in denen über Jahrzehnte hinweg kein signifikanter Zusammenhang zwischen materiellem Wohlstand (individuell wie gesamtgesellschaftlich) und Zufriedenheit (mit dem eigenen Leben) erkennbar ist. Aus der allgemeinen „Weisheit“ das „Geld alleine auch nicht glücklich macht“, wird hier also ein Argument zum erzwungenen Verzicht gemacht.

Fassen wir also zusammen: Die ArbeiterInnenklasse der Bourgeoisie soll durch „freiwillige“ Einschränkungen Profite auf neuen Märkten und eine sichere Energiebasis für ihre Unternehmungen und die Ausplünderung der Halbkolonien garantieren. Erreicht werden könnte diese „Sparsamkeit“ durch das Drücken von Löhnen, weitere Angriffe auf staatliche (Sozial-) Leistungen, hohe Preise und Steuern für konventionelle Energie (Treibstoffe, Heizen...), Nahrungsmittel und Mobilität... Das diese „Freiwilligkeit“ wohl durch einen Ausbau des repressiven Staatsapparats „sicherheitshalber“ begleitet und abgesichert sein dürfte, ist ohnehin klar. Das Beispiel zeigt erneut, wie im Kapitalismus Probleme „gelöst“ werden: mit katastrophalen Auswirkungen, „Kollateralschäden“ und auf Kosten der Lohnabhängigen und der Unterdrückten. Und zur Legitimierung dieses Klassenkriegs wird dann noch die Vorstellung bemüht, dass wir hinsichtlich der ökologischen Krise ja alle „im selben Boot“ säßen.

Die Reichen verschmutzen, die Armen verrecken!

Völlig falsch ist, dass alle Menschen gleichermaßen von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen wären oder daran ihren Anteil hätten. Völlig klar ist hingegen (und durch unzählige Studien belegt), dass gerade Menschen in den halbkolonialen

Ländern, und dort besonders stark die ärmsten Bevölkerungsschichten, überproportional davon betroffen sein werden. Sinkende Ernteerträge, Naturkatastrophen, Verlust von Land durch Anstieg des Meeresspiegels... bedrohen gerade die Lebensgrundlagen jener Menschen, die ohnehin schon täglich ums Überleben kämpfen und keine anderen Möglichkeiten haben (zB Umsiedlung in überflutungssichere Gebiete...). Aber auch in den imperialistischen Kernländern werden die ArbeiterInnenklasse und besonders deklassierte Schichten überproportional betroffen sein. Grundsätzlich gilt: je ärmer, desto betroffener!

Außerdem wird dadurch verschleiert, dass der Anteil an Energieverbrauch und Schadstoffbelastung sehr unterschiedlich verteilt ist. Knapp ein Sechstel der Weltbevölkerung, vor allem die imperialistischen Länder, nutzt fast die Hälfte der globalen Energieressourcen. Weiters sind es nur rund zehn Prozent der Weltbevölkerung, die für 50% des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich sind. Aber auch innerhalb der „westlichen Industrieländer“ hängen die Ein- und Auswirkung auf die Umwelt, ganz stark mit einer bestimmten Lebensführung/stil und damit der Höhe des Einkommens und der Klassenlage zusammen. Paradoerweise hinterlassen deshalb jene sozialen Milieus, die über ein hohes „Umweltbewusstsein“ verfügen, einen großen „ökologischen Fußabdruck“. Der Kauf von Bio-Lebensmitteln kann das an sich höhere Konsumniveau, große Autos und Häuser/Wohnungen, höhere Mobilität, mehr Reisen... eben bei weitem nicht ausgleichen.

Die Kritik darf jedoch nicht auf der individuellen Ebene stehen bleiben. Letztlich ist es das kapitalistische System selber, das notwendigerweise ständig zur Maximierung der Profite zwingt – auf Kosten von Menschen und Umwelt. Die Ideologie, dass wir aufgrund der Umweltprobleme nun alle im gleichen Boot säßen, ist also nichts weiter als eine fadenscheinige Lüge der herrschenden Klasse und ihrer MeinungsmacherInnen. Diejenigen, die für die ökologische Krise die Hauptverantwortung tragen und von der schonungslosen Ausplünderung der Umwelt profitier(t)en, sollen wir nun als die großen, vorbildlichen Umweltschützer feiern. Damit soll nicht nur ein weiteres Mal die Klassenspaltung der Gesellschaft verschleiert, sondern auch der Boden dafür aufbereitet werden, dass wir nun alle „den Gürtel enger schnallen“ und unseren „Anteil“ leisten müssen. Wir haben bereits oben gesehen, welche reaktionären Vorschläge dabei herauskommen! Außerdem werden im Namen von „Umwelt- und Klimaschutz“ wohl einige Gesetze und Maßnahmen auf uns zukommen, die dazu eigentlich nichts oder kaum etwas beitragen, aber dadurch legitimiert werden sollen.

Kapitalismus und Imperialismus reloaded! Oder: Kapitalismus bleibt Kapitalismus bleibt Kapitalismus...

Auch hier kommen die grundsätzlichen Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise zum Ausdruck: Der Prozess der Kapitalakkumulation und der Maximierung von Profiten unterhöhlt systematisch die Grundlagen dieses Prozesses selbst. „Lösungen“ sind dabei nur nach „Kollateralschäden“ wie (Welt-) Kriegen, „humanitären Katastrophen“, dem Einsetzen des Klimawandels... möglich. Und vor allem nur dann, wenn der ewige Kreislauf der Kapitalverwertung dadurch wieder ausreichend in Gang gesetzt werden kann.

Es ist kein Zufall, dass die Sicherung der Energieversorgung in letzter Zeit immer mehr zum Thema geworden ist. Diese ist für die Aufrechterhaltung der Kapitalakkumulation zentral und bietet darüber hinaus die Möglichkeit neue Märkte zu erobern. Und weil der Kampf gegen den Klimawandel in kapitalistischer Logik in erster Linie immer unter diesem Aspekt gesehen wird, würden grüne Reformbestrebungen noch lange nicht heißen, dass wir einen ökologischen bzw. nachhaltigen Kapitalismus hätten. Denn der zu erwartende Temperaturanstieg, bereits bei einem optimistischsten Szenario, wird gerade in den Halbkolonien die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen (noch weiter) bedrohen. Und um deren Existenz scheren sich die imperialistischen Mächte ohnehin nicht! Und insgesamt bleibt in einer kapitalistischen Produktionsweise der grundsätzliche Widerspruch zwischen Nachhaltigkeit einerseits und Zwang zu Profiten und Wachstum andererseits unlösbar.

Die unmittelbare Einführung von grüne(re)n Technologien muss auch nicht immer das ökologisch sinnvollste sein; es gilt dabei den gesamten Materialaufwand und die CO₂-Bilanz zu beachten. Dass zum Beispiel die Abwrackprämie für alte Autos, bei Kauf eines schadstoffärmeren Neuwagens, zur „Umweltverträglichkeit“ beitragen soll, ist mehr als eine Augenauswischerei. Zunächst belastet einmal die Produktion eines Neuwagens die Umwelt erheblich. Des Weiteren wären im Zuge eines Gesamtkonzepts Investitionen in öffentlichen Verkehr, Elektrofahrzeuge... weitaus sinnvoller.

Ein weiteres Beispiel wären die Agrotreibstoffe, fälschlicherweise oft „Biosprit“ genannt – denn mit „Bio“ hat das wenig zu tun. Der Anbau von Zuckerrohr, Soja und anderen Pflanzen zur Ethanolgewinnung findet einerseits in Monokulturen und zum Teil mit genmanipulierten Pflanzen statt und andererseits werden (Ur-)Wälder zur Gewinnung von freien Flächen gerodet. Insgesamt wird auch dadurch die Biodiversität ernsthaft

gefährdet. Außerdem kommt es dabei oft zu Vertreibungen von Teilen der Landbevölkerung. Weiters ist der (subventionierte) Anbau für die Ethanolgewinnung ein Grund für den Anstieg von Lebensmittelpreisen und dem Sinken der Versorgungssicherheit und war ein Mitauslöser der Nahrungsmittelkrise im Jahr 2007/2008 (siehe dazu auch unseren Artikel „Die globale Nahrungsmittelkrise“). Überdies bräuchte man/frau um nur den derzeitigen Energiebedarf des Straßenverkehrs zu decken, Anbauflächen in der Größe von Kontinentaleuropa oder von allen Anbauflächen für Nahrungsmittel in der gesamten „Dritten Welt“. Die EU hat sich zum Ziel gesetzt bis 2020 den Anteil an Agrotreibstoffen auf mindestens zehn Prozent zu erhöhen. Dass eine Umsetzung damit noch lange nicht erreicht ist, ist klar; und dass es der EU dabei vor allem um die Versorgungssicherheit geht, auch.

Für die Bourgeoisien der imperialistischen Länder ergeben sich über die „Umweltpolitik“ auch Möglichkeiten ihre Dominanz im kapitalistischen Weltsystem zu stabilisieren und auszubauen. Schon jetzt sind die Medien voll mit Berichten über die „bösen Umweltverschmutzer“ China, Indien und Co. Da heißt es, es gehe ja nicht, dass die nun auch alle Auto fahren wollen! Hier wird in einem einzigartigen Akt der Doppelmoral davon abgelenkt, dass nach wie vor die „westlichen Industrieländer“ die mit Abstand höchsten CO₂-Emissionen pro Person aufweisen. Und imperialistische Länder wollen so Anderen den Weg verbieten, den sie selber genommen haben.

Dass in Zukunft „im Namen der Umwelt“ Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank auch ökologische Auflagen beinhalten, ist also sehr gut vorstellbar. Damit wäre nicht nur die Unterwerfung unter die imperialistische Dominanz weiter gesichert, sondern westliche Konzerne könnten sich gleich noch einen erzwungen Markt für den Absatz ihrer „grünen“ Technologien sichern. Als ein Beispiel sei hier der „Mittelmeer-Solarplan“ der EU genannt, der Teil einer EU-Strategie zur Energiesicherheit ist. Dabei sollen in der Sahara solarthermische Kraftwerke errichtet und der Strom nach Europa exportiert werden. In diesem Zusammenhang gilt es auch die Gründung der „Union für das Mittelmeer“ im Juni 2008, die neben der EU noch die Mittelmeeranrainerstaaten (mit Ausnahme von Libyen), Mauretanien und Jordanien umfasst, zu sehen. Der EU geht es also darum, sich den imperialistischen Zugriff auf diese Länder, auch unter dem Aspekt der Energiesicherheit, zu sichern.

Alternatives Feigenblatt kapitalistischer Modernisierung...

Letztlich singen alle Konzepte für einen GND bzw. einen „grünen Kapitalismus“, so

alternativ sie sich auch geben mögen, ein Loblied auf die „freie Marktwirtschaft“ und fühlen sich dem kapitalistischen System der Profitmacherei verpflichtet. Die Forderung nach einem (Green) New Deal ist immer und notwendigerweise mit einem Konzept der Ankurbelung der Wirtschaft verbunden. Letztlich gilt: Der Markt wird's schon richten! Der GND soll nicht nur die Umweltkrise lösen, sondern gleichzeitig durch neue Märkte und Investitionsfelder auch die Wirtschaftskrise. Dass kann im Kapitalismus aber nichts anderes heißen, als den ins Stocken geratenen ewigen Kreislauf der Kapitalakkumulation zu sanieren – bis zur nächsten Krise. Dabei wird auch die illusionäre Hoffnung verbreitet, dass die Politik – den „Willen“ vorausgesetzt – nur für die richtigen Rahmenbedingungen sorgen müsste. Genauso Fehl am Platz sind Versuche, die Herrschenden zur Einsicht zu bringen. Die wissen genau was sie machen und können aus der Systemlogik auch nicht ausbrechen.

Die Vorstellung, mit keynesianischen Mitteln zu versuchen eine neue Akkumulationsdynamik auszulösen, damit grüne Reformen über den Markt durchgeführt werden (können) ist nicht nur reaktionär, sondern auch höchst illusionär. Anstatt zu versuchen das kapitalistische System, das offenbar nicht funktioniert, endlich zu überwinden, wird hier fleißig daran gearbeitet, einer todkranken Gesellschaftsordnung neues Leben einzuhauchen.

Bewegungen mit einem kritischen, ökologischen Anspruch müssen sich der Gefahr der Vereinnahmung bzw. Integration bewusst werden. Ziel kann nicht sein, mit „ökologischen“ Fraktionen der herrschenden Klassen zusammen zu arbeiten. In all diesen Konzepten kommt es letztlich, weil der kapitalistische Rahmen und dessen Logik nicht in Frage gestellt werden, zur Anbiederung an die herrschende Klasse bzw. die Unterordnung unter ihre Interessen. So kann es nur zu schnell passieren, dass VertreterInnen ökologischer Anliegen sich im Namen der „Umwelt“ zur Rechtfertigung von Angriffen gegen die Lohnabhängigen und die Unterdrückten weltweit und deren Lebensstandards gezwungen sehen.

Damit in Zusammenhang gilt es auch die verklärenden und romantisierenden Interpretationen von Roosevelts „New Deal“ zu bekämpfen. Oft wird dieser als Grundlage für die „harmonische“, sozialpartnerschaftliche Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg gesehen – und diese soll im Green New Deal jetzt ähnlich wiederholt werden. Dass der New Deal aber gerade eine Antwort auf die heftigen Klassenkämpfe in den USA im Zuge der Weltwirtschaftskrise war und mit einer Offensive gegen die radikalen und revolutionären Teile der ArbeiterInnenbewegung einhergegangen ist, wird hier dezent verschwiegen. Außerdem gilt es zu bedenken, dass die Einbindung von privilegierten Teilen der ArbeiterInnenklasse, heute in diesem Ausmaß nicht mehr so leicht

möglich sein wird, weil dem Kapitalismus dafür insgesamt die ökonomischen Spielräume fehlen. Und ohnehin ist eine Neuaufgabe des Nachkriegskapitalismus, der auch nur privilegierten, weißen, männlichen Teilen der ArbeiterInnenklasse im „Westen“ gewisse Zugeständnisse machen konnte, kein erstrebenswertes Ziel.

Verhindert werden muss aber auch, ins Fahrwasser von anderen Fraktionen der herrschenden Klasse, die auf einmal scheinbar die soziale Frage entdecken, zu kommen. Grüne Reformen und Gesetze werden dann, mit dem Argument, dass diese Energie und andere Waren des täglichen Bedarfs verteuern, abgelehnt (zum Beispiel von Teilen der US-RepublikanerInnen und den mit ihnen verbundenen Kapitalgruppen). Dass diese Herren und Damen plötzlich so tun, als ob sie sich um die Lohnabhängigen und ihren Lebensstil kümmern, mutet schon äußerst eigenartig an. In Wirklichkeit geht es hier nur um die Aufrechterhaltung der Struktur des gegenwärtigen, „fossilistischen“ Kapitalismus der ihnen fette Profite beschert. Freilich darf der soziale Aspekt von Klimawandel und ökologischer Krise und deren Bekämpfung nicht vergessen werden. Das Beispiel zeigt aber gerade, dass im Kapitalismus eine – ohnehin beschränkte – „grüne“ Reform nur auf Kosten der Lohnabhängigen stattfinden würde.

...oder revolutionäre, anti-kapitalistische Alternative?

Für uns gilt es daher, die ökologische mit der sozialen Frage zu verknüpfen. Denn klar ist, dass die genannten Probleme nicht einzeln lösbar sind. Die verschiedenen Krisen gilt es aber nicht nur miteinander in Verbindung zu sehen, sondern diese gerade mit dem Kapitalismus an sich und seiner grundsätzlichen Widersprüche in Zusammenhang zu bringen. Die grundsätzliche Logik des

Systems – Profit und quantitatives Wachstum um jeden Preis – steht einfach im Widerspruch zu wirklicher Nachhaltigkeit und der Befriedigung von Bedürfnissen.

Vielleicht mag der Verweis darauf, dass es im Kapitalismus keine wirkliche Lösung der ökologischen Krise geben kann, angesichts der Dringlichkeit dagegen zu handeln, zunächst abstrakt erscheinen. Die Option – mit den „ökologischen“ Fraktionen der Bourgeoisie zusammenzuarbeiten – wird die Krise aber auf jeden Fall nicht lösen, sondern nur die Formierung einer revolutionären ArbeiterInnenbewegung, die konsequent gegen ökologische Krise und Klimawandel kämpfen könnte, behindern. Der entscheidende Punkt zur Lösung der ökologischen Krise weist auch gleichzeitig über den Kapitalismus hinaus: die Kontrolle der ProduzentInnen über die Produktion, d.h. Produktion für Bedürfnisse und nicht für Profite. Nur so kann eine nachhaltige Entwicklung wirklich garantiert werden. Die Enteignung der KapitalistInnen aller Branchen und die Vergesellschaftung unter ArbeiterInnenkontrolle gilt es also hier zu fordern. So könnten zum Beispiel in der Autoindustrie, statt weltweiter Kündigungen, die Beschäftigten die Produktion selbst fortführen und auf grüne Technologien umstellen. Aufgestellt wurde diese Forderung bereits durch ArbeiterInnen selbst, bei einem Arbeitskampf mit Betriebsbesetzung bei Visteon (Autozulieferer) in Großbritannien und Irland.

Klar ist allerdings, dass es nicht ausreichen wird, nur anders zu produzieren. Um den Klimawandel in einem halbwegs verträglichen Maß zu halten, wird auch eine massive Verringerung des Ressourcenverbrauchs notwendig sein. Das bedeutet auch, dass Lebens- und Konsummuster sich verändern werden (müssen). Die vorherrschenden Konsummuster haben ohnehin nur sehr wenig mit individuellen Entscheidungen zu tun, sondern sind vielmehr Ausdruck kapitalistischer Verhältnisse. Denn Konsum bedeutet auch Profit. Wenn die Produktion

aber unter ArbeiterInnenkontrolle stattfindet, stellt sich die Veränderung von Konsummustern gänzlich anderes dar, als unter kapitalistischen Zwangsverhältnissen.

Zurückzuweisen gilt es jedenfalls Vorstellungen, in denen Verzicht und ein „bescheidenes“ Leben als erstrebenswerte Ziele oder Werte an sich ausgegeben werden. In einer nachkapitalistischen, sozialistischen Gesellschaft soll die Produktion letztlich der Befriedigung aller Bedürfnisse dienen. Wir wollen eine höhere Stufe der Organisation von Produktion und nicht zurück zur Subsistenzwirtschaft. Die Entwicklung der Produktivkräfte, also die treibende Kraft für die Verbesserung des Lebensstandards, darf aber nicht im Sinn von bloß quantitativem Wachstum gesehen werden. Damit würde man/frau das kapitalistische Wachstumsmodell einfach nur auf eine nachkapitalistische Gesellschaft umlegen. Entwicklung der Produktivkräfte heißt auch Formen und Wege der Organisation der Produktion und des Lebens zu finden, die höhere Qualität ermöglichen – und dazu zählt auch die Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen über Umweltverträglichkeit und Nachhaltigkeit.

Nach dem gesagten erscheint es unrealistisch, dass ein Gesamtkonzept für eine „grüne“ Reform des Kapitalismus jemals eine Umsetzung finden wird. Es lassen sich aber in einzelnen Ländern Elemente eines Ausbaus von erneuerbaren Energieträgern ausmachen. Solche Konzepte werden gerade unter dem Blickwinkel von Versorgungssicherheit und Energieautarkie interessant; und diese kann und soll auch durch erneuerbare Energien garantiert werden. Auf jeden Fall werden in Zukunft, nun auch mit den Argumenten „Klimaschutz“ und „Umweltverträglichkeit“, weitere Angriffe auf die Lohnabhängigen zukommen. Darauf gilt es vorbereitet zu sein und dem ökologischen Diskurs der Herrschenden eine antikapitalistische, revolutionäre Perspektive zur Lösung der ökologischen Krise entgegenzustellen.